

Postkommunistische Wirtschaftsreformen und politische
Institutionen.

Eine Analyse der wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit junger
Demokratien auf Basis der Vetospieler-Theorie.

Hausarbeit zur Erlangung des
Akademischen Grades
eines Magister Artium

vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

Thorsten Dietrich
aus Darmstadt

2008

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Institutionen und Reformen: Die (neo-) institutionalistische Sicht	11
2.1 Typologisierungen politischer Systeme: Zwischen Machtkonzentration und Machtdispersion	13
2.1.1 Lijpharts zweidimensionale Karte der Demokratie.....	14
2.1.2 Tsebelis Vetospieler-Ansatz.....	18
2.2 Die Wirkung institutioneller Arrangements auf Handlungsfähigkeit	21
2.2.1 Vetospieler und Policy-Stabilität	22
2.2.2 Der trade-off zwischen Stabilität und Rigidität	29
3. Wirtschaftliche Liberalisierung als besonderer Fall der Reform	34
3.1 Der Washington Consensus	35
3.2 Konzentrierender vs. distributiver Ansatz der Wirtschaftsreform	37
4. Hypothesen.....	41
5. Bisherige Forschungsarbeiten	44
6. Operationalisierung	48
6.1 Die abhängige Variable: Wirtschaftsreformen.....	49
6.2 Die unabhängige Variable: Vetospieler	54
6.3 Länderauswahl	60
6.4 Kontrollierende Variablen.....	65
7. Die empirische Analyse	66
8. Schlussbetrachtung.....	84
9. Anhang	88
10. Literaturverzeichnis.....	92

Abbildungsverzeichnis¹

Abbildung 1: Das policy-framework nach Spiller/Tommasi	7
Abbildung 2: Policy-Präferenzen und der Status Quo	22
Abbildung 3: Der winset bei zwei Vetospielern	23
Abbildung 4: Der core bei drei Vetospielern	24
Abbildung 5: Vetospieler ohne Wirkung auf den winset.....	28
Abbildung 6: Der lineare Zusammenhang zwischen Vetospielern und Reformen....	33
Abbildung 7: Der parabolische Zusammenhang zwischen Vetospielern und Reformen.....	33
Abbildung 8: Der Zusammenhang nach Hypothese A	43
Abbildung 9: Der Zusammenhang nach Hypothese B.....	43
Abbildung 10: Möglichkeiten der zufälligen Präferenzordnungen.....	55
Abbildung 11: Institutionen und ihre beschränkende Wirkung	56
Abbildung 12: Demokratiewerte der postkommunistischen Staaten	63
Abbildung 13: Der Reformverlauf der etablierten Demokratien	64
Abbildung 14: Cook´s distance und Polcon-Werte ausgewählter Länder	69
Abbildung 15: Reformen und Vetospieler; Koeffizienten und BIC-Werte der bivariaten und multivariaten Regression.....	71
Abbildung 16: Reformen, Polcon-Index und fitted values	72
Abbildung 17: Reformen, Checks-Index und fitted values.....	72
Abbildung 18: Reformen, Institutionen und Parteien-Index und fitted values	73
Abbildung 19: Reformen und Vetospieler; Koeffizienten und BIC-Werte der bivariaten und multivariaten Regression inklusive „lagged dependent variable“	76
Abbildung 20: Reformen und Vetospieler; Koeffizienten und BIC-Werte der bivariaten und multivariaten Prais-Winsten-Regression inklusive „panel-corrected standard errors“	78
Abbildung 21: Reformen im Zeitverlauf und der idealtypische Reformpfad	79
Abbildung 22: Die Abweichung vom Reformpfad und Vetospieler; Koeffizienten und BIC-Werte der bivariaten und multivariaten Regression.....	81

¹ Alle Abbildungen und Tabellen beruhen, soweit nicht anders angegeben, auf eigener Darstellung.

Abbildung 23: Abweichungen vom Reformpfad, Polcon-Index und fitted values....	82
Abbildung 24: Abweichungen vom Reformpfad, Checks-Index und fitted values ...	82
Abbildung 25: Abweichungen vom Reformpfad, Institutionen und Parteien-Index und fitted values	83

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Die Korrelation der Indizes wirtschaftlicher Freiheit untereinander	52
Tabelle 2: Die Indizes wirtschaftlicher Freiheit und ihre Dimensionen	53

Anhang

Anhang 1: Werte der acht Teilindizes der EBRD für die untersuchten Länder.....	88
Anhang 2: Werte der acht Teilindizes der EBRD für die untersuchten Länder.....	89
Anhang 3: Werte der drei Vetospieler-Indizes für die untersuchten Länder	90
Anhang 4: Abweichung vom Reformverlauf in den untersuchten Ländern	91

1. Einleitung

The growth of liberal democracy, together with its companion, economic liberalism, has been the most remarkable macro political phenomenon of the last four hundred years. (Fukuyama, 1992: 48)

Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 begann eine Phase der Systemtransformation, die eines der einschneidendsten Ereignisse der jüngeren Geschichte werden sollte. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime von Mitteleuropa bis Zentralasien stellte nicht nur die Politik, sondern auch die Politikwissenschaft vor völlig neue Fragestellungen und Möglichkeiten. Nie in der Geschichte der modernen Politikwissenschaft hat es solch eine „Stunde Null“ für eine derart große Anzahl von Ländern gegeben. Besonders die Transformation von einer kommunistischen bzw. sozialistischen Planwirtschaft, welche den Anforderungen der sich abzeichnenden Globalisierung nicht mehr gewachsen war, hin zu einer offenen Marktwirtschaft, ist ein Phänomen, welches viele Wissenschaftler beschäftigt hat. Nicht umsonst spricht man hierbei auch vom „largest natural experiment on economic reform“ (Babetskii/Campos 2006: 1).

Diese Arbeit wird der Frage nachgehen, welchen Zusammenhang es zwischen den wirtschaftlichen Reformen der postkommunistischen Staaten und ihrer jeweiligen institutionellen Ausgestaltung gibt. Welche politischen und institutionellen Konstellationen sorgten etwa dafür, dass Estland vom Reformnachzügler zum baltischen Tiger werden konnte, während Tschechien nach einer frühen Phase der weitreichenden Reformen nur noch geringe Fortschritte verzeichnete.

Damit wird diese Arbeit eine theoriegeleitete empirische Studie sein. Theoriegeleitet, weil sie ihre Hypothesen aus der Systematisierung und Gegenüberstellung neoinstitutionalistischer Theorien gewinnt. Empirisch, weil sie die Hypothesen mittels geeigneter Daten prüft. Sie leistet somit Zweierlei: Zum einen die Systematisierung der konkurrierenden Theorien über den Effekt politischer Institutionen auf Handlungsfähigkeit im Allgemeinen und wirtschaftliche Reformfähigkeit im Speziellen. Zum anderen die empirische Überprüfung dieser Theorien anhand eines selbsterstellten Datensatzes.

Der Grundgedanke hinter dieser Arbeit ist der Einfluss politischer Institutionen auf die Performanz politischer Systeme. Dieser Gedanke lässt sich in der Moderne zurückverfolgen bis zu der Idee von checks und balances, etwa in der amerikanischen Verfassung, wie sie von Hamilton/Madison/Jay in den Federalist Papers propagiert wurde (vgl. Abromeit/Stoiber 2006: 63, Carey/Shugart 1992: 14, Haggard/McCubbins 2001: 2f oder Tsebelis 2002: 9). Institutionen beschränken demnach politische Akteure in ihrem Handeln, verteilen oder konzentrieren Verantwortung. Daher liegt ein wesentlicher Fokus des Institutionalismus, jener politikwissenschaftlichen Denktradition, die der Frage nachgeht „how the design of institutions conditions political outcomes“ (Carey/Shugart 1992: 14) bzw. die annimmt, dass „(p)olitical institutions shape the processes through which decisions are made and implemented.“ (Weaver/Rockman 1993: 7), auf dem Grad der Machtverteilung (vgl. Fuchs 2000: 9) und damit auch auf Madisons Idee der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung (vgl. Brocker 2007: 151).

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde der klassische Institutionalismus als zentrale Perspektive der Politikwissenschaft vom Behaviorismus und (in schwächerem Maße) der Rational Choice Theorie abgelöst (vgl. Kailitz 2007: XVII). Eine Wiederentdeckung der Institutionen als zentrales Forschungsfeld wurde erst in den 1980er Jahren durch die un stetige Demokratisierung Lateinamerikas und den sich anbahnenden Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme in Osteuropa befördert (vgl. Carey/Shugart 1992: 1). Gerade der Wegfall des Sozialismus als bedeutende Alternative zur Demokratie ließ die Politikwissenschaft ihren Fokus wieder auf Unterschiede innerhalb demokratischer Systeme richten (vgl. Roller 2005: 2). Auch konkrete Handlungs- bzw. Gestaltungsempfehlungen für Lateinamerika und Osteuropa standen nun im Mittelpunkt der Frage, welche Regierungsform, welches institutionelle Arrangement die beste Performanz erreicht. Performanz meint hier die „Evaluation des Handelns politische Akteure und dessen Ergebnisse“ (vgl. Roller 2004: 297). Im Kontext der Transformation der postkommunistischen Staaten von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ist dabei eine generelle Performanz, nämlich die Fähigkeit des Systems auf die Notwendigkeit der Liberalisierung der zusammenbrechenden Planwirtschaften

zu reagieren², im Gegensatz zu der zielbezogenen Performanz, etwa der Steigerung des Wohlstandsniveaus oder die Garantie der inneren Sicherheit, gemeint³ (vgl. Roller 2004: 304).

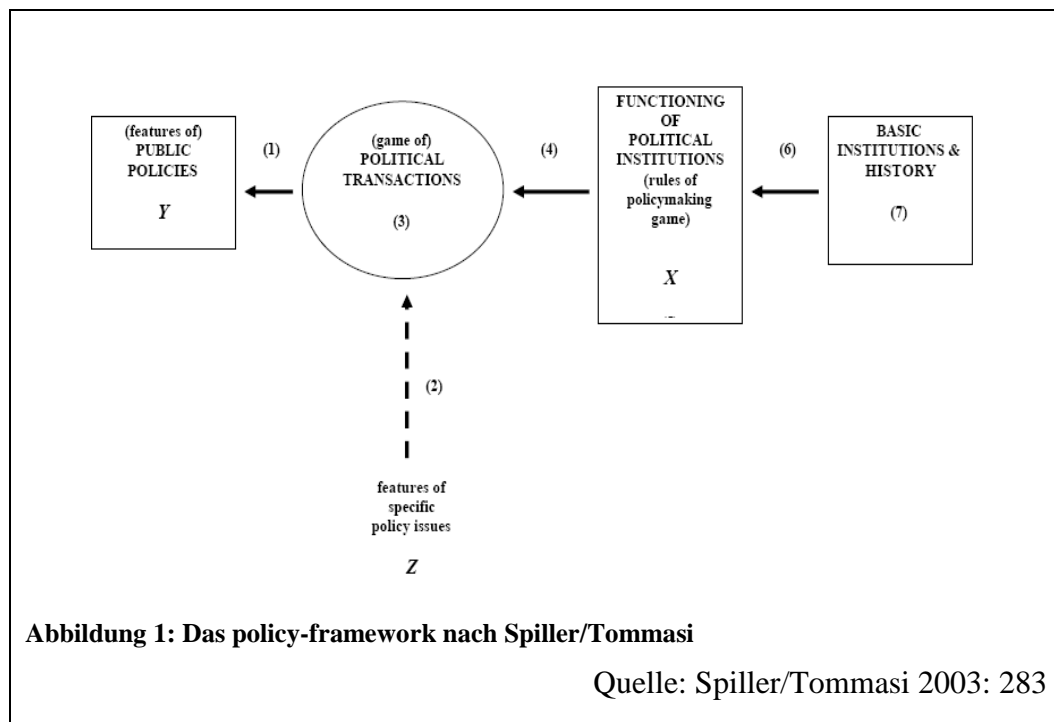
Der Institutionalismus nimmt im Allgemeinen einen mehrstufigen Zusammenhang zwischen Institutionen und ihrer Wirkung auf die jeweilige Policy an. Nach dem *policy-framework* von Spiller/Tommasi etwa ist die Policy eines Systems das Resultat von Transaktion der politischen Akteure untereinander. Welche Akteure wie in Transaktion zueinander treten, bestimmen die Regeln des politischen Spiels, die sich durch das institutionelle Arrangement, also der Summe und Interaktion aller Institutionen, manifestieren⁴ (vgl. Spiller/Tommasi 2003: 282ff).

Abbildung 1 zeigt diesen Zusammenhang. Zusätzlich zu dem Zusammenhang zwischen den Institutionen X und den Eigenschaften der resultierenden Policy Y gilt es jedoch auch, den Einfluss der Variable Z, den spezifischen Eigenschaften der jeweiligen Policy, zu beachten. Dies meint beispielsweise die involvierten Interessen, die Reichweite der Folgen etc. Hier unterscheidet sich etwa die Reform des Schulwesens fundamental von der Reform des Wirtschaftssystems, da die konkreten materiellen Interessen der Akteure bei Letzter im viel höheren Maße betroffen sind und ein ganz anderer Druck auf den an der Entscheidung beteiligten Akteuren liegt (vgl. Spiller/Tommasi 2003: 283).

² Im Weiteren wird diese Fähigkeit mit den Begriffen Handlungsfähigkeit bzw. Reformfähigkeit bezeichnet.

³ Dies bedeutet, dass die Folgen wirtschaftlicher Reformen auf Wohlstandsniveau oder Wirtschaftswachstum keine Rolle spielen, auch wenn verbreitet eine langfristig positive Wirkung angenommen wird.

⁴ Damit gehe ich im Weiteren von dieser engen Definition von Institutionen aus, eine weite Definition beinhaltet beispielsweise noch kulturelle oder normative Elemente und Konventionen (vgl. Roller 2005: 93). In den Worten Fuchs bedeutet dies: „Institutionen können definiert werden als auf Dauer gestellte Regelkomplexe, die das Handeln von Individuen so steuern, dass regelmäßige Interaktionsmuster entstehen und eine soziale Ordnung konstituieren.“ (Fuchs 1999: 162)



Anhand dieser beiden Variablen X und Z werde ich die folgenden Kapitel dieser Arbeit organisieren. Die Grundfrage wird dabei lauten, welchen Einfluss Institutionen auf die Reformfähigkeit bzw. Handlungsfähigkeit eines Systems haben. Das zweite Kapitel wird sich hierbei mit den institutionalistischen Theorien der Handlungsfähigkeit auseinandersetzen, also der Wirkung der Variable X auf Y.

Es widmet sich anfangs der Frage, welche Typologisierungen politischer Institutionen der Institutionalismus kennt. Im Einzelnen bedeutet dies, dass ich kurz in die klassischen Dichotomien von Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie, Präzidentialismus/Parlamentarismus, Zwei-Parteiensystem/Mehr-Parteiensystem und Unikameralismus/Bikameralismus einführe. Daran anschließend stelle ich Lijpharts Unterscheidung von Mehrheits- und Konsensdemokratie als erste umfassende Systematisierung des institutionellen Arrangements vor. Arendt Lijphart hat in seinen Werken „Democracies“ (Lijphart 1984) und „Patterns of Democracy“ (Lijphart 1999) den Zusammenhang zwischen Institutionen, Machtkonzentration und Machtdispersion erstmals umfassend typologisiert und operationalisierbar gemacht. Nach einer ausführlichen Abhandlung dieser Typologisierung, aber auch der mit ihr verbundenen Probleme, werde ich mich dem zweiten großen neoinstitutionalistischen Werk der jüngsten Zeit widmen. Dies ist die Vetospieler-Theorie von George Tsebelis (siehe

Tsebelis 1995, 2002). Auch diese entwirft umfassende Regeln für die Typologisierung des institutionellen Arrangements. Im Unterschied zu Lijpharts Theorie tut sie dies jedoch in einer ungleich simpleren, aber theoretisch konsistenteren Art und Weise und wird daher dieser im Weiteren als Typologisierung vorgezogen werden. Ich wähle diesen „Umweg“ über Lijpharts Überlegungen zu Machtkonzentration und Machtdispersion hin zum zentralen Ansatz dieser Arbeit, der Vetospieler-Theorie, um zu zeigen, dass diese nicht im luftleeren Raum existiert, sondern in ihrem Wesen eine konsequentere Art der neoinstitutionalistischen Typologisierung ist, als deren Gründungsvater eben jener Arendt Lijphart sicher zählen kann.

Diesem Teil folgend werde ich anhand der Vetospieler-Theorie klären, welche Wirkungen verschiedener institutioneller Arrangements auf Handlungsfähigkeit angenommen werden. Tsebelis bietet hier eine klare und nachvollziehbare Antwort, was diese angeht; er bestätigt eindeutig die verbreitete Annahme größerer Handlungsfähigkeit bei größerer Machtkonzentration bzw. geringerer Zahl beteiligter Akteure⁵ und begründet diese in seinem geometrischen Modell.

Es wird sich jedoch anschließend an Tsebelis zeigen, dass Weiterentwicklungen der Systematik der Vetospieler-Theorie Zweifel an diesem negativen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Institutionen und Handlungsfähigkeit nähren. Der einseitige Begriff der Stabilität im Sinne von negativer Rigidität bei Tsebelis wird hierbei um eine positive Dimension der Stabilität ergänzt. Mit diesem Konzept ist ein ganz neuer Zusammenhang möglich, dem negativen Zusammenhang bei Tsebelis steht nun ein parabolisches Modell mit konkaver Krümmung entgegen.

Am Ende dieses Kapitels ließen sich nun zwei unterschiedliche Hypothesen auf Grundlage der Vetospieler-Theorie empirisch prüfen, die den allgemeinen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Akteure und Handlungsfähigkeit betreffen, nämlich den negativen Zusammenhang im Sinne Tsebelis und den parabolischen Zusammenhang des erweiterten Vetospieler-Modells. Jedoch betrachtet diese Arbeit eine sehr spezielle Handlungsfähigkeit, nämlich die Fähigkeit der Transformation der

⁵ Eine Annahme, die im Weiteren als conventional wisdom bezeichnet wird, da dieser Zusammenhang oftmals kritiklos und intuitiv angenommen wird.

nationalen Volkswirtschaft. Daher ist es notwendig zu kontrollieren, ob durch diese enge Definition der abhängigen Variable die Hypothesen über allgemeine Handlungsfähigkeit modifiziert werden müssen.

Kapitel 3 behandelt daher die Theorien der neuen politischen Ökonomie über die Liberalisierung der Wirtschaft, also die Wirkung der Variable Z auf den Zusammenhang zwischen X und Y.

Nach einer kurzen Einführung in die Definition wirtschaftlicher Reformen folgt die Analyse der speziellen Theorien wirtschaftlicher Liberalisierung. Auch hier existiert eine theoretische Begründung des negativen Zusammenhangs zwischen der Anzahl der Akteure und Handlungsfähigkeit durch den konzentrierenden Ansatz, der den notwendigen Schutz der Reformer vor dem Widerstand der Reformverlierer bzw. ihren parteipolitischen Vertretungen betont. Aber auch hier gibt es eine konkurrierende Sichtweise, die, ebenso wie schon die Weiterentwicklung der Vetospieler-Theorie, den positiven Aspekt der Stabilität aufgreift und statt der Rolle der Reformverlierer nun die Rolle der Reformgewinner in den Vordergrund rückt.

Ziel dieses Kapitels ist es, zu zeigen, dass sich aus der Betrachtung wirtschaftlicher Liberalisierung als speziellem Fall der Handlungsfähigkeit keine weiteren Folgen für die allgemeinen neoinstitutionalistischen Theorien ergeben.

Da nun, in Kapitel 4, eine eindeutige Formulierung der beiden zu prüfenden Hypothesen möglich ist, werde ich in Kapitel 5 das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit in die bisherigen neoinstitutionalistischen Forschungsarbeiten einordnen. Es zeigt sich, dass bisherige Arbeiten zu diesem Thema sich größtenteils mit dem Zusammenhang zwischen Institutionen und Handlungsfähigkeit in älteren Demokratien befassen haben. Jene Arbeiten, die explizit die Entwicklung der postkommunistischen Staaten untersuchen, betrachten dagegen oftmals nur eine einzige Institution, nicht das gesamte institutionelle Gefüge. Und selbst die kleine Zahl an Arbeiten, die sich sowohl mit dem gesamten institutionellen Arrangement als auch Wirtschaftsreformen in postkommunistischen Staaten auseinandersetzen, zieht nur einen monoton fallenden oder steigenden Zusammenhang in Betracht. Somit betritt diese Arbeit mit der

Überprüfung eines möglichen parabolischen Zusammenhangs institutionalistisches Neuland.

Die empirische Analyse wird sich auf die acht Staaten Mitteleuropas sowie des Baltikums, nämlich Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien beschränken. Dies geschieht zum Einen aus der Tatsache heraus, dass die institutionalistischen Theorien für demokratische Systeme gelten, zum Anderen sorgt diese enge Auswahl an Staaten für ein most-similar-systems Design und ermöglicht die Deutung unterschiedlicher Reformentwicklungen innerhalb einer relativ homogenen Gruppe.

Um dennoch auf eine deutbare Fallzahl zu kommen, aber auch um unterschiedlichen Schwankungen der Reformfähigkeit über die Zeit gerecht zu werden, werden die Daten sowohl über die verschiedenen Erhebungseinheiten als auch über die Zeit im time-series cross-section Design betrachtet. Ich werde dabei bivariate und multivariate Regressionen miteinander vergleichen, um die Überlegenheit einer der beiden Hypothesen zu zeigen. Abschließend werde ich diskutieren, was dieses Ergebnis für die Analyse wirtschaftlicher Reformen im speziellen, aber auch für die Analyse politischer Systeme in Bezug auf ihre Institutionen, bedeutet.

2. Institutionen und Reformen: Die (neo-) institutionalistische Sicht

„Die Reformfähigkeit eines Landes allgemein (...) wird nach den Überlegungen der politökonomischen Reformtheorie überdies vom politisch-institutionellen Rahmen beeinflusst. Das politische System bestimmt wesentlich die Zahl der Vetoakteure, deren Zustimmung eine Voraussetzung für einen Politikwechsel ist.“
(Pitlik 2007: 7f)

Dieses Kapitel der Arbeit soll die grundlegenden Zusammenhänge erläutern, die die Politikwissenschaft im Verhältnis zwischen Institutionen und Performanz, in diesem Fall der speziellen Performanz der Handlungsfähigkeit, sieht. Am Anfang steht hierbei die Idee der überlegenen Handlungsfähigkeit bestimmter politischer Systeme gegenüber anderen politischen Systemen.

Es ist nämlich eine oftmals kritiklos akzeptierte *conventional wisdom* der vergleichenden Politikwissenschaft, dass Systeme mit wenigen an der Entscheidung beteiligten Akteuren handlungsfähiger sind als Systeme, die viele unterschiedliche Akteure an der Entscheidung teilhaben lassen⁶ (vgl. Schmidt 2000: 334f).

Es stellt sich nun die Frage, wie „wenige Akteure“ und „viele Akteure“ in politischen Systemen identifiziert werden können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer praxisnahen Typologisierung, die das Konzept von „wenigen Akteuren“ bzw. „vielen Akteuren“ in Systemen identifizierbar macht. Anhand der beiden, die momentane politikwissenschaftliche Diskussion bestimmenden, neoinstitutionalistischen Ansätze, Lijpharts Unterscheidung der Mehrheits- und Konsensdemokratie und Tsebelis Vetospieler-Theorie, werde ich mögliche Typologisierungen politischer Systeme in ihrer Gesamtheit vorstellen und kritisch würdigen. Dies geschieht vor allem, um eine spätere, für die empirische Analyse notwendige, Operationalisierung der zu untersuchenden post-kommunistischen Systeme möglich zu machen.

⁶ Diese Annahme wird auch als Lowell-Axiom bezeichnet, benannt nach dem ehemaligen Präsidenten der Havard University Lawrence Lowell, der die Überlegenheit der Ein-Parteien Regierung gegenüber der Koalitionsregierung 1896 proklamierte (vgl. Lijphart 1999: 64).

Anschließend werde ich die Vorhersagen, die in Verbindung mit der ausgewählten Typologisierung in Bezug auf die Wirkung des institutionellen Arrangements auf die Handlungsfähigkeit eines politischen Systems getroffen werden, analysieren.

Damit leistet dieses Kapitel Zweierlei. Zum einen dient es der späteren Hypothesenbildung über den Zusammenhang von Institutionen und wirtschaftlichen Reformen, zum anderen der quantitativen Einordnung der relevanten Systeme zwecks empirischer Prüfung dieser Hypothesen.

2.1 Typologisierungen politischer Systeme: Zwischen Machtkonzentration und Machtdispersion

Die klassische Politikwissenschaft kennt verschiedene Typologisierungen, anhand derer politische Systeme eingeordnet werden können. Gebräuchliche Einordnungen beruhen beispielsweise auf dem Verhältnis von Exekutive und Legislative, welches zur Parlamentarismus/Präsidentalismus-Dichotomie führt (vgl. Carey/Shugart 1992, Weaver/Rockman 1993) oder der Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien, welche ein Kontinuum vom Zwei-Parteien-System mit Hegemonialpartei bis zum pluralistischen Mehrparteiensystem aufspannt (vgl. Duverger 1954, Sartori 1976). Auch die Anzahl der Kammern (vgl. Riker 1992) oder die Art der Entscheidungsfindung, zwischen Mehrheitsbeschluss und Konsens möglichst vieler Parteien (vgl. Lehmbruch 1967) sind häufig gewählte Merkmale.

Diese Ansätze machen es somit zwar möglich, unterschiedliche Systeme präzise einzuordnen, betrachten aber nur jeweils ein Merkmal unter vielen in Hinblick auf den Grad der Machtkonzentration. Sie werden damit zum einen nicht der Vielfalt möglicher Kombination von Institutionen gerecht, zum anderen nicht der Tatsache, dass machtkonzentrierende ebenso wie machtveteilende Institutionen oftmals in Kombination auftreten. Erst der, durch die sich abzeichnende langfristige Überlegenheit der Demokratie über den Staatssozialismus, aufkommende Neoinstitutionalismus betonte die Bedeutung der Beziehungen der Institutionen untereinander. Die nächsten beiden Kapitel werden klären, welche Typologisierungen dieser hervorbrachte.

2.1.1 Lijpharts zweidimensionale Karte der Demokratie

Eine umfassende systematische Darstellung der grundlegenden Unterschiede zweier Demokratietypen erarbeitete Arendt Lijphart in seinen Werken „Democracies“ und „Patterns of Democracy“ (Lijphart 1984, 1999) mit seiner Unterscheidung in Mehrheits- und Konsensdemokratie, die im Wesentlichen der älteren Idee der Differenzierung von Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie entspricht⁷ (siehe Lehbruch 1967), diese aber systematisiert. Lijphart verlässt damit die Ebene der herkömmlichen Dichotomien, die nur einzelne Institutionen des politischen Systems betrachteten, und widmet sich der Analyse der Zusammenhänge zwischen den Institutionen und des institutionellen Arrangements als Ganzem.

Seine Einteilung basiert dabei auf zwei Dimensionen und deckt sowohl Phänomene der formellen bzw. konstitutionellen als auch der informellen Ebene ab⁸. Fließen in die *Exekutive-Parteien* Dimension einzig informelle, nur empirisch belegbare Sachverhalte ein, etwa die Häufigkeit von Koalitionsregierungen, die Anzahl der Parlamentsparteien, das Verhältnis von Exekutive zu Legislative, das Wahlsystem oder das System der Interessensgruppenvertretung, so befasst sich die *Föderalismus-Unitarismus* Dimension mit verfassungsrechtlich garantierten Institutionen wie einer zweiten Parlamentskammer, einem föderalen oder zentralistischen Staatsaufbau, einer rigiden Verfassung, einer unabhängigen Verfassungsgerichtsbarkeit oder einer unabhängigen Zentralbank (vgl. Lijphart 1999: 62ff). Aufschlussreich ist dabei Lijpharts alternative Bezeichnung für beide Dimensionen: „Joint-Power-“ und „Divided-Power-Dimension“ (Lijphart 1999: 243). Erstere betont also die gemeinschaftliche Teilhabe an der Macht innerhalb einer Institution, während Letztere Machtdispersion zwischen verschiedenen Institutionen bedeutet.

⁷ Die Konsensdemokratie entspricht nicht genau der Konkordanzdemokratie, vielmehr ist die Konkordanzdemokratie ein Untertyp der Konsensdemokratie. Die Konkordanzdemokratie fordert Machtteilung bzw. Teilhabe vieler Akteure am Entscheidungsprozess, die Konsensdemokratie fördert dies nur (vgl. Schmidt 2000: 340).

⁸ Diese Unterscheidung findet sich grundlegend bei Fuchs. Institutionen der formellen bzw. konstitutionellen Ebene bilden das Regierungssystem, die informelle Ebene manifestiert sich dagegen im Verhältnis von Regierung und Opposition zueinander (vgl. Fuchs 2000: 7f).

Hinter Lijpharts Konzept liegt immer der Gedanke der Machtverteilung. Typische Mehrheitsdemokratien entwerfen institutionelle Arrangements, welche Macht auf eine Institution und einen Akteur konzentrieren. Dies geschieht etwa durch einen zentralistischen Staatsaufbau, die Konzentration der Legislativmacht auf eine Kammer und absolute Mehrheiten einer Partei. Stattdessen sind Konsensdemokratien sowohl um die Machtdispersion durch formelle Institutionen als auch durch informelle Arrangements bemüht. Beispiele sind Föderalismus, Bikameralismus und Koalitionsregierungen (vgl. Lijphart 1999: 3f).

Anders als in der ursprünglichen Unterscheidung von Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie betrachtet Lijphart damit nicht die Abläufe der Entscheidungsfindung als solche, sondern die Institutionen, die zu diesen Abläufen führen. Lijpharts Leistung ist, dass er die Mechanismen identifiziert, derer sich die verschiedenen Systeme bedienen und erstmals klare Kriterien formuliert, anhand derer die Phänomene der Entscheidung mit kleinstmöglicher Mehrheit und Entscheidung mit größtmöglichem Konsens quantifizierbar sind. Durch die Einteilung in zwei verschiedene Dimensionen kann Lijphart außerdem zeigen, dass es nicht nur zwei Idealtypen der Demokratie gibt, sondern vier. Neben den reinen Mehrheits- bzw. Konsensdemokratien, wie etwa Großbritannien bzw. die Schweiz, gibt es noch solche Demokratien die formell Macht konzentrieren, aber informell teilen (einheitsstaatliche Konsensdemokratien wie etwa die skandinavischen Länder) und andere Demokratien, die Macht formell verteilen aber informell konzentrieren (föderalistische Mehrheitsdemokratien, etwa die USA, die damit auch die Einschätzung angloamerikanischer Demokratien als Prototypen der Konkurrenzdemokratie fragwürdig erscheinen lassen). Zwischen diesen vier Polen sind beliebig viele Abstufungen möglich. Diese Abstufungen entstehen durch Lijpharts Methode der Operationalisierung, bei der alle Werte der einzelnen Indikatoren, die teilweise ordinal, teilweise metrisch gemessen werden, z-standardisiert werden, ehe ihr Durchschnitt gebildet wird.

Allerdings besitzt Lijpharts Konzept auch unübersehbare Schwächen. Besonders die Auswahl der Indikatoren scheint stellenweise problematisch.

Kritikwürdig ist etwa die Einbeziehung des Interessensgruppensystems. Sicherlich spiegelt sich in der Unterscheidung zwischen Pluralismus und Korporatismus der klassische Gegensatz zwischen Konkurrenz- und Konsensusdemokratie⁹ wieder. Schließlich stehen im Pluralismus die Interessen in direkter Konkurrenz zueinander, während der Korporatismus auf Kompromisse in der Verhandlung zwischen allen relevanten Akteuren setzt. Jedoch existiert diese Unterscheidung im System der Interessensvertretung abseits des politischen Systems, Pluralismus oder Korporatismus sind damit keine Indikatoren für den Grad an Mehrheits- oder Konsensusdemokratie eines politischen Systems, sondern vergleichbare Mechanismen eines anderen Systems. Die Existenz einer unabhängigen Zentralbank ist ein weiterer problematischer Indikator. Sicherlich liegt hinter dem Prinzip einer unabhängigen Zentralbank wiederum der Gedanke, Macht auf möglichst viele Akteure zu verteilen, jedoch betrifft dies in diesem Fall nur eine Dimension der Politik, nämlich die Wirtschaftspolitik, genauer die Finanzpolitik. Damit ist die Zentralbankautonomie nicht mit Institutionen gleichzusetzen, die Macht über eine ganze Bandbreite von Politikdimensionen auf verschiedene Akteure verteilen, etwa Bikameralismus oder Föderalismus.

Besonders bedenklich ist Lijpharts Indikator „Beziehung der Exekutive zur Legislative“. Mehrheitsdemokratien tendieren nach Lijphart zu einer Dominanz der Exekutive, während in Konsensusdemokratien ein ausgeglichenes Verhältnis herrscht (vgl. Lijphart 1999: 116). Genau dieses Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative ist das wichtigste Merkmal der Präsidentialismus/Parlamentarismus-Dichotomie, wobei im Parlamentarismus die Exekutive generell dominiert¹⁰ und im Präsidentialismus ein Machtgleichgewicht herrscht. Damit gehört dieser Indikator jedoch in die formelle Dimension. Dabei ist es sicher richtig, dass präsidentielle Systeme dazu neigen Macht zu verteilen, jedoch zeigen parlamentarische Konsensusdemokratien (etwa Deutschland oder die Schweiz), dass dies kein überzeugender Indikator sein kann. Darüber hinaus ist Lijpharts Operationalisierung über die Überlebensdauer des Kabinetts äußerst fragwürdig.¹¹

⁹ Die nicht umsonst auch Verhandlungsdemokratie genannt wird (vgl. Schmidt 2000: 327).

¹⁰ Dies ist nicht der Fall wenn es sich um Minderheitsregierungen handelt.

¹¹ Nicht umsonst muss Lijphart diese Operationalisierung, etwa bei der Schweiz oder Großbritannien, deutlich anpassen (vgl. Lijphart 1999: 132f).

Aber warum nun diese Kritik an Lijpharts Ansatz? Auf die Forschungsfrage dieser Arbeit bezogen liefert Lijphart schließlich eine Möglichkeit, den Grad an Machtdispersion oder Machtkonzentration zwischen verschiedenen Systemen vergleichbar zu machen und diese damit, mit Blick auf ihr institutionelles Arrangement, einzuordnen. Dies ist ein notwendiger Schritt, um anschließend den Zusammenhang zwischen dieser Einordnung und der existierenden Handlungsfähigkeit zu bestimmen. Dennoch halte ich Lijpharts Vorgehen auf Grund der genannten Probleme für fehlerhaft und unnötig komplex um die institutionellen Strukturen der Machtdispersion adäquat zu erfassen. Daher möchte ich im Folgenden mit der Vetospieler-Theorie einen Ansatz vorstellen, der im Prinzip die gleichen Phänomene wie Lijphart betrachtet. Er tut dies jedoch in einer Art und Weise, die schlichter und damit einfacher zu handhaben ist.

2.1.2 Tsebelis Vetospieler-Ansatz

„One of the great advantages of a veto player framework is the ease with which it can be applied to diverse constitutional and party configurations to highlight the ease or difficulty, on average, of affecting policy change” (MacIntyre 2001: 88)

George Tsebelis entwickelte seinen Vetospieler-Ansatz ebenfalls in der Tradition des (Neo-)Institutionalismus. Sein Fokus liegt auf Institutionen und ihrem Effekt auf policies, wobei sich Tsebelis gegen die verbreiteten Dichotomien, sei es Präsidentialismus/Parlamentarismus, Unikameralismus/Bikameralismus oder Zweiparteien-/Mehrparteiensystem, richtet und stattdessen die Beziehungen zwischen diesen institutionellen Merkmalen betrachten will (vgl. Tsebelis 2002: 1).

Tsebelis thematisiert dabei die Wirkung verschiedener institutioneller Arrangements in Hinblick auf die Policy-Stabilität eines Systems (vgl. Tsebelis 2002: 2ff). Da es ihm, umgekehrt formuliert, also auf die Handlungsfähigkeit eines Systems in Krisenzeiten ankommt, „its capacity to solve problems when they arise“ (Tsebelis 2002: 7), ist Tsebelis Theorie für eine Studie über Reformfähigkeit in postkommunistischen Staaten bestens geeignet¹².

Das beeindruckende an Tsebelis Theorie ist, dass ihm zwei Seiten der Einleitung genügen, ihren Kerngehalt darzustellen (vgl. Tsebelis 2002: 2f). Sie präsentiert sich damit in einer konkurrenzlosen Schlichtheit ohne an Vorhersagekraft zu verlieren. Nur zwei weitere Seiten braucht Tsebelis, um die Überlegenheit seiner Theorie gegenüber den üblichen institutionalistischen Ansätzen zu verdeutlichen. Am Beispiel der USA, Italiens, Griechenlands und Großbritanniens kann Tsebelis in wenigen Worten Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen Systemen sichtbar machen, die beispielsweise Lijphart in all ihren Facetten nicht erfassen konnte (vgl. Tsebelis 2002: 4f).

¹² Denn was, wenn nicht Handlungsfähigkeit in einer Krise, bedeutet die Einführung wirtschaftlicher Reformen im Angesicht einer zusammenbrechenden Volkswirtschaft, die der sich globalisierenden Welt nicht mehr gewachsen ist.

Tsebelis Ansatz ist auf die Exekutive fokussiert. Sie ist der zentrale Akteur, der eine Policy beschließen kann (vgl. Roller 2005: 87). In ihrer Fähigkeit, eine bestimmte Policy zu ändern, ist diese durch mehr oder weniger Vetospieler eingeschränkt. Vetospieler sind nach Tsebelis Akteure, deren Zustimmung im Policy-Prozess nötig ist. Diese können entweder kollektive Spieler sein, etwa eine Parlamentskammer, oder aber Individuen wie ein Präsident (vgl. Tsebelis 2002: 19). Durch diese Definition der Vetospieler betrachtet Tsebelis sowohl die formelle als auch die informelle Ebene des politischen Systems. Auf der formellen Ebene existieren Vetospieler, deren Existenz durch die Verfassung garantiert ist. Diese werden daher *institutional veto players* genannt, ein Beispiel sind wiederum Parlamentskammern. Im Gegensatz dazu entstehen die *partisan veto players* erst durch den politischen Prozess, etwa die unterschiedlichen Parteien einer Koalition, deren Zustimmung im Parlament notwendig ist (vgl. Tsebelis 2002: 19f).

Diese Unterscheidung entspricht weitestgehend den zwei Dimensionen Lijpharts, der ebenfalls formelle wie auch informelle institutionelle Arrangements gemessen hat. Jedoch vollzieht Tsebelis nicht die Trennung beider Dimensionen, sondern lässt diese in seiner Anzahl der Vetospieler verschmelzen. Auch die verschiedenen Operationalisierungen und damit verbundenen Standardisierungen unterschiedlicher Merkmale wie dem Verhältnis von Exekutive und Legislative oder Bikameralismus kann sich Tsebelis sparen. Stattdessen kann er alle möglichen Kombinationen von institutionellen Arrangements über seine Zahl der Vetospieler darstellen. Wo Lijphart das Verhältnis der Anzahl von Mehr-Parteien-Regierungen zu Ein-Parteien-Regierungen bestimmt, zählt Tsebelis einfach die Anzahl der Koalitionspartner zu einem Zeitpunkt, wo Lijphart eine vierstufige Skala zwischen Unikameralismus und starkem Bikameralismus aufspannt, betrachtet Tsebelis einfach jede Kammer als kollektiven Vetospieler. Damit ist eine äußerst einfache Einordnung verschiedenster Systeme möglich. So zeigt sich bei Tsebelis, dass die USA, nach Lijphart eine föderale Mehrheitsdemokratie, und Italien, eine einheitsstaatliche Konsensdemokratie, sehr ähnliche Vetospielerzahlen haben, Macht also (quantitativ) in ähnlichem Maße verteilen, während das Verhältnis beider Staaten zueinander in Lijpharts zweidimensionaler Karte, bezogen auf die Frage welcher Staat Macht höher konzentriert, unklar bleibt (vgl. Tsebelis 2002: 5, Lijphart 1999: 248).

Das Konzept der Vetospieler als bestimmende Akteure der Politik stammt jedoch nicht originär von Tsebelis selbst, die Idee lässt sich wiederum zurückführen bis zu den Federalist Papers oder den Theorien der Gewaltenteilung nach Montesquieu (vgl. Tsebelis 2002: 9). In der jüngsten Zeit wurde diese Idee erstmals in dem Konzept der Veto-Punkte von Immergut 1992 in der Politikwissenschaft gebraucht (siehe Immergut 1992). Der Vetospieler-Ansatz ist damit ein Kind des Neoinstitutionalismus des späten 20. Jahrhunderts, ebenso wie Lijpharts Ansatz. Mit Lijphart teilt er auch die Idee, das gesamte institutionelle Gefüge zu betrachten um auf machtkonzentrierende oder machterteilende Eigenschaften eines Systems zu schließen.

2.2 Die Wirkung institutioneller Arrangements auf Handlungsfähigkeit

Nachdem nun die Vetospieler-Theorie als konsequente Art der Typologisierung politischer Systeme vorgestellt wurde, stellt sich die Frage, wie diese Theorie den Zusammenhang zwischen der Anzahl der Vetospieler und der Handlungsfähigkeit sieht. Diese Frage, und damit das grundlegende Verhältnis zwischen Institutionen X und Policy Y, zu beantworten, ist die Aufgabe des folgenden Abschnitts. George Tsebelis zeigt, dass die Vetospieler-Theorie klare Antworten im Sinne der conventional wisdom geben kann. Jedoch gibt es Ansätze die Vetospieler-Theorie zu erweitern und so zu komplexeren Vorhersagen zu kommen. Daher werde ich im Anschluss an Tsebelis Ansatz die Theorie des demokratischen trade-offs vorstellen.

2.2.1 Vetospieler und Policy-Stabilität

Kernpunkt des Vetospieler-Ansatzes ist nicht nur die reine Typologisierung politischer Systeme, sondern die Analyse der Wirkung einer unterschiedlichen Zahl von Vetospielern auf den Policy-Prozess. Diese Wirkung untersucht Tsebelis mit Hilfe der euklidischen Geometrie in einem zweidimensionalen Raum. In diesem Raum sind die jeweiligen Vetospieler relativ zur aktuellen Policy, dem *Status Quo* (SQ), positioniert. Einer Veränderung des Status Quo stimmt jeder einzelne Vetospieler stets nur dann zu, wenn die neue Policy zumindest nicht weiter von der eigenen Position entfernt ist, als es der Status Quo vormals war. Damit ist zu all jenen Punkten Zustimmung möglich, die sich innerhalb eines Kreises befinden, dessen Mittelpunkt die eigene Position und dessen Radius die Entfernung des Status Quo zur eigenen Position ist. Somit ist in Abbildung 2 eine Zustimmung von Vetospieler A zum Punkt X möglich, während eine Änderung vom Status Quo zum Punkt Y von A abgelehnt werden würde.

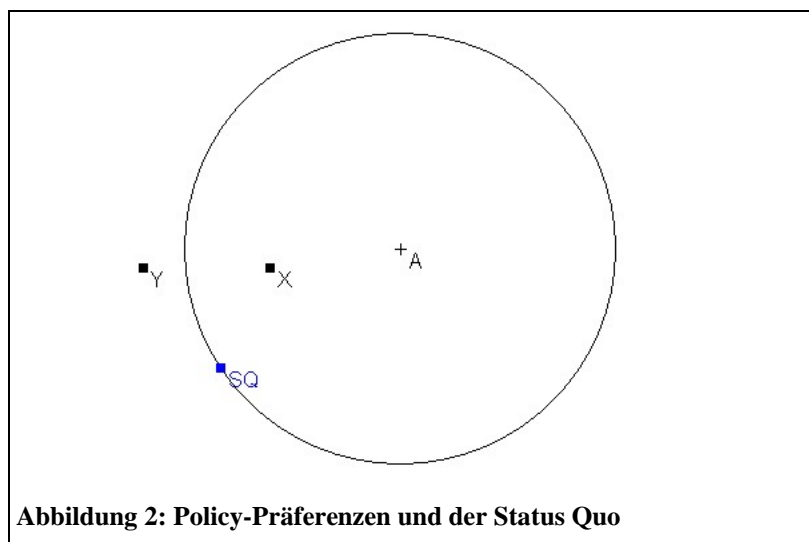
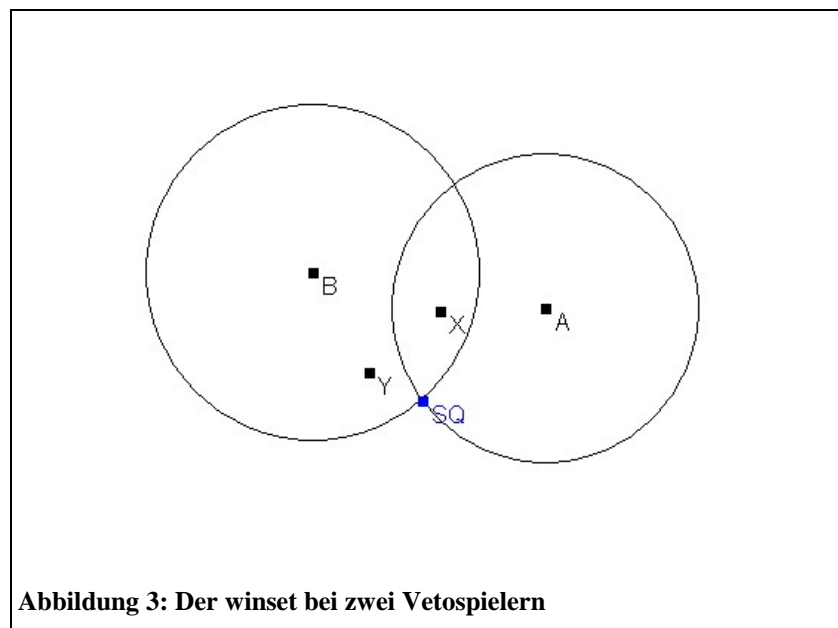


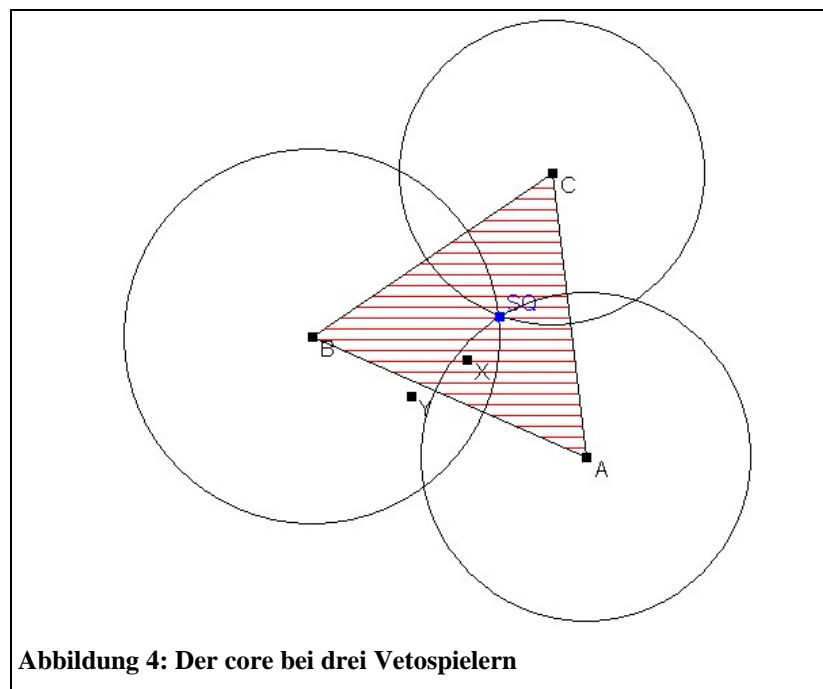
Abbildung 2: Policy-Präferenzen und der Status Quo

Die Menge der Punkte, und damit die Menge möglicher alternativer Policies, denen von den existierenden Vetospielern zugestimmt werden kann, bezeichnet Tsebelis als *winset* (vgl. Tsebelis 2002: 20f).

Je kleiner dieser winset ist, desto unwahrscheinlicher wird eine Änderung der aktuellen Policy. Interessant ist nun, was mit dem winset passiert, wenn sich die Zahl der Vetospieler erhöht. Abbildung 3 zeigt den Fall für nun zwei Vetospieler, A und B. Eine Änderung des Status Quo zum Punkt Y würde nun B zustimmen, A jedoch nicht. Dagegen wäre die Veränderung zum Punkt X für beide eine Verbesserung. Insgesamt ist der winset deutlich kleiner geworden, er besteht nun nur noch aus der Überschneidungsfläche beider Kreise, da jeder andere Punkt mindestens außerhalb einer der beiden Kreise liegt.



Ein weiteres wichtiges Konzept in Tsebelis Theorie ist der *core*. Dieser definiert sich als die Fläche zwischen allen vorhandenen Vetospielern, in Abbildung 4 der rot schraffierte Teil.



Im core liegen all jene Punkte, die, wenn sie einmal als Status Quo gewählt werden, durch keinen anderen Punkt geändert werden können. Jeder Punkt, der in Abbildung 4 vom Status Quo abweicht, stellt mindestens einen der drei Vetospieler schlechter.

Diese beiden Beobachtungen führen zu Tsebelis erster Vorhersage, nämlich dass, mit zunehmender Zahl der Vetospieler, die Policy-Stabilität eines Systems zunimmt.

Dies geschieht durch die Vergrößerung des cores sowie die Verkleinerung des winsets (vgl. Tsebelis 2002: 25). Da nun weniger Punkte vorhanden sind, die den Status Quo ablösen können, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass die aktuelle Policy im Status Quo verharrt. Den gleichen Effekt hat auch eine Vergrößerung der Entfernung zwischen den Vetospielern zu Folge, da sich hierbei ebenfalls der winset verkleinert bzw. der core vergrößert. Damit gelingt Tsebelis eine theoretische Begründung der conventional wisdom der größeren Handlungsfähigkeit mehrheitsdemokratischer Systeme.

Seine Vorhersage schränkt Tsebelis insofern ein, als dass er eine sogenannte *absorption rule* formuliert. Nach dieser hat ein zusätzlicher Vetospieler dann keinen Einfluss auf die Policy-Stabilität, wenn er sich im core, also der Fläche zwischen den anderen Spielern, befindet. Abgesehen von der geometrischen Begründbarkeit dieser Regel bedeutet dies auf die Realität bezogen, dass Vetospieler, welche weniger polarisierte oder identische Policies relativ zum Status Quo bevorzugen als andere Akteure, von

diesen radikaleren Positionen absorbiert werden. Relevant wird diese Regel besonders dann, wenn etwa die Exekutive der gleichen Partei angehört wie die Mehrheit der Parlamentskammer, wie es etwa in parlamentarischen Systemen der Regelfall ist. Hier wirkt diese Kammer nun nicht mehr als Vetospieler, da keine ideologische Distanz zwischen den Akteuren herrscht¹³ (vgl. Tsebelis 2002: 26ff).

Die Aussage Tsebelis ist damit klar: Eine Änderung der aktuellen Policy, in unserem Fall der Weg von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, wird umso unwahrscheinlicher, je mehr Vetospieler vorhanden sind und je weiter deren Positionen voneinander entfernt sind. Damit sind jene Länder am reformfähigsten, deren Regierung den wenigsten Beschränkungen durch andere Akteure ausgesetzt ist.

Diese Aussagen Tsebelis bezogen sich jedoch nur auf individuelle Vetospieler. Ein wenig schwieriger gestaltet sich die Angelegenheit bei kollektiven Spielern. Ohne nun im Einzelnen auf Tsebelis Herleitung einzugehen, kommt Tsebelis zu der Aussage, dass das Ersetzen eines individuellen Vetospielers durch einen kollektiven Vetospieler immer die Policy-Stabilität senkt. Dies resultiert aus dem vergrößerten winset eines kollektiven Spielers, da nun verschiedene Mehrheiten innerhalb des Akteurs denkbar sind, und damit auch mehr Punkten die Zustimmung gegeben werden kann. Je größer die Kohäsion eines kollektiven Spielers ist, je niedriger also seine Fraktionalisierung ist, desto stabiler wird der Status Quo (vgl. Tsebelis 2002: 61f). Dies lässt sich fortführen bis zu einem völlig kohäsiven Vetospieler, etwa einer Parlamentskammer mit nur einer Fraktion welche 100 Prozent der Sitze besetzt, der damit wieder wie ein individueller Spieler zu behandeln ist.

Das andere Extrem ist ein Parlament mit einer Vielzahl kleiner Parteien. Dieser Vetospieler ist dann auf Grund seiner inneren Fraktionalisierung nach außen hin schwach in seiner Positionierung, daher beschränkt er die Exekutive weit weniger als ein individueller Spieler, die Policy-Stabilität nimmt ab.

¹³ Gegen diese Argumentation gibt es durchaus Einwände. So können unterschiedliche Institutionen unterschiedliche Interessen haben, auch wenn die bestimmenden Akteure von der selben Partei kommen. Der deutsche Bundesrat ist ein gutes Beispiel für eine Institution mit einem Eigeninteresse abseits der ideologischen Präferenzen (vgl. Roller 2005: 90).

Allerdings offenbart Tsebelis einige Unklarheiten im Verhältnis von kollektiven und individuellen bzw. partisanen und institutionellen Vetospielern. Stellen wir uns ein Parlament mit fünf etwa gleichgroßen Parteien vor.¹⁴ Innerhalb dieses Parlamentes können nun drei Parteien eine Mehrheit bilden, es existieren, auf den innerparlamentarischen Entscheidungsprozess bezogen, drei Vetospieler. Nach außen hin, also in Hinblick auf die beschränkende Wirkung auf die Exekutive, ist dieses Parlament jedoch nur ein einziger kollektiver Vetospieler (vgl. Tsebelis 2002: 79), dessen stabilisierende Wirkung mit zunehmender Fraktionalisierung (abnehmender Kohäsion) abnimmt (vgl. Tsebelis 2002: 62). Dies bedeutet, dass Parlaments-Parteien im Sinne von *partisan veto-players*, also „veto players who are generated *inside* institutional veto players by the political game“ (Tsebelis 2002: 79, Hervorhebung nicht im Original), nicht direkt in die Zählung der Vetospieler eines Systems eingehen, sondern nur indirekt durch die Fraktionalisierung eines kollektiven Vetospielers. Im Präsidentialismus wäre damit ihr Einfluss erschöpft. Im Parlamentarismus werden jedoch Parteien, die an einer Koalitionsregierung beteiligt sind, zusätzlich als einzelne Vetospieler betrachtet. So erwähnt Tsebelis, dass ein zusätzlicher Koalitionspartner für die Labourparty, z.B. die Liberalen, das britannische Ein-Vetospieler System in ein Zwei-Vetospieler System verwandelt (vgl. Tsebelis 2002: 78f) und dass Policy-Stabilität das Resultat großer Koalitionsregierungen sei (vgl. Tsebelis 1999: 591). Dies kann nur dann richtig sein, wenn man die Exekutive nicht als geschlossenen kollektiven Akteur begreift, wie etwa die Legislative, sondern hier jedes Mitglied (jeden Minister etc.) als eigenen Vetospieler begreift und die Absorptionsregel anwendet. In einer Ein-Parteien-Regierung würden sich diese Spieler zu einem einzigen Akteur absorbieren, in einer Koalitionsregierung aus zwei Parteien würden zwei Vetospieler übrig bleiben. So argumentiert Tsebelis auch noch 1995 (vgl. Tsebelis 1995: 305ff), jedoch 2002 nicht mehr in dieser Deutlichkeit. Wenn stattdessen eine Regierung auch als kollektiver Spieler, ähnlich dem Parlament, begriffen werden würde, so würden

¹⁴ Parteien begreife ich der Einfachheit halber als individuelle Spieler, nehme also eine hohe Kohäsion innerhalb der Partei an, um nicht eine weitere Ebene kollektiver Spieler unterhalb der Institutionen zu erhalten.

Koalitionsregierungen nicht Policy-Stabilität erhöhen, sondern, auf Grund der geringeren Kohäsion gegenüber einer Ein-Parteien-Regierung, die Stabilität verringern. Gegen die Argumentation, jede Regierungspartei als einzelnen Vetospieler zu zählen, gibt es den Einwand, nicht jeder Koalitionspartner könne ein Veto auf die Regierungspolitik ausüben, indem er mit dem Austritt aus der Koalition droht. Diese Drohung kann nur dann wirken, wenn andere Koalitionsoptionen dieser Partei offenstehen. Gerade in Regierungen mit kleineren Koalitionspartnern ist dies zweifelhaft (vgl. Strom 2000: 279ff). Tsebelis entgegnet diesem Vorwurf allerdings, dass jede an der Regierung beteiligte Partei am Regierungsprogramm beteiligt ist und durch ihr Veto eine Regierungskrise auslösen kann und somit als Vetospieler gilt (vgl. Tsebelis 2002: 87).

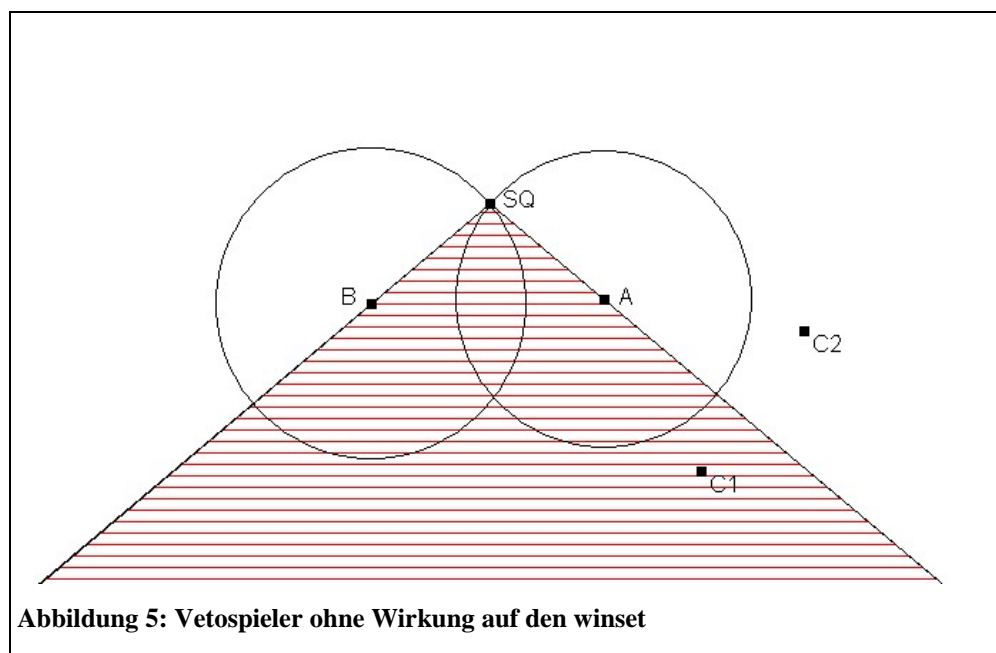
Letztendlich lassen sich Vetospieler innerhalb politischer Systeme damit nach drei Gesichtspunkten charakterisieren:

- a) Der Anzahl der Vetospieler
- b) Der Entfernung der Policypositionen zwischen den Vetospielern
- c) Der Entfernung der Policypositionen innerhalb eines kollektiven Vetospielers

Eine weitere wichtige Eigenschaft des Vetospieler-Ansatzes, die Tsebelis jedoch nur implizit und nicht explizit benennt, ist die abnehmende Wahrscheinlichkeit, mit der ein zusätzlicher Vetospieler die Policy-Stabilität erhöht. Diese wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, welche zusätzlichen Vetospieler die Policy-Stabilität nicht erhöhen. In einem Modell mit zwei vorhandenen Spielern ist dies jeder zusätzliche Spieler, dessen Präferenz in einer Fläche liegt, die vom Status Quo über die beiden vorhandenen Vetospieler aufgespannt wird und ins Unendliche weiter geht.

Abbildung 5 verdeutlicht diesen Fall. Hier erhöht Spieler C1 nicht die Stabilität, da er in eben dieser schraffierten Fläche liegt, während C2 die Stabilität steigern würde, da er den winset verkleinert. Die Wahrscheinlichkeit, dass C also den winset verkleinert, ist geringer, als diese bei Spieler B noch war. Da nun die schraffierte Fläche mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zwischen B und C2 aufgespannt wird, ist die Wahrscheinlichkeit für einen eventuellen vierten Spieler D wiederum geringer als sie noch für C war, den winset zu verkleinern.

Tsebelis Ansatz ist aus zwei Gründen für diese Arbeit relevant. Zum einen bietet er eine überzeugende und einfache Möglichkeit der Operationalisierung des institutionellen Arrangements politischer Systeme, die Lijpharts Entsprechung durch die einfache



Handhabung und die theoretische Stringenz überlegen ist.

Zum anderen liefert Tsebelis Ansatz zusätzlich noch eine in sich überzeugende Theorie über die Wirkung des institutionellen Arrangements auf Handlungsfähigkeit im Sinne der conventional wisdom. Daher sind auch diese Detailsigenschaften, wie etwa die genaue Einordnung partisaner Vetospieler oder der abnehmende Einfluss zusätzlicher Vetospieler, für eine spätere Übersetzung der Theorie auf die vorliegenden Daten von hoher Bedeutung.

2.2.2 Der trade-off zwischen Stabilität und Rigidität

Tsebelis Vetospieler-Theorie hat eine Vielzahl von Arbeiten beeinflusst. Dabei entstanden auch Weiterentwicklungen dieses Ansatzes, besonders in Hinblick auf den Begriff der Policy-Stabilität. Im Folgenden werde ich besonders auf diesen Sachverhalt eingehen. Ich tue dies, um zu zeigen, dass die intuitive Annahme eines negativen Zusammenhangs zwischen der Anzahl der Akteure und Handlungsfähigkeit, die Tsebelis mit Hilfe der Vetospieler-Theorie unterstützt, ebenso mit den Werkzeugen dieser Theorie widerlegt werden kann.

In dem Werk „Presidents, Parliaments and Policy“ (Haggard/McCubbins 2001) führen Autoren wie Gary Cox, Stephan Haggard, Mathew McCubbins und Matthew Shugart Tsebelis Argumentation fort und erweitern seinen Begriff der Stabilität um eine zusätzliche Dimension. Ideengeschichtlich sehen sich auch diese Autoren in der Tradition des Institutionalismus. Deutlich wird hier wieder der Rückgriff auf Madisons Konzept der Gewaltenteilung. Die Grundidee ist erneut, dass verschiedene institutionelle Arrangements einen unterschiedlichen Einfluss auf das policy-making eines Systems haben (vgl. Haggard/McCubbins 2001: 3). Anders als die Mehrzahl der Institutionalisten, aber im Einklang mit Tsebelis, kritisieren Haggard/McCubbins/Shugart den dichotomen Blick auf Institutionen. Statt der Einteilung in Präsidialismus bzw. Parlamentarismus oder Zwei- bzw. Mehrparteiensysteme fordern sie einen nuancierteren Blick auf das institutionelle Arrangement. Einzelne Institutionen dürften nicht isoliert betrachtet werden, stattdessen sei immer die Interaktion mit weiteren institutionellen Akteuren zu beachten (vgl. Haggard/McCubbins/Shugart 2001: 319f, Haggard/McCubbins 2001: 4).

Die Anknüpfung an Tsebelis Vetospieler-Ansatz ist unverkennbar. Nicht nur die Status Quo Orientierung der Analysen (vgl. Haggard/McCubbins 2001:5), sondern auch das mehrdimensionale Policymodell mit Punkten, die dem Status Quo überlegen sind (vgl. Heller/McCubbins 2001: 233) und die Idee der Absorptionsregel, nach der Vetospieler mit gleichen Ideologien nicht mehrfach gezählt werden (vgl. Cox/McCubbins 2001: 26), finden sich in identischer Form bei George Tsebelis.

Allerdings gehen die Autoren in ihren Herleitungen weniger formalistisch vor als es Tsebelis tut. Entscheidende Begriffe sind die „separation of power“ und die „separation of purpose“ (vgl. Haggard/McCubbins 2001: 3). Erstere führt dazu, dass überhaupt potentielle Vetospieler vorhanden sein können. Eine „separation of power“ ist etwa durch eine zweite Parlamentskammer, eine geteilte Exekutive durch Präsident und Premierminister oder der Einführung föderaler Entscheidungsstrukturen möglich (vgl. Cox/McCubbins 2001: 31f), aber erst die „separation of purpose“, also die unterschiedliche Interessenlage der Akteure, man könnte auch sagen die unterschiedliche Ideologie oder in den Worten Tsebelis die unterschiedliche Lage im Policyraum relativ zum Status Quo, macht potentielle Vetospieler zu *effektiven* Vetospielern (vgl. Cox/McCubbins 2001: 26).

Hier ist auch wieder die Trennung in formelle und informelle Ebene im Sinne Fuchs zu sehen (vgl. Fuchs 2000: 7f). Während die „separation of power“ einzig und allein Merkmale der formellen Ebene erfasst, bezieht sich der Grad der „separation of purpose“ auf die informelle Ebene. Dieser Trennung entspricht ebenso Lijpharts Konzept der *divided power* und der *joint power* (vgl. Lijphart 1999: 143)¹⁵.

Was die Wirkung der Vetospieler angeht, argumentieren etwa Cox/McCubbins einerseits ähnlich wie Tsebelis. Mit einer steigenden Zahl wird eine Policy-Änderung schwieriger, der Status Quo verfestigt sich. Die *decisiveness* eines Systems, also „the ability of a state to enact and implement policy change“ (Cox/McCubbins 2001: 26) nimmt damit ab, das System läuft Gefahr entscheidungsunfähig zu werden. Anders als Tsebelis begründen Cox/McCubbins dies aber nicht mit einer Flächenanalyse im räumlichen Modell, sondern greifen auf die Theorie der Transaktionskosten zurück, wie es auch Spiller/Tommasi machen (vgl. Cox/McCubbins 2001: 27ff, Spiller/Tommasi 2003: 282f). Entscheidend ist nun aber ein zweiter Schluss: Ein System zeichnet sich nicht nur durch seine *decisiveness*, seine Entscheidungsfähigkeit aus, sondern auch durch seine Fähigkeit, die Beibehaltung einer vollzogenen Policy-Änderung zu garantieren. Cox/McCubbins nennen dies *resoluteness*, also „the ability of a state to commit to maintaining a given policy“ (Cox/McCubbins 2001: 26f). Diese steigt mit

¹⁵ Eine ähnliche Unterscheidung findet sich auch unter den Begriffen *collective* bzw. *competitive veto-points* bei Birchfield und Crepaz (vgl. Birchfield/Crepez 1998).

zunehmender Zahl der Vetospieler, verläuft also diametral zu der Entwicklung der decisiveness. Dies ist der sogenannte „democratic tradeoff“ (Cox/McCubbins 2001: 23), dem sich jedes demokratische System gegenüber sieht.

Anders als bei Tsebelis gibt es damit nicht nur das Problem von zu vielen Vetospielern, sondern zusätzlich das Problem von zu wenigen Vetospielern. Beide Extrema führen dazu, dass ein Staat unregierbar wird und nicht mehr handlungsfähig ist (vgl. Cox/McCubbins 2001: 22). Die Vorhersage der Wirkung des institutionellen Arrangements auf die Reformfähigkeit, also die Fähigkeit eines Systems die aktuelle Policy zu ändern, ist nun eine ganz andere als noch bei Tsebelis. Dies liegt vor allem an den verschiedenen Begriffen von Stabilität. Kennt Tsebelis nur eine Dimension der Stabilität, nämlich die negative Variante im Sinne von „mangelnder Handlungsfähigkeit“, welche treffender mit dem Begriff Rigidität bezeichnet wäre, so definieren Cox/McCubbins noch eine positive Dimension von Stabilität, im Sinne von „Verlässlichkeit, Beibehaltung des eingeschlagenen Weges“. Durch dieses Spannungsverhältnis von (negativer) Rigidität und (positiver) Stabilität scheint sowohl ein positiver, als auch ein negativer Zusammenhang zwischen Vetospielern und Reformfähigkeit zu existieren. Während Tsebelis einen fallenden Zusammenhang mit größtmöglicher Reformfähigkeit bei geringster Vetospielerzahl im Einklang mit der conventional wisdom postuliert, ist nun eine Idealzahl von Vetospielern, nicht zu viele und nicht zu wenige, denkbar.

Die Herausforderung ist es, Reformen zu implementieren, aber gleichzeitig auch deren Stabilität, deren Fortbestand zu garantieren (vgl. Shugart/Haggard 2001: 65). Problematisch an Tsebelis Idealpunkt der wenigen Vetospieler ist nämlich, dass eine Exekutive, die Reformen einfach implementieren kann, da sie nicht gegen institutionelle Widerstände trifft, diese Reformen auch einfach wieder zurücknehmen kann, bzw. nicht den Erhalt der Reformen (etwa bei einem Regierungswechsel) garantieren kann (vgl. Shugart/Haggard 2001: 97).

Zu einer ganz ähnlichen Einschätzung gelangt Andrew MacIntyre in seiner Analyse der Wirtschaftskrise in Süd-Ost-Asien (vgl. MacIntyre 2001). Auch er sieht zwei Dimensionen der Stabilität und nennt diese Volatilität und Rigidität.

„The first strand deals with the credibility of government commitments and the importance of policy stability for investors. The second deals with governmental adaptability and the importance of policy flexibility for the purpose of economic reform.” (vgl. MacIntyre 2001: 85)

MacIntyre sagt einen parabolischen¹⁶ Zusammenhang zwischen der Anzahl der Vetospieler und der Fähigkeit zur verantwortungsvollen Policy voraus. Hierbei ist es nicht so, dass diese Annahme Tsebelis widerspricht. Vielmehr erweitert diese Tsebelis einseitiges Modell, da dieser sich explizit nur mit der Stabilität im Sinne von Rigidität befasst. Über die Bedingungen für eine *erfolgreiche, dauerhafte* Policy-Änderung sagt Tsebelis hingegen nichts aus.

Abbildung 6 und 7 verdeutlichen nochmals den prophezeiten Zusammenhang zwischen Vetospielern und Reformfähigkeit in linearer Form bei Tsebelis und quadratischer bzw. parabolischer Form in Anlehnung an Cox/McCubbins bzw. MacIntyre.

Ob diese Modelle der Handlungsfähigkeit auch im speziellen Fall der wirtschaftlichen Liberalisierung anwendbar sind oder Modifizierungen notwendig sind, wird nun im folgenden Kapitel erörtert.

¹⁶ Gemeint ist ein Zusammenhang in der Form eines umgedrehten U.

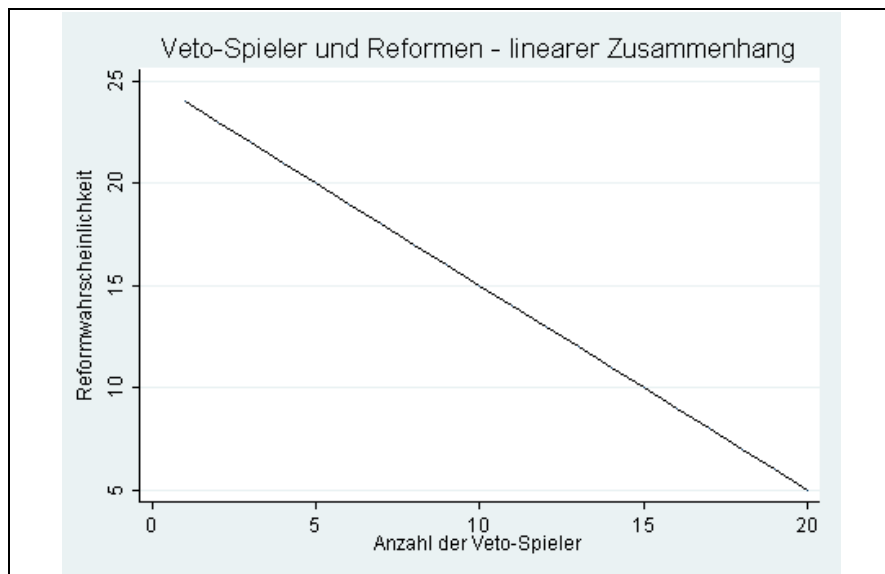


Abbildung 6: Der lineare Zusammenhang zwischen Vetospielern und Reformen

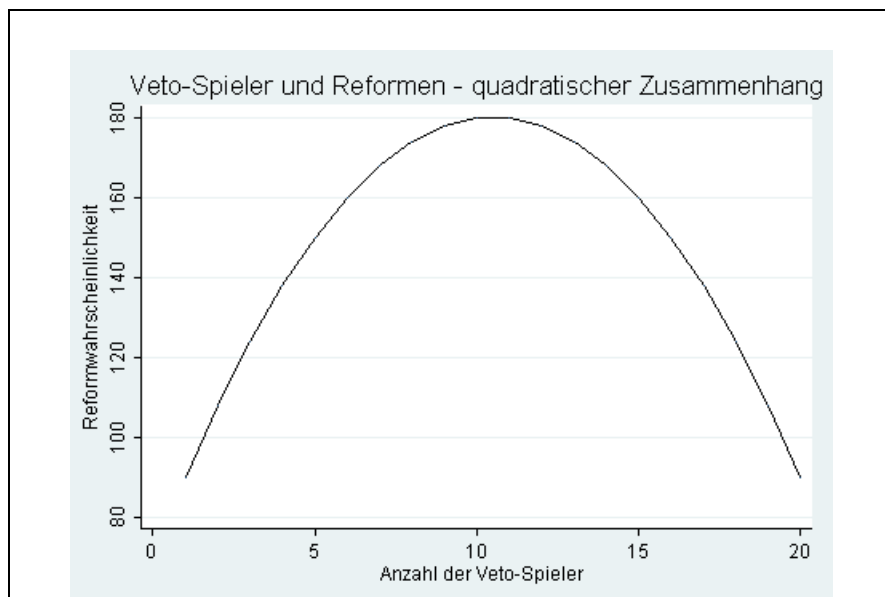


Abbildung 7: Der parabolische Zusammenhang zwischen Vetospielern und Reformen

3. Wirtschaftliche Liberalisierung als besonderer Fall der Reform

Nachdem nun eingehend die Theorien der Wirkung politischer Institutionen auf die Handlungs- bzw. Reformfähigkeit von politischen Systemen in den letzten Kapiteln dargestellt wurden, widmen sich die folgenden Abschnitte den spezifischen Eigenschaften wirtschaftlicher Reformen. Damit wird, um im Modell von Spiller/Tommasi zu bleiben, nach dem Einfluss der Variable X auf Y im Kapitel 2 nun die kontrollierende Variable Z erschlossen. Ich werde auf den nächsten Seiten zeigen, dass sich aus der Betrachtung wirtschaftlicher Reformfähigkeit als speziellem Fall der Handlungsfähigkeit keine grundsätzlichen Bedenken gegenüber den schon erarbeiteten Theorien ergeben, da die Vorhersagen über die Wirkung politischer Institutionen sich ähneln.

Dafür werde ich im nächsten Kapitel zunächst in die Definition wirtschaftlicher Reformen nach dem Washington Consensus einführen, die ich im weiteren Verlauf der Arbeit nutzen werde. Anschließend stelle ich mit dem konzentrierenden und dem distributiven Ansatz zwei Theorien vor, die, aufbauend auf den Folgen wirtschaftlicher Reformen im Sinne des Washington Consensus, sich in unterschiedlicher Weise mit den politischen Prozessen auseinandersetzen, die diese Reformen begleiten.

3.1 Der Washington Consensus

Ein geflügeltes Wort in den Reformdebatten seit Ende der 80er Jahre ist der „Washington Consensus“, welcher 10 Merkmale einer Wirtschaftsreform benennt. Zurückzuführen ist dieser Begriff auf einen Aufsatz von John Williamson aus dem Jahr 1989 (siehe Williamson 1989), in dem dieser Handlungsempfehlungen für die Staaten Lateinamerikas geben wollte. Im Zuge des Endes des Kalten Krieges, und damit dem Ende des Kampfes zweier konträrer Vorstellungen von der Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Markt, wurden diese Empfehlungen „des Siegers“ dann zum breiten Maßstab für erfolgreiche Wirtschaftspolitik erklärt.

Mit dem Begriff „Washington“ möchte Williamson sowohl auf das politische Washington, noch mehr jedoch auf das technokratische Washington der Weltbank, des internationalen Währungsfonds und der diversen Think-Tanks hinweisen (vgl. Williamson 1989: 1, Williamson 2004: 2). Es sind damit Empfehlungen, die auf einem breiten Konsens der wichtigsten Wirtschaftsinstitutionen der freien Welt beruhen.

Während die ersten drei Punkte in Williamsons Liste noch sehr allgemeine Handlungsempfehlungen für Entwicklungsländer sind, nämlich fiskalische Disziplin, moderate Steuergesetzgebung und die Verwendung von Staatsausgaben für Infrastruktur und Bildungssystem, beziehen sich die folgenden Sieben klar auf den Übergang zu einem marktwirtschaftlichen System.

Die Kriterien für eine liberale Wirtschaft sind im Folgenden:

- Die Liberalisierung der Zinsraten; dies beinhaltet vornehmlich die Festlegung der Zinsraten durch den Markt.
- Eine Freigabe des Wechselkurses; hiermit ist besonders die Aufgabe einer Unterbewertung der Währung zur Unterstützung der nationalen Exporte gemeint. Generell ist der Wechselkurs nicht als staatliches Instrument, sondern als marktwirtschaftlicher Ausgleichsmechanismus zu begreifen. Alternativ zu

der völligen Freigabe (floaten) ist auch die Kopplung des eigenen Wechselkurses an eine starke Fremdwährung (Dollarisierung) möglich.

- Die Liberalisierung des Außenhandels; der Abbau von Schutzzöllen zur Marktsicherung und Importquoten sind in diesem Punkt inbegriffen.
- Privatisierung; eines der Merkmale einer Planwirtschaft ist die große Zahl staatlicher Unternehmen. Da diese meist ineffizient produzieren, ist eine Privatisierung von großen Unternehmen, aber auch von kleineren Betrieben, die vormals im Genossenschaftsbesitz waren, notwendig.
- Die Öffnung für ausländische Direktinvestitionen; gerade die neu geschaffenen, privaten Unternehmen, können von ausländischen Direktinvestitionen profitieren. Besonders durch die meist günstige Lohnkostenstruktur sind diese Investitionen für ausländische Unternehmen lukrativ und leisten eine wichtige Hilfe zum Aufbau einer funktionierenden Volkswirtschaft.
- Die Deregulierung der Märkte; unter diesem Punkt fallen etwa die Lockerung des Kündigungsschutzes oder die Freigabe der Preise. Deregulierung beinhaltet die Minimierung aller Instrumente staatlicher Steuerung, die den Markt in seiner wohlstandssteigernden Funktion im Wege stehen.
- Ermöglichen von Privatbesitz; der private Besitz und der rechtliche Schutz eben dieses Besitzes sind elementare Grundpfeiler der Marktwirtschaft.

Im Weiteren gehe ich also davon aus, dass ein Staat, der einzelne Schritte aus dieser Liste vollzieht, seine Wirtschaft liberalisiert. Wirtschaftsreformen sind somit Veränderungen der policy, die einen oder mehrere dieser Schritte beinhalten.

Sicher sind z.B. die Privatisierung von Staatsunternehmen oder die Öffnung des Außenhandels keine Ereignisse, die von heute auf morgen durch eine einfache Wirtschaftsreform zu erreichen sind. Vielmehr muss es Etappen auf dem Weg etwa zu einer völligen Privatisierung geben. Auch diese Teilschritte sind somit Wirtschaftsreformen. Auf die Möglichkeiten der Operationalisierung dieser Schritte werde ich in späteren Kapiteln ausführlich eingehen.

3.2 Konzentrierender vs. distributiver Ansatz der Wirtschaftsreform

Die Literatur über die Liberalisierung der nationalen Volkswirtschaft ist umfangreich. Ein nicht geringer Teil setzt sich hierbei mit den politischen Prozessen auseinander, die diese Liberalisierung gestalten sollen. Ähnlich den institutionalistischen Theorien der Handlungsfähigkeit werden hierbei die Auswirkungen unterschiedlicher institutioneller Arrangements auf die Reformfähigkeit untersucht, jedoch betrachten die folgenden Ansätze explizit die Besonderheiten und Folgen wirtschaftlicher Reformen.

Im Grunde lassen sich hier zwei Theorietraditionen ausmachen. Zum einen ein Ansatz, den ich im Weiteren als „konzentrierenden Ansatz“ bezeichnen möchte¹⁷, zum anderen ein Ansatz, der wohl treffend als „distributiver Ansatz“ bezeichnet werden kann.

Der konzentrierende Ansatz ist eindeutig die dominierende Theorie der wirtschaftlichen Liberalisierung. Er beruht auf der Idee der J-Kurve. Diese geht davon aus, dass wirtschaftliche Reformen kurzfristig zu massiven Wohlstandsverlusten in der reformierten Volkswirtschaft führen, ehe die wohlstandssteigernde Wirkung der Liberalisierung einsetzen kann. So steigt etwa die Arbeitslosenrate durch die Privatisierung der staatlichen Unternehmen¹⁸ an, da unrentable Arbeitsverhältnisse gekündigt werden. Die Scheinvollbeschäftigung, welche typisch für Planwirtschaften ist, verschwindet. Außerdem bewirkt die Freigabe der Preise abseits staatlicher Kontrolle im Regelfall eine steigende Inflationsrate (vgl. Hellman 1998: 203f).

Die kurzfristigen Kosten der Reformen sind von einem bestimmten Teil der Bevölkerung, einfache Arbeiter des produzierenden Gewerbes, Rentner und Arbeitslosen, zu tragen. Daher werden diese Gruppen in der frühen Phase der Reform massiven Druck auf die Exekutive ausüben, Reformen wieder rückgängig zu machen bzw. deren Wirkung abzufedern. Um in dieser Zeit einen Fortbestand der Reformen zu garantieren, muss die Regierung von diesem äußeren Druck isoliert werden (vgl. Hellman 1998: 203).

¹⁷ In der Literatur wird dieser auch als „strong-government hypothesis“ bezeichnet (Pitlik 2007: 5).

¹⁸ Wie in Kapitel 3.1 gezeigt, ist Privatisierung, ebenso wie alle weiteren erwähnten Phänomene, ein Bestandteil wirtschaftlicher Liberalisierung im Sinne des Washington Consensus.

Besonders Systeme mit mehreren Parteien, die sich dann als Reformopposition positionieren können, neigen zu dieser Problematik (vgl. Haggard/Kaufmann 1995: 14). Gerade neue Demokratien sehen sich einem massiven Umverteilungsdruck durch jene Gruppen gegenüber, die im alten System nicht am politischen Prozess partizipieren konnten (vgl. Haggard/Kaufmann 1995: 152).

Ihre praktische Bestätigung sehen diese Ansätze oftmals in dem Erfolg der ostasiatischen Volkswirtschaften. Hier zeigte sich, dass starke Regierungen radikale Reformen erfolgreich durchsetzen konnten. Gerade der Erfolg Chinas lässt sich auf die isolierte, autoritäre Führungsstruktur der Exekutive zurückführen (vgl. Rodrik 1996: 19, Roland 2002: 39).

In ihrer extremen Auslegung propagiert diese Theorie daher die Überlegenheit der Autokratie gegenüber der Demokratie in Sachen wirtschaftlicher Liberalisierung (vgl. Williamson/Haggard 1994: 525ff). Gerade die Diskontinuität durch Wahlen mit eventuellen Regierungswechseln oder die Blockade zwischen Regierung und Opposition sind die diesbezüglich oftmals genannten Schwachpunkte der Demokratie (vgl. Haggard/Kaufman 1995: 15).

Eine weniger extreme Position dieser Theorie unterscheidet zwischen demokratischen Regierungsformen. Hier gilt, dass eine große Kohäsion der Exekutive und die Zentralisierung der Macht ein gutes Umfeld für Wirtschaftsreformen bilden (vgl. Haggard/Kaufman 1995: 170ff). Möglichst wenige Vetopunkte und möglichst wenige Koalitionspartner sind weitere Vorteile (vgl. Alesina/Ardagna/Trebbi 2006: 3). Es ist also gerade der politische Entscheidungsträger, der nicht durch checks and balances in seinen Entscheidungen eingeschränkt ist, welcher marktorientierte Reformen schneller implementieren kann (vgl. Pitlik 2007: 2). Nur ein System mit wenigen Akteuren und geringer Polarisierung ist in der Lage, dem Druck der Reformverlierer standzuhalten und die Umsetzung der Reformen zu garantieren (vgl. Haggard/Kaufman 1995: 164).

Im Unterschied zu der Vetospieler-Theorie werden diese Annahmen nicht aus geometrischen Modellen, sondern aus realen Beobachtungen gewonnen. Im Ergebnis sind aber beide Theorien gleich und bestätigen die „conventional wisdom“ der Handlungsfähigkeit von Systemen mit wenigen Akteuren.

Der distributive Ansatz steht diesem entgegen. Er plädiert für eine größtmögliche Verteilung der Verantwortung, für ein System der checks and balances. Dieser Ansatz geht primär auf einen Aufsatz von Joel Hellman zurück (siehe Hellman 1998). Im Grunde wird hierbei die Idee der J-Kurve nicht angezweifelt, jedoch wird der Fokus von den Reformverlierern auf die Reformgewinner gelegt. Diese profitieren besonders von partiellen Reformen. In frühen Reformphasen sind Arbitrage-Gewinne für bestimmte Bevölkerungsgruppen möglich. Diese resultieren etwa aus der Außenhandelsliberalisierung bei unvollständiger Preisliberalisierung bzw. weiterer Subventionierung bestimmter Güter. Oder aber aus der Liberalisierung der Preise, ohne dass Monopole aufgelöst werden (vgl. Hellman 1998: 219). Daher sind Gewinner meist Besitzer ehemals staatlicher Unternehmen, die berüchtigten Oligarchen oder hohe staatliche Beamte. Tendenziell ist es so, dass diese Gewinner an der Regierungsverantwortung in irgendeiner Weise beteiligt sind bzw. Einfluss auf diese haben (vgl. Hellman 1998: 222). Diese Reformgewinner haben natürlich ein Interesse, die Reformen in ihrem partiellen Status zu belassen, bzw. weitergehende Schritte wieder rückgängig zu machen, um nicht die Arbitragegewinne durch umfassende Liberalisierung zu gefährden.

Die Herausforderung ist es also nicht, die Reformen trotz des Drucks der Verlierer aufrecht zu halten, sondern die Gewinner davon abzuhalten, die Reformen unvollendet zu stoppen oder einzelne Schritte wieder zurück zu nehmen (Hellman 1998: 223). Daher ist es so, dass „[p]olitical systems that concentrate more power in the hands of the winners are more likely to preserve partial reforms over time“ (Hellman 1998: 228).

Je mehr die Verlierer am politischen Prozess beteiligt sind, desto mehr sind die Gewinner beschränkt und desto weniger Möglichkeiten haben sie, Reformen zu verzögern (Hellman 1998: 229).

Reformerfolge werden sich also nach dieser Theorie besonders in jenen Ländern einstellen, die über umfangreiche checks and balances verfügen. Denn erst eine größere Anzahl von Akteuren, die mit einem Veto ausgestattet sind, macht eine umfassende Liberalisierung möglich. Damit steht diese Theorie dem konzentrierenden Ansatz diametral gegenüber. Daher lassen sich hier auch nicht so eindeutig Parallelen zur Idee des trade-offs zwischen zu vielen und zu wenigen Vetospielern ziehen, wie es etwa zwischen dem konzentrierenden Ansatz und der Vetospieler-Theorie noch der Fall war.

Der distributive Ansatz betont allerdings ebenso wie die Verfechter des trade-off Gedankens die Gefahr der Reformrücknahme, bzw. der Volatilität im Gegensatz zum Begriff der Rigidität, wie er bei Tsebelis enthalten ist.

Es zeigt sich also, dass sowohl allgemeine institutionalistische Theorien als auch spezielle Theorien über Wirtschaftsreformen zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Es stehen sich jeweils zwei Ansätze gegenüber, einer der die Entscheidungsfähigkeit (decisiveness) eines Systems in den Mittelpunkt rückt, und ein anderer, der (auch) die Bestandsgarantie (resoluteness) eines Systems betont.

Daher denke ich, dass es durchaus vertretbar ist, der kontrollierenden Variable Z aus dem policy framework nach Spiller/Tommasi keinen zusätzlichen Einfluss einzuräumen.

4. Hypothesen

Die bisher zusammengefassten Erkenntnisse, sowohl über Handlungs- bzw. Reformfähigkeit im Allgemeinen als auch über wirtschaftliche Liberalisierung im Speziellen, weisen jeweils auf zwei unterschiedliche Zusammenhänge hin.

Wenn wir davon ausgehen, dass die Krise und der darauf folgende Zusammenbruch des Staatssozialismus den politischen Systemen dieser Region die wirtschaftliche Transformation in eine Marktwirtschaft als einzig mögliche Lösung präsentiert, dann existieren damit zwei verschiedene Hypothesen über den Zusammenhang zwischen dem Erfolg dieser Transformation und der Anzahl der im System beteiligten Akteure, die in der empirischen Analyse zu prüfen sind.

Aus dem Vetospieler-Ansatz nach George Tsebelis und im Einklang mit der conventional wisdom folgt:

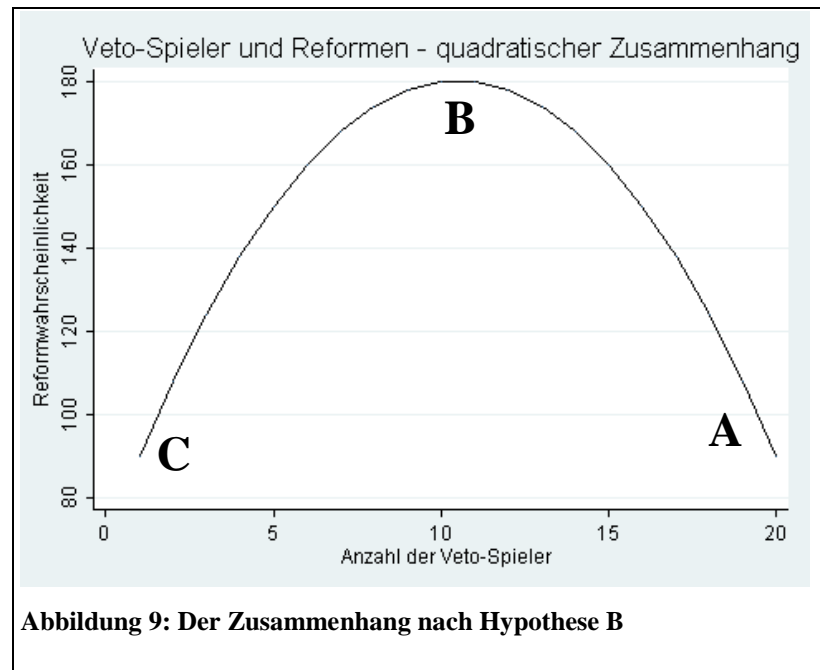
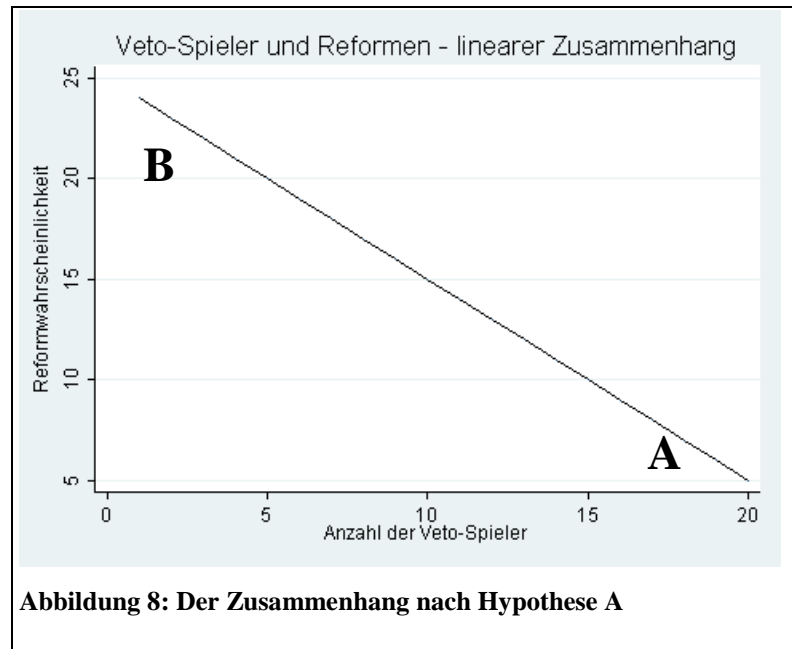
- a) Ein Land A, das zum Zeitpunkt t sehr viele an politischen Entscheidungen beteiligte Akteure hat, wird in der Folge weniger handlungsfähig sein als ein Land B mit einer geringeren Anzahl an Akteuren. Daher wird dieses Land A schlechter auf die Notwendigkeit weiterer wirtschaftlicher Liberalisierung reagieren können und zum Zeitpunkt $t+1$ weniger Reformen erfolgreich implementiert haben als Land B. (siehe Abbildung 8)

Dagegen erweitert die Theorie des trade-offs zwischen zu vielen und zu wenigen Vetospielern diese Annahme, so dass gilt:

- b) Ein Land A, das zum Zeitpunkt t sehr viele an politischen Entscheidungen beteiligte Akteure hat, wird in der Folge weniger handlungsfähig sein als ein Land B mit einer geringeren Anzahl an Akteuren. Daher wird dieses Land A schlechter auf die Notwendigkeit weiterer wirtschaftlicher Liberalisierung reagieren können und zum Zeitpunkt $t+1$ weniger Reformen erfolgreich implementiert haben als Land B.

Ein Land C, das zum Zeitpunkt t sehr wenige an politischen Entscheidungen beteiligte Akteure hat, wird in der Folge zwar schneller auf die Notwendigkeit weiterer wirtschaftlicher Liberalisierung reagieren können, dies aber, beispielsweise auf Grund gefährdeter Arbitragegewinne, nicht tun und zum Zeitpunkt $t+1$ weniger Reformen erfolgreich implementiert haben als Land B. (siehe Abbildung 9)

Die Doppelung innerhalb der beiden konkurrierenden Hypothesen ist nicht zufällig und macht deutlich, dass Hypothese B eine direkte Weiterentwicklung der Hypothese A ist. Sie steht damit nicht im Widerspruch zu den Annahmen der Vetospieler-Theorie, sondern erweitert diese um den Begriff der positiven Stabilität. Das Verhältnis von Land A zu Land B bleibt davon unberührt, neu ist einzig das von der Vetospieler-Theorie nicht thematisierte Verhältnis von Land B zu Land C.



5. Bisherige Forschungsarbeiten

Nachdem in Kapitel 4 zwei klare Hypothesen gewonnen wurden, die im empirischen Teil dieser Arbeit überprüft werden können, werde ich nun diese Arbeit, besonders mit Blick auf die formulierten Hypothesen, in das Feld der bestehenden Forschungsarbeiten einordnen.

Die wissenschaftliche Literatur bietet eine Vielzahl von Arbeiten über wirtschaftliche Reformen. Ein erheblicher Teil dieser Arbeiten setzt sich mit den wirtschaftlichen Folgen der Reformen (siehe Aslund/Jenish 2006, Babetskii/Campos 2006, De Melo/Denizer/Gelb 1996 oder Havrylyshyn/Izvorski/van Rooden 1998) oder dem Phänomen der Gleichzeitigkeit von Demokratisierung und wirtschaftlicher Liberalisierung in den post-kommunistischen Staaten auseinander (siehe Burkhart 2000, Dethier/Ghanem/Zoli 1999, Giavazzi/Tabellini 2004 oder Zweynert/Goldschmidt 2006).

Dem Zusammenhang zwischen den existierenden Institutionen und der Reformfähigkeit, also der Überprüfung der conventional wisdom, dass Systeme mit vielen Akteuren weniger handlungs- bzw. anpassungsfähig sind als Systeme mit wenigen Akteuren, widmen sich dagegen nur wenige Studien.

Eine der wohl am häufigsten zitierten Studien der jüngsten Zeit ist jene von Lijphart, die an seine theoretischen Überlegungen zur Mehrheits- und Konsensusdemokratie anschließt (siehe Lijphart 1999). Lijphart möchte testen, ob Mehrheitsdemokratien wirklich entscheidungsfähiger (more decisive) sind als Konsensusdemokratien, während diese eine bessere Partizipation ermöglichen. Letzteres liegt nicht im Interesse dieser Arbeit, daher werde ich mich einzig mit Lijpharts Analyse des Zusammenhangs zwischen Mehrheitsdemokratie und Handlungsfähigkeit beschäftigen.

Lijphart findet in seiner Untersuchung keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Mehrheitsdemokratie und Entscheidungsfähigkeit sondern vielmehr eine Überlegenheit der Konsensusdemokratie in manchen Bereichen und kann somit die Aussage der conventional wisdom nicht bestätigen. Jedoch lohnt sich hierbei ein Blick auf Lijpharts Operationalisierung der Handlungsfähigkeit. Als Maße verwendet er vor allem makroökonomische Indikatoren wie etwa die Arbeitslosenquote, die Inflationsrate oder

das wirtschaftliche Wachstum (vgl. Lijphart 1999: 258ff). Damit betrachtet er weniger die Handlungsfähigkeit an sich, sondern viel mehr ihre Folgen. Auf die Performanz-Klassifikation nach Roller bezogen, betrachtet Lijphart also zielbezogene statt generelle Performanz (vgl. Roller 2004: 306). Deutlich wird dies auch im folgenden Zitat: „Majoritarian governments may be able to make decisions faster than consensus governments, but fast decisions are not necessarily wise decisions“ (Lijphart 1999: 259). Hier zeigt sich erneut, dass Lijphart nicht Handlungsfähigkeit (was dem Begriff der „fast decision“ entspräche) sondern eigentlich die Güte der Entscheidungen („wise decisions“) betrachtet, obwohl er davor noch von „more decisive“ (Lijphart 1999: 258) spricht, also Handlungsfähigkeit als seine abhängige Variable bezeichnet. Einzig die Indikatoren wirtschaftlicher Freiheit, die Lijphart verwendet, passen in das Konzept der Handlungsfähigkeit. Diese weisen jedoch widersprüchliche und durchweg insignifikante Ergebnisse auf.

In dieser sehr breiten Definition von Handlungsfähigkeit muss Lijphart also davon ausgehen, dass relevante Politikänderungen stets Änderungen sind, die positive Effekte haben. Dies beruht vermutlich auf den Erfahrungen der Ölkrise der 1970er Jahre, in denen jene Staaten ihre Volkswirtschaft auf Kurs halten konnten, die sich schnell und effektiv an die veränderten Umstände anpassen konnten. Diese Art der Operationalisierung, die deutlich von dem eigentlichen Konzept der Handlungsfähigkeit in dieser Arbeit als Reaktionsfähigkeit in Krisensituationen abweicht, lässt die gewonnenen Ergebnisse nicht sehr aussagefähig erscheinen. Besonders dann nicht, wenn man weitere Untersuchungen zu diesem Thema heranzieht, die zeigen, dass etwa die Überlegenheit der Konsensdemokratie in Bezug auf die Inflationsrate vornehmlich auf die Unabhängigkeit der Zentralbank, bezüglich geringerer Arbeitslosenquote auf die positive Wirkung des korporatistischen Interessensgruppensystems zurückzuführen ist. Dies sind just jene Faktoren, die schon in Lijpharts theoretischen Teil umstritten waren (vgl. Anderson 2001: 437, Roller 2005: 235).

Eine engere Definition von Handlungsfähigkeit präsentiert George Tsebelis in seiner empirischen Studie, die an den theoretischen Teil seines Werkes über Vetospieler anschließt (vgl. Tsebelis 2002: 165ff). Tsebelis operationalisiert Handlungsfähigkeit

hierbei durch die Anzahl signifikanter Gesetzesänderungen zum Thema Arbeitsbedingungen. Hier zeigt sich deutlich der Unterschied zu Lijpharts Operationalisierung. Die Ergebnisse seiner Studie stützen die vorher erarbeitete Vetospieler-Theorie eindeutig und bestätigen damit auch die conventional wisdom (vgl. Tsebelis 2002: 185).

Andere Arbeiten, die sich mit der Wirkung des institutionellen Arrangements auf Handlungsfähigkeit auseinandersetzen, betrachten dabei, ebenso wie Lijphart oder Tsebelis, nicht die post-kommunistischen Staaten, operationalisieren jedoch zumindest Handlungsfähigkeit, ähnlich wie Tsebelis aber im Gegensatz zu Lijphart, als relevante Änderungen der (Wirtschafts-)Politik. Die Ergebnisse sind hier höchst unterschiedlich. Ein Teil der Arbeiten findet die Bestätigung des erwarteten negativen Zusammenhangs zwischen der Anzahl der beteiligten Akteure und der Handlungsfähigkeit (vgl. Bortolotti/Pinotti 2003 oder Henisz 2004), andere Arbeiten widerlegen diese Annahme jedoch und zeigen dagegen einen positiven Zusammenhang (vgl. Herz/Vogel 2005 oder Pitlik 2005).

Jene Arbeiten, die explizit die wirtschaftlichen Reformen der post-kommunistischen Staaten untersuchen, beschränken sich bei ihrer unabhängigen Variable des institutionellen Arrangements dagegen oftmals nur auf einen Aspekt dieses Arrangements, etwa Koalitionsregierungen (vgl. Hellman 1998), Präsidentialismus (vgl. Kitschelt/Malesky 2000) oder Tripartismus (vgl. Matthes/Terletzki 2005).

Es gibt nur wenige Studien, die die Wirkung des gesamten institutionellen Arrangements auf wirtschaftliche Reformen in post-kommunistischen Staaten untersuchen und damit dem Design dieser Arbeit sehr nahe kommen. Diese Arbeiten finden überwiegend einen positiven Zusammenhang (vgl. Frye/Mansfield 2003 Desai/Olofsgard 2006) oder einen zeitlich abhängigen Zusammenhang (vgl. Gehlbach/Malesky 2007). Keine dieser Untersuchungen zieht jedoch den parabolischen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Akteure und Reformen in Betracht, den ich in dieser Arbeit testen werde. Da dieses Modell ganz andere Spezifikationen benötigt¹⁹ als jene Modelle, die nur einen positiven oder negativen Zusammenhang nachweisen möchten, geht meine Arbeit über die bisherigen Fragestellungen und empirischen

¹⁹ Etwa eine quadratische Form der Regressionsgleichung, hierzu mehr in Kapitel 7

Erkenntnisse hinaus. Es liegen bisher einzig theoretische Überlegungen zu diesem trade-off zwischen zu vielen und zu wenigen Akteuren vor (vgl. MacIntyre 2001, Ackerman 2000, Djankov et al. 2003), eine empirische Untermauerung dieser Idee fehlt jedoch bislang.

Falls es dieser Arbeit gelingen kann, die Überlegenheit eines parabolischen Modells gegenüber dem linearen Modell zu zeigen, könnte dies ein wichtiger Schritt für das weitere Verständnis der Reformierbarkeit von Demokratien sein.

6. Operationalisierung

Im folgenden Kapitel werde ich auf die Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen eingehen. Ich werde dies sehr ausführlich tun, da in vielen Arbeiten über das Thema Wirtschaftsreformen gerade dieser Schritt oftmals unklar bleibt. Die Folgen sind nicht selten eine sehr grobe Operationalisierung, die sich in fehlender Varianz niederschlägt oder aber eine Operationalisierung, die sich nicht ausführlich mit dem theoretischen Konstrukt der dahinterliegenden Theorien auseinandersetzt und damit nicht valide ist.

Gerade die Operationalisierung der Vetospieler-Theorie, also des institutionellen Arrangements, gelingt meines Erachtens selten. Oftmals werden die angewandten Methoden der Komplexität dieser Theorie nicht gerecht.

Eine Vielzahl möglicher Operationalisierungen sind bei dem Thema Wirtschaftsreformen vorhanden, die relevante Literatur setzt sich aber in den wenigsten Fällen mit den Vor- und Nachteilen der verschiedenen Indizes auseinander. Dies soll nun geschehen.

6.1 Die abhängige Variable: Wirtschaftsreformen

Die Operationalisierung von Wirtschaftsreformen hat eine breite Diskussion hinter sich. Institutionen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfond haben Reformfortschritte zur Bedingung für finanzielle Unterstützungen erklärt, aber auch private Think-Tanks wie die Heritage-Foundation oder das Fraser-Institut haben sich der Messung wirtschaftlicher Freiheit verschrieben. Es gilt nun zu klären, welcher Index für die Operationalisierung post-kommunistischer Wirtschaftsreformen in Anlehnung an den Washington Consensus (Kapitel 3.1) geeignet ist und damit im empirischen Teil dieser Arbeit Verwendung findet.

Ich werde mich im Weiteren auf den Economic Freedom of the World-Index des Fraser-Instituts (Fraser-Institute 2007), den Index of Economic Freedom der Heritage Foundation (Heritage Foundation 2007), den Transition-Index der European Bank of Reconstruction and Development (EBRD 2007), den Index wirtschaftlicher Freiheit nach Campos und Horvath (Campos/Horvath 2006) und den Index Economic Liberalization in Transition Economics (ELITE, Bodenstein/Plümper/Schneider 2003) konzentrieren.

Nach einer kurzen Vorstellung der einzelnen Indizes folgt ein Vergleich der Indizes untereinander.

Der Economic Freedom of the World-Index des Fraser-Instituts besteht aus fünf Teilindizes, welche gleichgewichtet in den Index einfließen. Diese Indizes sind die Größe des Staatssektors, die Ausgestaltung der Eigentumsrechte, die Geldpolitik, die Handelsfreiheit und die Regulierung der Märkte. Der Index reicht von einem Wert von 0 (keine wirtschaftliche Freiheit) bis zu einem Wert von 10 (umfassende Freiheit) und deckt 132 Länder weltweit ab, wobei vor dem Jahr 2000 die Daten nur im Fünf-Jahresrhythmus erfasst werden.

Ganz ähnlich funktioniert der Index of Economic Freedom der Heritage Foundation. Er bestimmt sich aus 10 Teilindizes mit einem Höchstwert von 100 für die größtmögliche

wirtschaftliche Freiheit. Neben den Teilbereichen des Fraser-Index, welche in mehrere Subindizes unterteilt sind, werden zusätzlich die Dimensionen „Steuerquote“ und „Investitionsfreiheit“ betrachtet. Die Länderanzahl ist mit 164 bedeutend höher als bei dem Fraser-Index, besonders die postkommunistischen Staaten sind besser abgedeckt. Seit 1995 werden die Daten jährlich erhoben.

Der Transition-Index der European Bank of Reconstruction and Development unterscheidet sich von diesen beiden Indikatoren in wichtigen Punkten. Zum einen besteht er nur aus Teilindizes, es wird kein Gesamtindex berechnet. Neben der Freiheit des Handels und der Finanzmärkte sowie Eigentumsrechten zielen diese Teilindizes noch auf die Preisfreigabe, die Privatisierung von Unternehmen und eine staatliche Wettbewerbspolitik ab. Zum anderen sind diese Indizes auf die Transformation der ehemaligen Ostblockstaaten konzentriert. Daher decken sie 29 Staaten Mittel- und Osteuropas, des ehemaligen Jugoslawiens, der ehemaligen Sowjetunion sowie die Mongolei ab.

Das höchstmögliche Niveau an wirtschaftlicher Freiheit ist hierbei nicht ein ideeller Wert wie bei den beiden anderen Indizes, sondern das Niveau eines westlichen Industrielandes. Jeder Teilindex kann somit Fortschritte auf den Weg zu einer westlichen Marktwirtschaft auf einer Skala von 1 bis 4,33 in Drittelschritten abbilden. Damit impliziert der EBRD-Index einen Reformpfad, dessen typische Stationen, etwa „25% der staatlichen Unternehmen im Privatbesitz“, dann „50% der staatlichen Unternehmen im Privatbesitz“, von jedem Land gegangen werden müssen.

Die beiden letzten Indizes verstehen sich als Alternative zu den etablierten Messungen. Der Index von Campos und Horvath (im weiteren CH-Index) fokussiert hierbei seine Kritik auf die Methodik des EBRD-Indexes. Im Kern wird diesem Intransparenz vorgeworfen. So sei nicht klar, welche Variablen für die Erstellung jedes einzelnen Teilindex verwendet wurden. Außerdem bleibt ungeklärt, nach welcher Formel diese Variablen dann den jeweiligen Indexwert bilden. Und letztendlich sei die Fixierung auf den Standard eines westlichen Industrielandes unbefriedigend (vgl. Campos/Horvath 2006: 3f). Generell werfen Campos und Horvath den Machern des EBRD-Index eine subjektive Bewertungsgrundlage vor und stellen diesem einen Index gegenüber, der

durch objektive Maßzahlen berechnet wird und in seiner Entstehung transparent sei. (vgl. Campos/Horvath 2006: 11ff) Dadurch entsteht ein Index, der Reformfortschritte in drei Dimensionen, nämlich der internen Liberalisierung (Preisfreigaben, Lohnregulierungen), der externen Liberalisierungen (Handelsfreiheit, Kapitalkontrollen) und der Privatisierung (Anzahl der Firmen in Staatsbetrieb, Anteil privater Banken etc.) abbildet. Jeder Teilindex wird auf einer Skala von 0-1 angegeben.

Der ELITE-Index kritisiert dagegen primär die inhaltliche Ausgestaltung der übrigen Indizes. Er konzentriert sich auf die Außenhandelsliberalisierung (externe Liberalisierung) und betont die häufig vorhandene Gegenläufigkeit des Abbaus der Handelshindernisse und der Kapitalkontrollen. Die Liberalisierung des Handels geht nach Bodenstein, Plümper und Schneider oftmals mit einer zunehmenden Regulierung der Kapitalflüsse einher (vgl. Bodenstein/Plümper/Schneider 2003: 232f), ein Reformindex muss diesem Rechnung tragen, indem er die Unabhängigkeit beider Größen in die Indexbildung einbezieht. Gerade dies sei bei den Indizes der Heritage Foundation, des Fraser Instituts und der EBRD nicht der Fall (vgl. Bodenstein/Plümper/Schneider 2003: 241). Der ELITE-Index beachtet dieses Phänomen und bildet wirtschaftliche Freiheit durch eine Kombination beider Teilindizes auf einer Skala von jeweils 0-1 ab.

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse einer paarweisen Pearson-Korrelation der Indizes untereinander. Zusätzlich zu den fünf Indizes ist noch der Teilindex „Trade and Forex System“ des EBRD-Index aufgeführt, um der Fokussierung des ELITE-Index auf eben diese Dimension gerecht zu werden. Wie zu erwarten ist der ELITE-Index relativ schwach mit den etablierten Indizes korreliert. Seine hohe Korrelation mit dem CH-Index und dem Teilindex der EBRD zeigt aber, dass die propagierte inhaltliche Unterscheidung des ELITE-Index so nicht zutrifft. Vielmehr bildet er wohl, genau wie der Teilindex der EBRD, nur bestimmte Dimensionen der wirtschaftlichen Freiheit ab. Und offensichtlich ist es auch genau diese Teildimension, die die dominierende der drei Dimensionen des CH-Index ist.

Grundsätzlich lässt sich erkennen, dass wohl alle Indizes dasselbe messen. Die Korrelation ist durchweg hoch, so dass die Indizes als etwa gleich gut (oder auch gleich schlecht) bewertet werden können. Daher müssen andere Kriterien für die Indexwahl herangezogen werden.

	EBRD 2000	Heritage 2000	Fraser 2000	CH 2000	ELITE 2000	EBRD T&F 2000
EBRD 2000	1.0000					
Heritage 2000	0.7948	1.0000				
Fraser 2000	0.8652	0.8594	1.0000			
CH 2000	0.8040	0.6046	0.7936	1.0000		
ELITE 2000	0.5415	0.4985	0.6750	0.7800	1.0000	
EBRD 2000 Trade & Forex	0.8818	0.5346	0.5757	0.8007	0.7278	1.0000

Tabelle 1: Die Korrelation der Indizes wirtschaftlicher Freiheit untereinander

Sowohl was die zeitliche Abdeckung als auch die betrachteten Länder angeht, kann der EBRD-Index ebenso wie seine Alternativform, der CH-Index, die besten Ergebnisse vorweisen. Ruft man sich die Definition wirtschaftlicher Reformen des Washington Consensus in Erinnerung, so entsprechen alle Indizes, bis auf den ELITE-Index, den Kriterien weitgehend. Tabelle 2 zeigt die relevanten Punkte des Washington Consensus und ihre Entsprechungen in den jeweiligen Indizes.

Zusammengenommen sprechen der große Zeitraum, die Verfügbarkeit aller relevanten Länder und die Kongruenz mit den Kriterien des Washington Consensus sowohl für den EBRD-Index als auch für seine modifizierte Version, den CH-Index.

Ein genauerer Blick auf das Verhältnis von EBRD- und CH-Index offenbart, dass die Unterschiede zwischen beiden so gering sind, dass die alleinige Verwendung des benutzerfreundlicheren EBRD-Index gerechtfertigt ist. So zeigt sich in einem Vergleich über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2001 zwischen beiden Indizes eine äußerst starke Korrelation von 0.82 (nicht tabellarisch ausgewiesen). Hierbei habe ich die Dimension *external Liberalization* des CH-Index mit dem Wert 3 gewichtet, da Tabelle 2 zeigt, dass diese Dimension dreimal ihre Entsprechung im EBRD-Index findet,

während die anderen beiden Dimensionen jeweils nur einem vergleichbaren Teilindex gegenüberstehen.

Washington Consensus	EBRD-Index	CH-Index	Fraser-Index	Heritage-Index	ELITE-Index
Liberalisierung der Zinsrate	Banking reform & interest rate liberalisation	External liberalization	Regulation of credit, labor, and business	Financial freedom	
Freigabe des Wechselkurses					
Liberalisierung des Außenhandels	Trade & Forex System	External liberalization	Freedom to trade internationally	Trade freedom	Trade openness
Privatisierung	Large / small scale privatization	Privatization		Freedom from government	
Öffnung für ausländische Direktinvestitionen	Trade & Forex System	External liberalization	Freedom to trade internationally	Investment freedom	Capital market controls
Deregulierung der Märkte	Price liberalization / Competition policy	Internal liberalization	Regulation of credit, labor, and business	Business freedom	
Private Besitzrechte			Property rights	Property rights	

Tabelle 2: Die Indizes wirtschaftlicher Freiheit und ihre Dimensionen

6.2 Die unabhängige Variable: Vetospieler

Die Operationalisierung der unabhängigen Variable Vetospieler gestaltet sich komplizierter als meistens gedacht. Nach eingehender Beschäftigung mit Tsebelis Theorie bin ich zu der Meinung gekommen, dass eine simple Zählung der existierenden Institutionen nicht der Komplexität der Vetospieler-Theorie gerecht wird. Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, welche Merkmale ein System in Hinblick auf seine Vetospieler besitzen kann:

- a) Die Anzahl der Vetospieler
- b) Die Entfernung der Policypositionen zwischen den Vetospielern
- c) Die Entfernung der Policypositionen innerhalb eines kollektiven Vetospielers

Einen hochinteressanten Ansatz, die Vetospieler im Sinne Tsebelis zu operationalisieren, liefert Wiltord Henisz (siehe Henisz 2000) mit seinem Polcon-Index²⁰. Sein Modell ist ebenso auf die Beschränkungen der Exekutive fokussiert, wie es bei Tsebelis der Fall ist. Heniszs Modell beruht, und damit gleicht sein Vorgehen grundlegend dem von Tsebelis, auf der Vorstellung von zufällig verteilten Policypräferenzen der einzelnen Vetospieler relativ zum Status Quo. Henisz identifiziert fünf mögliche Vetospieler, neben der Exekutive sind dies bis zu zwei Kammern der Legislative, die Judikative und föderalistische Elemente²¹. Auch hierbei gilt, dass „[t]he Executive can, at best, achieve the outcome closest to [its own preference] that is preferred by the legislature to the status quo” (Henisz 2000: 6).

Im Unterschied zu Tsebelis ist sein Modell jedoch nur eindimensional. Seine Policygerade reicht von 0 bis 1. Bei zwei Vetospielern etwa beträgt die durchschnittliche Entfernung der Präferenz eines Spielers zum Status Quo bzw. der Präferenz des anderen Spielers $\frac{1}{4}$ (vgl. Henisz 2000: 6).²²

²⁰ Polcon steht hierbei für **P**olitical **C**onstraints.

²¹ Hierbei bedeutet im Weiteren E=Exekutive, L1=Legislative (erste Kammer), L2=Legislative (zweite Kammer), F=föderale Ebene und J=Judikative

²² Nimmt man eine zufällige Verteilung der Präferenzen an, so ist die durchschnittliche Entfernung der Präferenzen mit der Formel $1/(8n+2)$ zu berechnen, wobei n die Anzahl der Vetospieler ist (vgl. Henisz 2000: 6).

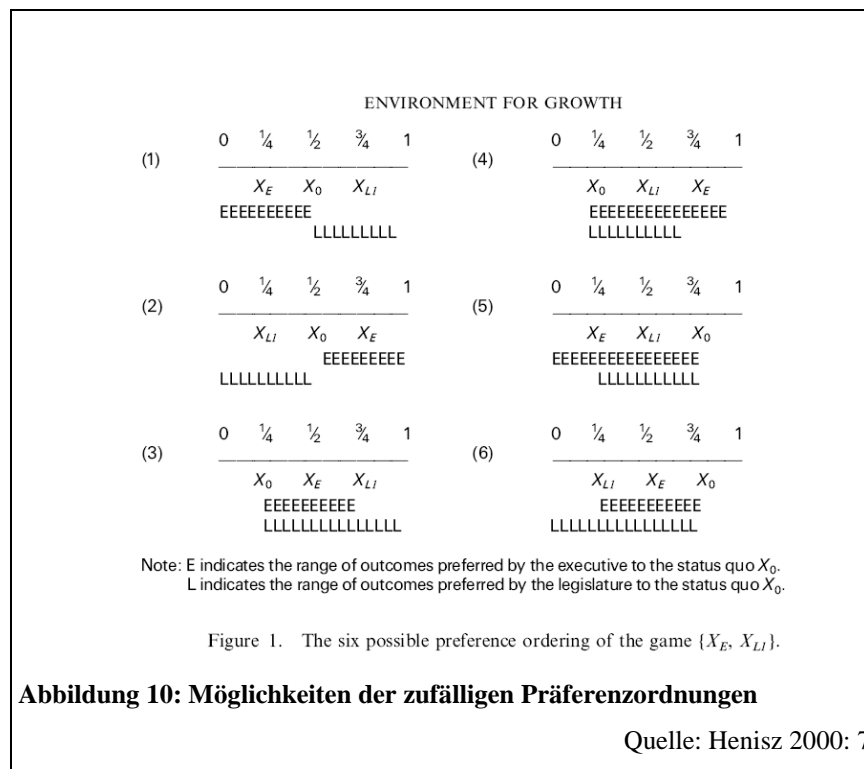


Abbildung 10 zeigt die sechs möglichen Präferenzverteilungen im eindimensionalen Policyraum für unser Beispiel. Die Überschneidungen von E und L zeigen Punkte an, die den Status Quo ersetzen können. So gibt es in Situation 1 und 2 keinerlei Punkte, die den Status Quo ersetzen können, während der *winsset*, um in den Worten Tsebelis zu bleiben, in Situation 3 bis 6 jeweils $\frac{1}{2}$ beträgt. Der durchschnittliche *winsset* beträgt damit $\frac{1}{3}$ ²³, die durchschnittliche Beschränkung damit $1 - \frac{1}{3} = \frac{2}{3}$ (vgl. Henisz 2000: 6f).

Ähnliches lässt sich genauso für 3, 4 oder 5 Vetospieler ausrechnen. Die entsprechenden Beschränkungen sind dann $\frac{4}{5}$, $\frac{13}{15}$ und $\frac{19}{21}$. Damit wird Heniszs Ansatz auch dem sinkenden Einfluss jedes zusätzlichen Vetospielers in Tsebelis Theorie gerecht. Die Absorptionsregel erfüllt Henisz, indem er Vetospieler, die der gleichen Partei wie die Exekutive angehören, nicht als solche zählt²⁴. Beispielhaft sei dies in Abbildung 11 verdeutlicht.

²³ $(0+0+1/2+1/2+1/2+1/2)/6=1/3$

²⁴ Henisz stützt seinen Index nicht auf praktische Beispiele. Dieser beruht einzig auf mathematischen Annahmen im eindimensionalen Policyraum. Gleiches gilt jedoch auch für Tsebelis, dessen Modell sich auch nur aus Annahmen der euklidischen Geometrie speist, diesmal jedoch im zweidimensionalen Raum.

8 HENISZ

TABLE 1 POLITICAL CONSTRAINTS ASSUMING COMPLETE INDEPENDENCE OR ALIGNMENT

Independent political actors	Entities completely aligned with executive					
	None	L^a	J	$L1\&L2$	$L\&J$	$L1\&L2\&J$
E	0					
$E, L1$	2/3	0				
E, F	2/3					
E, J	2/3		0			
$E, L1, F$	4/5	2/3				
$E, L1, L2$	4/5	2/3		0		
$E, L1, J$	4/5	2/3	2/3		0	
$E, L1, L2, F$	13/15	4/5		2/3		
$E, L1, F, J$	13/15	4/5	4/5		2/3	
$E, L1, L2, J$	13/15	4/5	4/5	2/3	2/3	0
$E, L1, L2, F, J$	19/21	13/15	13/15	4/5	4/5	2/3

Notes: E = executive, $L1$ = lower legislature, $L2$ = upper legislature, F = sub-federal, J = judiciary.
^aEither $L1$ or $L2$.

Abbildung 11: Institutionen und ihre beschränkende Wirkung

Quelle: Hensiz 2000: 8

Da zumindest die Legislative jedoch als kollektiver Akteur zu begreifen ist, lässt Hensiz noch die interne Kohäsion des jeweiligen Vetospielers einfließen. Zur Erinnerung: Tsebelis sprach davon, dass ein Vetospieler umso stärker ist, je höher seine interne Kohäsion ist (vgl. Tsebelis 2002: 61f). Daher gewichtet Hensiz die kollektiven Vetospieler mit ihrer Fraktionalisierung. Stehen sich etwa Exekutive und Legislative als Vetospieler gegenüber, wobei die Legislative jedoch hoch fraktionalisiert ist, so beschränkt diese die Exekutive weit weniger, als wenn die Opposition die Legislative alleine beherrschen würde (vgl. Hensiz 2000: 9f).

Diese Kohäsion eines kollektiven Spielers ist ein Punkt, der in allen anderen mir bekannten Operationalisierungen von Vetospielern völlig missachtet wird und selbst in Tsebelis eigenen empirischen Untersuchungen keine Anwendung findet (vgl. Jochem 2003: 34).

Einzig allein die Entfernung der Vetospieler zueinander, die bei Tsebelis ebenfalls eine Rolle spielt, kann Hensiz durch seine Annahme der zufällig verteilten Präferenzen und der durchschnittlichen Entfernung dieser Präferenzen voneinander nicht abbilden.

Dennoch erfüllt Henisz's Vetospieler-Index wesentliche Merkmale der Vetospieler-Theorie und kann die Beschränkungen, die das institutionelle Arrangement eines politischen Systems auf die Exekutive ausübt, auf einer Skala von 0 (keine Beschränkungen) bis 1 (völlige Beschränkung) abbilden. In der Praxis der postkommunistischen Staaten reicht Henisz Index von 0 (etwa in Weißrussland) bis zu einem Höchstwert von 0.86 in der damaligen Tschechoslowakei. Der große Vorteil des Polcon-Index ist seine hohe Varianz innerhalb eines politischen Systems. Er reagiert äußerst empfindlich schon auf geringe Verschiebungen der Machtstrukturen und ändert sich mindestens nach jeder Parlamentswahl, reagiert aber auch auf Wahlen in einer eventuellen zweiten Kammer.

Tsebelis nimmt in seinem Buch von 2002 Bezug auf Henisz's Index, so schreibt er dass „Henisz's independent variable is conceptually very closely correlated with veto players, and covers an overwhelming number of countries“ (Tsebelis 2002: 204).

Tsebelis kritisiert jedoch Henisz auch. Ein Kritikpunkt ist die Doppelgewichtung der zweiten Kammer durch die Einbeziehung föderaler Strukturen. Dies stellt in unserem Fall kein Problem dar, da nach Henisz keiner der postkommunistischen Staaten, abgesehen von den zwei Jahren des Bestehens der Tschechoslowakei, föderale Strukturen als zusätzlichen Vetospieler hat. Eine weitere Kritik betrifft die Gewichtung kollektiver Vetospieler durch die Fraktionalisierung. Die Einbeziehung der Oppositionsparteien in die Berechnung der Kohäsion des kollektiven Akteurs sieht Tsebelis als falsch an (vgl. Tsebelis 2002: 205). Dabei existiert in Tsebelis Herleitung der Wirkung kollektiver Vetospieler der Begriff der Opposition gar nicht. Vielmehr geht er von der, möglicherweise in parlamentarische Systemen realitätsfremden, Vorstellung aus, dass innerhalb des kollektiven Vetospielers wechselnde Mehrheiten möglich sind²⁵ (vgl. Tsebelis 2002: 45ff). Selbst wenn man dieser Kritik jedoch Recht gibt, entbehrt sie vermutlich ihrer Relevanz, wenn man den engen Zusammenhang in

²⁵ Nur so ist seine These, mit abnehmender Kohäsion nehme die Policy-Stabilität ab, überhaupt begründet. Schließlich fließen in den *yolk*, der bei der Wirkung der Kohäsion auf die Policy-Stabilität eine wichtige Rolle spielt, die Präferenzen aller partisanen Spieler innerhalb des kollektiven Spielers ein (vgl. Tsebelis 2002: 45f).

der Realität zwischen der Fraktionalisierung des gesamten Parlamentes und der Fraktionalisierung der Koalitionsmehrheit innerhalb des Parlamentes betrachtet.

Neben diesem hochkomplexen Index werde ich zusätzlich noch einen Index verwenden, der nach einfacheren Prinzipien funktioniert. Dies wird die Variable CHECKS aus der Database of Political Institutions (Beck et al. 2001) sein, welcher das Ausmaß der *checks and balances* misst. Er erhöht sich jeweils um eine Einheit wenn bestimmte zusätzliche Beschränkungen der Regierung existieren.

So wächst CHECKS um eine Einheit in präsidentiellen Systemen

- a) Wenn die Legislative durch die Opposition dominiert wird
- b) Für jede weitere Parlamentskammer, in der die Präsidentenpartei keine Mehrheit hat
- c) Für jede Partei, die mit der Präsidentenpartei koalitiert und deren ideologische Präferenz in ökonomischen Fragen auf einer Rechts-Links Skala näher an der größten Oppositionspartei als an der Präsidentenpartei ist

In parlamentarischen Systemen wächst CHECKS um jeweils eine Einheit

- a) Für jede Partei in einer Koalitionsregierung, ohne deren Unterstützung die Koalition keine Mehrheit hat
- b) Für jede Partei in einer Koalitionsregierung, deren ideologische Präferenz in ökonomischen Fragen auf einer Rechts-Links Skala näher an der größten Oppositionspartei ist als an der größten Regierungspartei

(vgl. Keefer 2005: 18f)

Damit beachtet dieser Index weder den Unterschied zwischen kollektiven und individuellen Vetospielern, noch bezieht er andere Vetospieler außer der Exekutive und Legislative ein. Dafür bildet er partisans Vetospieler innerhalb einer

Regierungskoalition ab und beachtet, zumindest dichotom²⁶, die Präferenzen der einzelnen Akteure.

Als dritten Index habe ich mich für eine ganz simple Zählung entschieden. Dieser Vetospieler-Index misst einfach nur die Anzahl der beteiligten Institutionen²⁷ unter Berücksichtigung der Absorptionsregel sowie die Zahl der Regierungsparteien. Ersteres beziehe ich aus dem POLCON-Datensatz von Henisz (Henisz 2000), letzteres aus der Database of Political Institutions (Beck et al. 2001). Zusätzlich wird bei einer Minderheitsregierung noch ein weiterer partisaner Vetospieler ergänzt, da die regierenden Parteien sich einen weiteren Partner in der Legislative suchen müssen, um Mehrheiten zu erlangen.

Ich werde die unabhängige Variable des institutionellen Arrangements mit Hilfe aller drei Indizes operationalisieren. Dabei wird sich zeigen, ob grundlegende Unterschiede zwischen diesen Indizes und ihrer Wirkung auf Reformfähigkeit herrschen. Diese gilt es gegebenenfalls zu diskutieren.

²⁶ Mit der Unterscheidung in regierungsnah oder oppositionsnah.

²⁷ Wie Henisz habe ich mich für Exekutive, Legislative, Judikative und föderale Elemente entschieden.

6.3 Länderauswahl

Es gilt nun auszuwählen, welche Länder in die folgende Analyse einfließen. Prinzipiell lässt der Transition-Index der EBRD die Einbeziehung von 29 Ländern von 1989 bis 2006 zu. Die Mongolei und Montenegro habe ich jedoch aus dem Datensatz gestrichen, da Erstere wenig mit der kommunistischen Vergangenheit der anderen Staaten gemeinsam hat, während Montenegro erst seit einer sehr kurzen Zeit unabhängig von Serbien ist. Die Datenlage des Polcon-Index schränkt den Zeitraum der Datenerhebung bis zum Jahre 2004 statt dem Jahre 2006 ein, während ich eine persönliche Einschränkung des Zeitraumes durch die Streichung der Jahre 1989 und 1990 vorgenommen habe. Erst ab dem Jahre 1991, so meine Argumentation, kann von einer Staatlichkeit der betreffenden Länder ausgegangen werden. Ein Argument, was besonders die Nachfolgestaaten der Sowjetunion betrifft.

Generell gilt, dass bei Staaten, die selbst ab 1991 noch nicht existierten, beispielsweise Tschechien und die Slowakei 1991, die Daten des Vorgängerstaates, in diesem Fall der Tschechoslowakei, verwendet werden.

Es stellt sich nun die Frage, auf welche dieser Länder die Idee des Vetospieler-Ansatzes angewendet werden kann. Tsebelis macht hier keine Einschränkungen, lediglich seine Terminologie von Föderalismus, Bikameralismus und partisanen Vetospielern lässt eine Orientierung zu demokratischen Systemen erkennen. Prinzipiell ist jedoch auch die Analyse autoritärer Systeme möglich, auch wenn hier die Anzahl der Vetospieler sicher sehr klein ist. Cox/McCubbins dagegen sprechen explizit vom „demokratischen trade-off“ (Cox/McCubbins 2001: 23) zwischen decisiveness und resoluteness. Daher scheint eine Beschränkung auf demokratische Systeme sinnvoll.

Der Grad der Demokratisierung wird in dieser Arbeit durch das Ergebnis des Freedomhouse-Indexes operationalisiert. Dieser misst Demokratie auf zwei Dimensionen, den politische Rechten und den zivilen Freiheiten. Beide Dimensionen, die auf einer Skala von 1 (völlige Freiheit) bis 7 (keine Freiheit) reichen, fließen

gleichgewichtet in die Gesamtbewertung ein. Diese wird anschließend aggregiert auf drei Gruppen, 1-2,5 *free*, 3-5 *partly free* und 5,5-7 *not free*. Die Bewertungen basieren auf der Einschätzung von Länderexperten zu 25 spezifischen Fragen zu Themen wie Wahlfreiheit oder Meinungsfreiheit.

Welche der behandelten Länder sind Demokratien? Und zu welchem Zeitpunkt sind sie dies? Unstrittig ist, dass der Grad der Demokratisierung nicht alleine zu einem Zeitpunkt gemessen werden kann. Aber auch eine reine Durchschnittsrechnung hat ihre Tücken. Denkbar wäre etwa eine Situation, in der ein Land über 14 Jahre (1991-2004) mit einer langen autokratischen und einer kurzen, vollkommen demokratischen Phase den selben Durchschnittswert erhält wie ein Land, welches durchgehend als demokratisch mit gewissen Schwächen gilt. Daher habe ich mich für ein komplexeres Kriterium entschieden. Als Demokratien gelten fortan jene Staaten, die durchschnittlich einen Wert von 3,5 oder kleiner erhalten haben und mindestens die Hälfte der Zeit ihrer Existenz von Freedomhouse als *free*, also mit einer Bewertung von 2,5 oder kleiner, eingestuft wurden.

Diese Definition führt dazu, dass Rumänien noch als Demokratie zählt, Kroatien und Mazedonien jedoch, auf Grund ihrer überwiegenden nicht-freien Bewertung, nicht mehr als solche eingestuft werden. Abbildung 12 zeigt die Ergebnisse im Einzelnen.

Als weiteres Kriterium der Länderauswahl habe ich mich für die Kompatibilität der Reformentwicklung mit der Idee eines gemeinsamen Reformpfades entschieden. Diese Idee geht davon aus, dass es eine feste Reformreihenfolge gibt (vgl. McKinnon 1991). Reformen erfolgen anhand eines idealen Pfades, der in einer asymptotischen Annäherung an eine Marktwirtschaft endet (vgl. Marangos 2003: 454, Schweickert 2003: 15ff). Der Verlauf dieses Pfades, also beispielsweise die Größe des Fortschritts der ersten Jahre oder die Dauer der Annäherung an eine Marktwirtschaft, ist zwischen verschiedenen Gruppen von Reformländern unterschiedlich (vgl. De Melo/Denizer/Gelb 1996: 404f). Diese Gruppen lassen sich anhand geographischer Merkmale zuordnen. Zu jenen Reformländern mit dem steilsten Pfad gehören die Staaten Mittel- und Osteuropas sowie des Baltikums. Dagegen haben die Länder Südosteuropas einen langsameren Reformverlauf, die ehemaligen Sowjetrepubliken (mit Ausnahme der baltischen

Staaten) bilden das Schlusslicht in Sachen Reformfortschritte, ihr Reformpfad läuft zwar ähnlich dem der restlichen Länder, aber auf weit geringerem Niveau (vgl. Fidrmuc 2003: 583f).

Da die Zugehörigkeit zu einer dieser Reformgruppen keine kontrollierende Variable in der empirischen Analyse sein soll, sondern ich die unterschiedliche Entwicklung innerhalb einer Reformgruppe um den Reformpfad im Sinne eines most-similar-systems Design untersuchen möchte, werde ich die verbliebenen zehn Länder nun noch auf die Kompatibilität ihrer Reformentwicklung mit der Idee des optimalen Reformpfads und der Reformgruppen hin untersuchen. Dafür genügt ein Blick auf die Entwicklung der Wirtschaftsreformen entlang der Zeitachse von 1992 bis 2004. Abbildung 13 zeigt, dass Bulgarien und Rumänien einen deutlich abgesetzten Reformpfad beschreiten. Dies deckt sich mit Fidrmucs Aussage über das unterschiedliche Niveau der Reformentwicklung zwischen Mittel-/Osteuropa und Südosteuropa. Damit bleiben die acht Staaten Mittel und Osteuropas sowie des Baltikums in der weiteren Analyse, nämlich Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen.

Land	Durchschnitt	Free	Partly Free	Not Free
Albania	3.8125	0	15	1
Armenia	4.1	0	15	0
Azerbaijan	5.433333333	0	8	7
Belarus	5.466666667	0	5	10
Bosnia-Herzegovina	4.857142857	0	10	4
Bulgaria	2.1875	15	1	0
Croatia	3.2	6	9	0
Czech Republic	1.53125	16	0	0
Estonia	1.766666667	14	1	0
Georgia	4.1	0	14	1
Hungary	1.53125	16	0	0
Kazakhstan	5.366666667	0	3	12
Kyrgyzstan	4.6	0	10	5
Latvia	1.866666667	13	2	0
Lithuania	1.7	15	0	0
Macedonia	3.285714286	0	14	0
Moldova	3.7	0	15	0
Poland	1.59375	16	0	0
Romania	2.90625	10	5	1
Russia	4.233333333	0	14	2
Serbia & Montenegro	4.59375	0	5	11
Slovakia	2	13	3	0
Slovenia	1.466666667	15	0	0
Tajikistan	5.933333333	0	1	14
Turkmenistan	6.866666667	0	1	14
Ukraine	3.533333333	1	14	0
Uzbekistan	6.533333333	0	1	14

Abbildung 12: Demokratiewerte der postkommunistischen Staaten

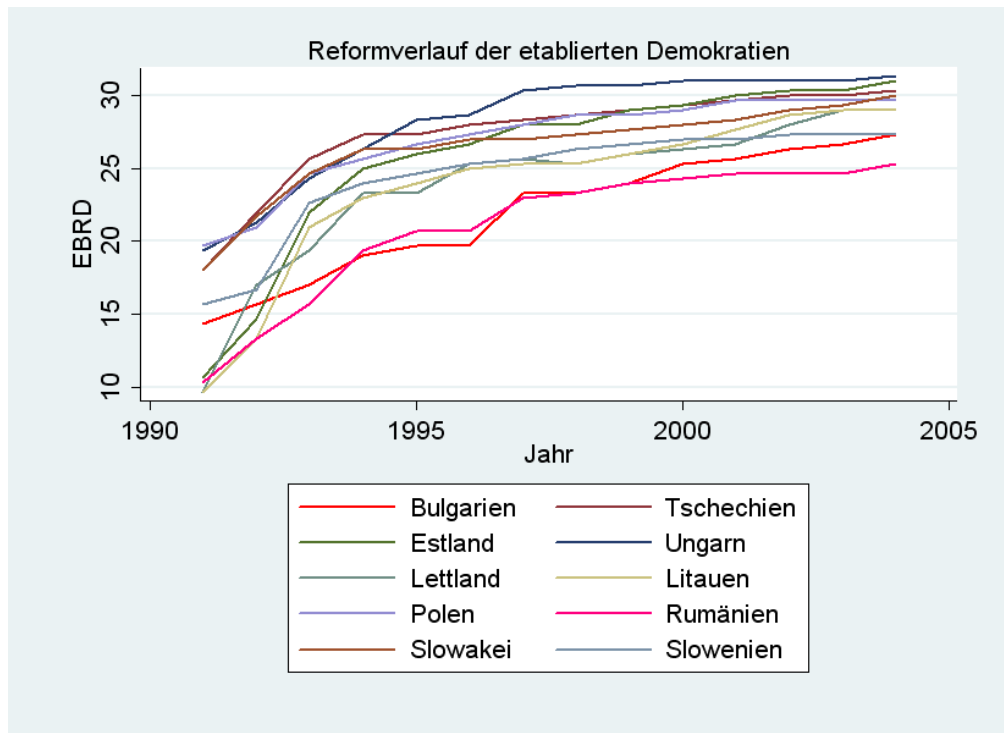


Abbildung 13: Der Reformverlauf der etablierten Demokratien

6.4 Kontrollierende Variablen

Ich habe mich dazu entschlossen, keine weiteren kontrollierenden Variablen in die folgende Regression aufzunehmen. Möglich wären hierbei etwa das Entwicklungsniveau des Landes, die Arbeitslosigkeit oder Inflationsrate oder ein Dummy für Kontakte mit der Europäischen Union. Das Problem relativ junger Demokratien, wie sie in dieser Arbeit beobachtet werden, ist die schlechte Datenlage für diese Kontrollvariablen. Oftmals sind die fraglichen Daten gar nicht oder nur mit Zweifeln an der Korrektheit zu erlangen. Durch die Konzentration auf eine sehr enggesteckte Gruppe von Ländern kann ich jedoch davon ausgehen, dass die ausgewählten Staaten eine sehr ähnliche Ausgangsbasis haben und diese kontrollierenden Variablen auf Grund ihrer fehlenden Varianz keine Einfluss auf die Reformfähigkeit haben werden.

Eine nicht zu unterschätzende Variable könnte allerdings die Parteizugehörigkeit der jeweiligen Vetospieler sein. So ist anzunehmen, dass ein sozialistischer Spieler weit weniger an fortschreitenden Reformen interessiert ist, als es etwa ein liberaler Spieler ist. Um diesen Einfluss zu kontrollieren fehlen jedoch schlichtweg verlässliche Daten in Mittel- und Osteuropa. Zwar bieten gewisse Datenbanken Einschätzungen über die programmatische Zugehörigkeit der Vetospieler, jedoch ist unsere Rechts-Links-Skala bzw. unser gewohnter Gegensatz von bürgerlichen und sozialistischen Parteien in Osteuropa so nicht zutreffend. Daher gibt es etliche Fälle, die nicht mit Sicherheit einer politischen Richtung zurechenbar sind bzw. bei denen getroffene Bewertungen äußerst fraglich erscheinen.²⁸

²⁸ Gute Beispiele sind die Einordnung der slowakischen HZDS oder der estnischen Central Party. Beide werden teilweise dem zentralistisch-liberalen Lager oder aber dem links-populistischen Lager zugeordnet.

7. Die empirische Analyse

Die Aufgabe der folgenden empirischen Analyse ist es, den Zusammenhang zwischen der Anzahl der Vetospieler und Wirtschaftsreformen zu untersuchen. Hierbei stehen sich der monoton fallende Zusammenhang im Sinne Tsebelis bzw. der conventional wisdom und der parabolische Zusammenhang in Anlehnung an Cox/McCubbins bzw. MacIntyre gegenüber. Dabei soll nicht eine Regression mit möglichst hohem Erklärungswert durch Einbeziehung verschiedener unabhängiger Variablen durchgeführt werden. Vielmehr ist der Vergleich zweier Regressionsmodelle notwendig. Problematisch ist dabei, dass es sich auf der einen Seite um eine lineare, auf der anderen Seite um eine non-lineare Regression handeln müsste.

Während das lineare Modell die Form $y = a*x+b$ hat, wobei Tsebelis ein negatives Vorzeichen des Parameters a annimmt, müsste das non-lineare, parabolische Modell die Form $y = a*x+b*x^2+c$ haben.

Um diese parabolische Gleichung in eine herkömmliche, lineare Regression zu übersetzen, bediene ich mich eines kleinen Tricks. Bildet man aus der unabhängigen Variable (in unserem Fall die Anzahl der Vetospieler operationalisiert durch die verschiedenen Indizes) das Quadrat dieser Variable, so lässt sich statt einer quadratischen bivariaten Regression eine lineare multivariate Regression rechnen. Durch die Erstellung einer weiteren unabhängigen Variable als Quadrat der ursprünglichen Variable lässt sich die Regression mit nun zwei unabhängigen Variablen durchführen und mit einer Regression, die nur die einfache unabhängige Variable enthält, vergleichen. Dabei wird sich herausstellen, welches Modell die Daten besser abbildet.

Als Maß des Vergleiches beider Modelle habe ich mich für das Bayesian Information Criterion (BIC) entschieden. Das BIC beruht auf einem Artikel von Gideon Schwarz (siehe Schwarz 1978) und ermittelt die Qualität eines Modells sowohl anhand seiner Komplexität als auch seines Modellfit. Hierbei werden zusätzliche erklärende Variablen „bestraft“ und damit dem Problem des steigenden R^2 mit zunehmender Zahl an Variablen Rechnung getragen.

Prinzipiell lassen sich die vorhandenen Daten, die Reformfortschritte und die Anzahl der Vetospieler, sowohl mit einer cross-sectional Analyse als auch mit einer time-series cross-sectional Analyse betrachten. Cross-Sectional bedeutet hierbei, dass man sich die Daten zu einem bestimmten Zeitpunkt über verschiedene Fälle hinweg anschaut, während time-series cross-sectional Analysen die Daten sowohl über verschiedene Fälle als auch über verschiedene Zeitpunkte hinweg betrachten. Für eine cross-sectional Analyse bietet es sich an, die aktuellsten Reformwerte, also jene des Jahres 2004, in Abhängigkeit zu der durchschnittlichen Zahl an Vetospielern in den jeweiligen Ländern zu setzen. Lijphart gestaltete so seine empirische Analyse. Daten über die Zeit zu vergleichen wäre jedoch bei seiner unabhängigen Variable, dem Grad an Konsensus- bzw. Mehrheitsdemokratie, auf Grund der fehlenden Varianz auch nicht möglich. Da Lijpharts Index keine Akteurskonstellationen betrachtet, also beispielsweise keine Absorptionsregel kennt, verändert sich der Wert eines Landes nur geringfügig über die Zeit (vgl. Lijphart 1999: 255). Tsebelis Vetospieler-Theorie macht stattdessen die Verwendung von cross-sectional time-series Daten möglich. Da sich der Vetospieler-Index nach jeder Wahl, nach jeder Veränderung in der Legislative oder im Kabinett, anpasst, ist die Untersuchung der Auswirkungen dieses konkreten Wertes auf die unabhängige Variable in einem bestimmten, auf dieses Ereignis folgenden Zeitraum möglich. In dieser Weise führt auch Tsebelis selbst seine empirische Überprüfung der Vetospieler-Theorie durch (vgl. Tsebelis 2002: 172ff).

Zusätzlich würden die Ergebnisse einer cross-sectional Analyse einzig auf acht Fällen beruhen. Eine solch geringe Fallzahl ist mit einigen Problemen behaftet, besonders der Überbewertung von Zusammenhängen.

Gerade dieser Umstand der geringen Fallzahl ist ein häufiges Argument für den Einsatz einer time-series cross-sectional Analyse. Durch die Betrachtung aller vorhandenen Jahre t für alle Länder i ist nun eine Fallzahl von $t \cdot i$ möglich. In unserem Fall würde dies eine maximale Fallzahl²⁹ von $8 \cdot 14 = 112$ bedeuten. Eine solch hohe Fallzahl lässt weitaus sinnvollere Schlüsse auf den Zusammenhang zwischen Vetospielern und Wirtschaftsreformen zu, als es eine Analyse von nur acht Fällen ermöglicht.

²⁹ Maximal ist diese Fallzahl deshalb, weil die eigentlichen Fallzahlen, um missings und Ausreißer bereinigt, erfahrungsgemäß tiefer liegen werden.

Nachdem ich mich auf die Operationalisierung der Wirtschaftsreformen mit Hilfe des EBRD-Indexes sowie der Vetospieler durch drei verschiedene Veto-Indizes in Kapitel 6 festgelegt habe, lassen sich die gewonnenen Hypothesen aus Kapitel 4 in zwei Regressionsgleichungen mit folgender Form übersetzen:

$$a) \text{EBRD}_{it} = \beta_0 + \beta_1 * \text{Veto}_{it-x} + \varepsilon_{it}$$

$$b) \text{EBRD}_{it} = \beta_0 + \beta_1 * \text{Veto}_{it-x} + \beta_2 * \text{Veto}_{it-x}^2 + \varepsilon_{it}$$

mit Veto als einem der drei Vetospielerindizes, EBRD als den Reformindex der European Bank of Reconstruction and Development, $i = 1 \dots 8$ als Anzahl der beobachteten Länder und $t = 1991 \dots 2004$ als die untersuchten Zeiteinheiten, ε als spezifischen Fehlerterm sowie $x = 1 \dots m$ als *lag* der Zeiteinheit. Dieses lag führe ich ein, da zu erwarten ist, dass die Wirkung des heutigen institutionellen Arrangements erst frühestens in der nächsten Zeitperiode bei den Wirtschaftsreformen zu messen sein wird. Den genauen Wert der Zeitverzögerung gilt es für jede weitere Regression zu bestimmen, ich gehe dabei aber vorerst von einem lag von einem bis maximal zwei Jahren aus.

Gleichung a entspricht dabei der Annahme einfacher Zusammenhänge zwischen Vetospielern und Wirtschaftsreformen. Die conventional wisdom nimmt hierbei ein negatives Vorzeichen des Koeffizienten β_1 an. Entscheidender als das Vorzeichen ist jedoch, ob Gleichung b der Gleichung a laut BIC überlegen ist und die Struktur der Daten besser abbildet. Ist dies der Fall, so ist von einem parabolischen Zusammenhang auszugehen und Tsebelis Annahme eines monoton-negativen Zusammenhangs wäre widerlegt.

Abbildung 15 zeigt die Ergebnisse der jeweiligen Regressionen für jeden der drei Vetospieler-Indizes. Die besten Ergebnisse werden hierbei bei einem lag von einer Periode erreicht³⁰. Die unterschiedliche Fallzahl kommt durch die Eliminierung von Ausreißern durch das Maß *cook's distance* zustande. Beispielhaft sei dieser Prozess an der Regression mit der unabhängigen Variable Polcon-Index veranschaulicht. Nach

³⁰ Der Buchstabe l. vor der Variable steht bei dem verwendeten Programm STATA für ein lag von einer Periode, l2. dementsprechend für ein lag von zwei Perioden.

einer Regression mit allen Fällen zeigt Abbildung 14 die zehn größten cook's distance Werte in der zweiten Spalte mit ihren jeweiligen Polcon-Werten in der dritten Spalte. Hierbei zeigt sich, dass die cook's distance Werte der Tschechischen Republik 1993 und 1994 sowie Estlands 1994 deutlich größer sind als die restlichen Werte. Dies ist, verbunden mit einer optischen Analyse des Streudiagramms, ein klarer Hinweis dafür, dass diese Fälle sehr einflussreich sind und als Ausreißer aus der Regression auszuschließen sind.

Die gleiche Prozedur habe ich im Folgenden für alle weiteren Regressionen durchgeführt.

Ich habe in Abbildung 15 auf die Angabe des R^2 verzichtet³¹, da dieses zum einen nicht für den Vergleich zweier Modelle geeignet ist und zum anderen durch die Einbeziehung der Vetospieler als einzige unabhängige Variable und dem damit verbundenen Verzicht

130.		.0516056		.7149912		Poland	1992	
132.		.0536492		.7296708		Lithuania	1993	
134.		.0615189		.6890081		Poland	1994	
141.		.0846941		.7321642		Latvia	1993	
144.		.1757881		.7856638		Slovenia	1992	
146.		.2614308		.7296708		Lithuania	1992	
147.		.3926738		.6666667		Latvia	1992	
149.		2.084687		.8663874		Czech Republic	1992	
296.		3.515281		.8663874		Czech Republic	1993	
316.		3.982623		.5613641		Estonia	1994	

Abbildung 14: Cook's distance und Polcon-Werte ausgewählter Länder

auf alle weiteren Erklärungs- bzw. Kontrollvariablen der Aussagegehalt des R^2 äußerst gering bzw. sogar irreführend wäre (vgl. King 1986: 675ff).

Stattdessen habe ich die Regressionskoeffizienten der unabhängigen Variable(n) und in Klammern deren t-Wert vermerkt sowie den BIC-Wert jedes Modells berechnet. Modell A steht dabei in dieser sowie allen weiteren Abbildungen für das Modell der

³¹ Ich werde auch in allen weiteren Darstellungen auf diese Angabe verzichten.

„conventional wisdom“, also jenes Modell, das einen monotonen Zusammenhang zwischen Vetospielern und Entscheidungsfähigkeit annimmt, während Modell B den parabolischen Zusammenhang abbilden kann. Überraschend ist nun erstmal, dass die Regressionskoeffizienten der drei Modelle A jeweils ein positives Vorzeichen besitzen, allerdings ist nur einer der drei Koeffizienten auf 99%-Niveau signifikant. Dieses Vorzeichen widerspricht damit Tsebelis Annahme eines negativen Zusammenhangs zwischen Vetospielern und Reformen. Betrachtet man jedoch das Bayesian Information Criterion, so sind die parabolischen Modelle durchweg die besseren. Bei allen Dreien entsprechen die Vorzeichen den Erwartungen³² und jeder Koeffizient ist auf mindestens 99%-Niveau signifikant.

Dies ist erstmal ein beeindruckendes Ergebnis, das die Theorie des trade-offs zwischen decisiveness und resoluteness bestärkt. Zusätzlich lohnt ein Blick auf das jeweilige Streudiagramm von Vetospielern und Wirtschaftsreformen (Abbildung 16 bis 18). Ergänzend habe ich die Regressionsgerade³³ in die Grafik eingefügt³⁴.

³² Nur ein negatives Vorzeichen der quadrierten Variable führt zu einer konkaven Kurve wie in Abbildung 7 beschrieben. Ein positives Vorzeichen würde zu einer konvexen Form eines U führen, was vom Ergebnis her konterintuitiv wäre.

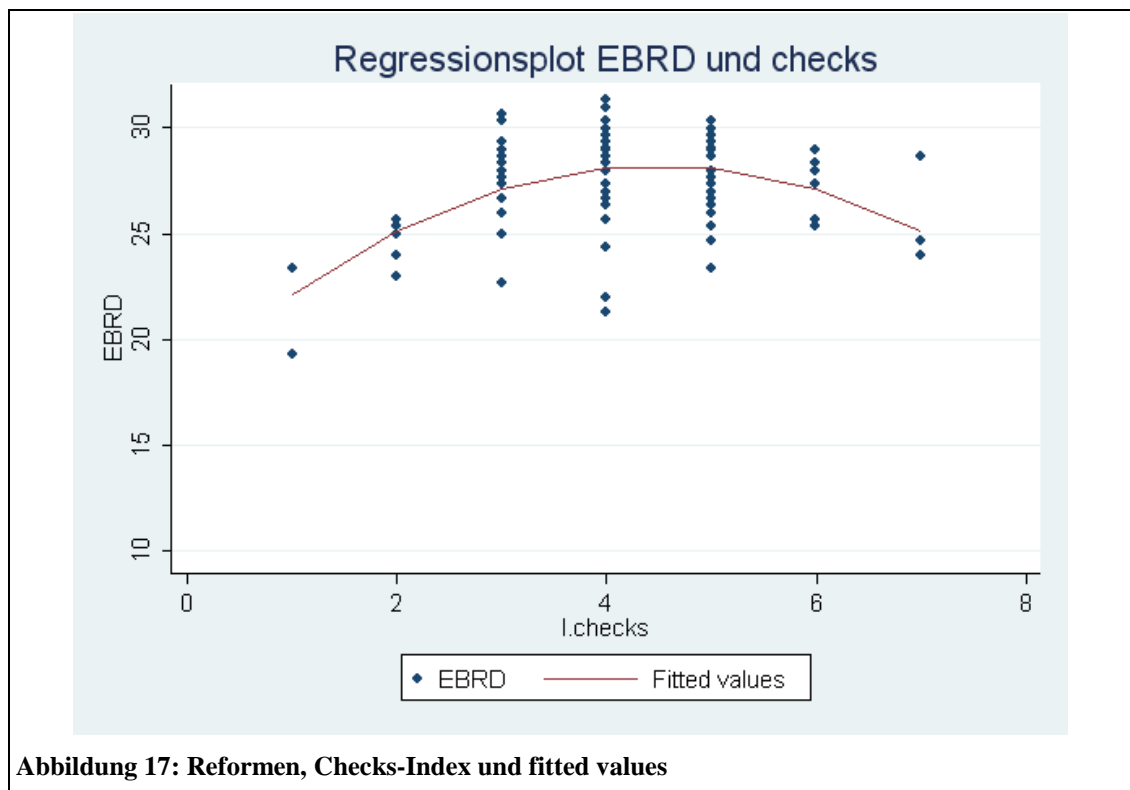
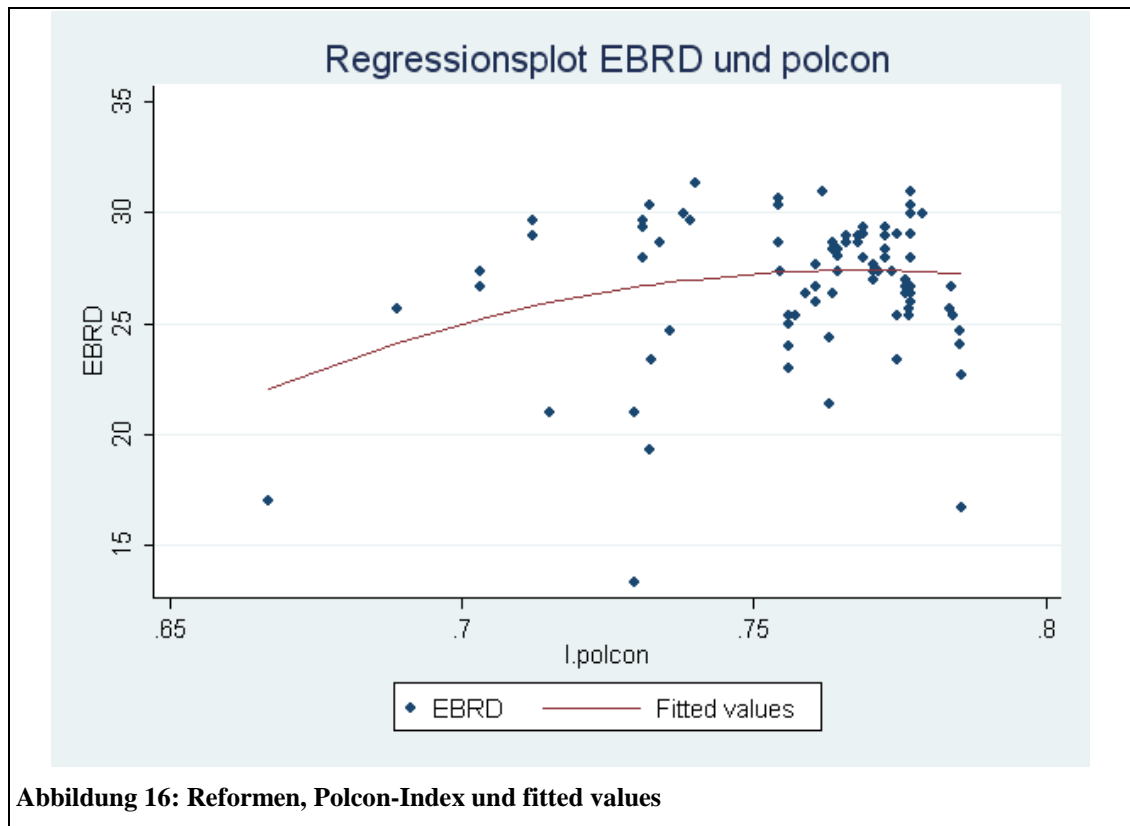
³³ Passender wäre wohl der Begriff „Regressionsparabel“.

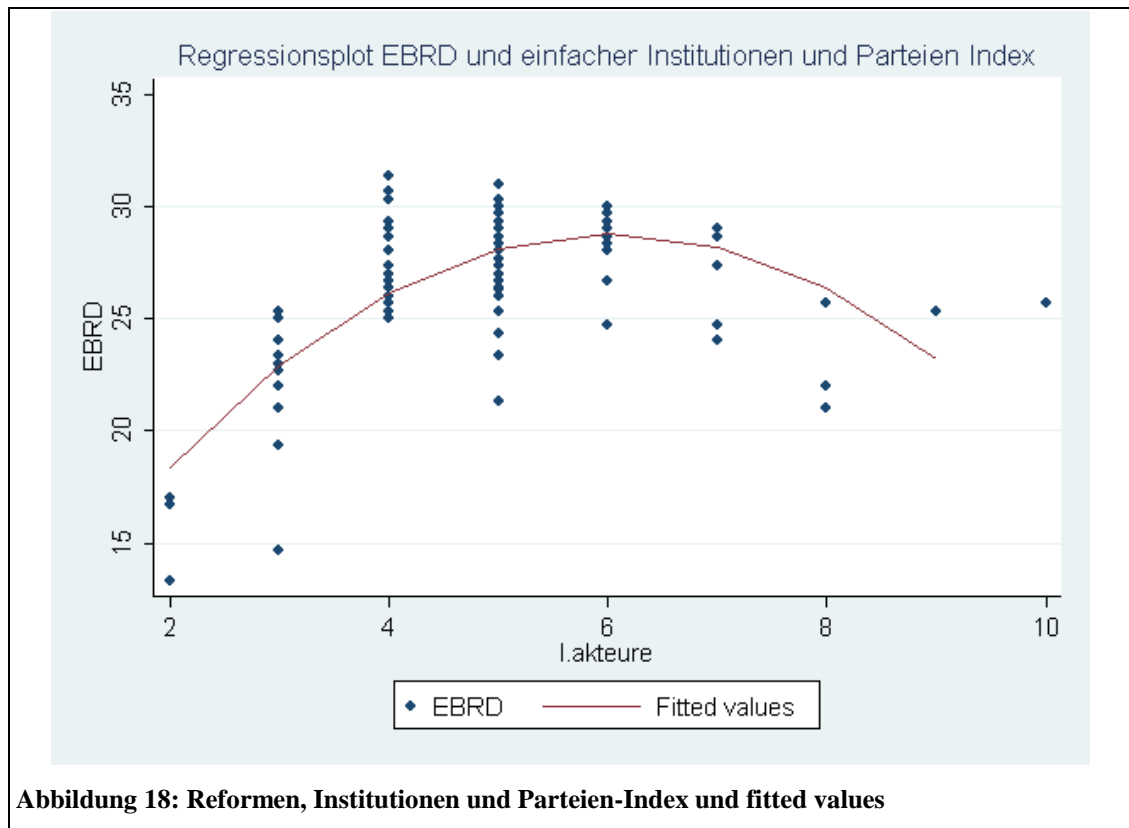
³⁴ Aus Gründen der Übersichtlichkeit habe ich hier wie auch im Weiteren auf die Identifizierung der einzelnen Länder innerhalb der Streudiagramme verzichtet. Eine Zuordnung kann jedoch über die jeweiligen Daten im Anhang geschehen.

	<u>Polcon-Index</u>		<u>Checks-Index</u>		<u>Einfacher Institutionen und Parteien Index</u>	
	<u>Modell A</u>		<u>Modell A</u>		<u>Modell A</u>	
	<u>lpolcon (t-Wert)</u>		<u>lchecks (t-Wert)</u>		<u>lakteure (t-Wert)</u>	
EBRD	21.84 (1.53)		0.40 (2.00)*		0.75 (3.34)**	
<i>N</i>	96		95		101	
<i>BIC</i>	2.193		7.914		68.751	
	<u>Modell B</u>		<u>Modell B</u>		<u>Modell B</u>	
	<u>lpolcon (t-Wert)</u>	<u>lpolcon² (t-Wert)</u>	<u>lchecks (t-Wert)</u>	<u>lchecks² (t-Wert)</u>	<u>lakteure (t-Wert)</u>	<u>lakteure² (t-Wert)</u>
EBRD	1987.21 (3.21)**	-1325.90 (-3.17)**	4.45 (5.33)**	-0.49 (-4.96)**	7.71 (9.51)**	-0.63 (-8.77)**
<i>N</i>	96		95		101	
<i>BIC</i>	-3.113***		-10.002***		14.823***	

* p < 0.05 ** p < 0.01 (zweiseitig) *** Besseres Modell nach dem Bayesian Information Criterion

Abbildung 15: Reformen und Vetospieler; Koeffizienten und BIC-Werte der bivariaten und multivariaten Regression





Alle drei Streudiagramme zeigen, dass die Punktwolke der Regressionsgeraden nicht wirklich überzeugend entspricht. Dies ist vor allem den spezifischen Problemen einer time-series cross-sectional Analyse geschuldet.

Time-series cross-sectional Analysen haben den großen Nachteil, dass die Beobachtungen nicht unabhängig voneinander sind. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Variable EBRD betrachtet. Der Grad der Wirtschaftsreformen in einem beliebigen Land im Jahre 2000 ist selbstverständlich ganz massiv davon abhängig, wie viele Wirtschaftsreformen dieses Land im Jahre 1999 schon verwirklicht hatte. Je höher dieser Wert sein wird, desto höher wird auch der Wert im Jahre 2000 sein. Zusätzlich kommt in dem speziellen Fall des Übergangs von einer Staatswirtschaft zu einer Marktwirtschaft entlang eines Reformpfades (siehe Abbildung 13) noch dazu, dass auch die Veränderungsrate des EBRD-Indexes von einem Jahr auf das nächste von der Höhe des Werts des Vorjahres abhängt. Durch die asymptotische Annäherung des Reformwertes an einen maximalen Wert sinkt mit der Höhe des Reformwertes die Wachstumsrate dieses Wertes stetig.

Generell gilt für time-series cross-sectional Daten, dass sie dazu neigen dass:

- die Fehler autokorreliert sind. Dies bedeutet, dass der Fehler des Jahres 2000 nicht unabhängig vom Fehler des Jahres 1999 ist. Dies ergibt sich auch aus der obigen Überlegung. Durch die enge Beziehung von EBRD2000 und EBRD1999 werden auch die unabhängigen Variablen und der Fehler des Jahres 1999 in das Jahr 2000 einbezogen.
- die Fehler Heteroskedastizität aufweisen. Dies bedeutet, dass die Fehler unterschiedliche Varianz zwischen den einzelnen Ländern aufweisen (Panel-Heteroskedastizität).
- die Fehler eines Jahres untereinander korreliert sind. Dies ist gerade bei Untersuchungseinheiten, die eine große räumliche Nähe und ähnliche Entwicklung aufweisen, der Fall.

Diese Eigenschaften führen dazu, dass eine einfache ordinary-least-square (OLS) Regression verzerrte Ergebnisse aufweisen kann, da die Gauss-Markov-Bedingungen verletzt sind. (vgl. Plümper/Tröger/Manow 2005: 328ff, . Podesta 2000: 10ff)

Daher habe ich mich dazu entschieden, meine Daten auf Autokorrelation und Heteroskedastizität hin zu untersuchen. Ein guter Test für Autokorrelation ist der Wooldridge-Test (vgl. Drukker 2003). Er testet die Nullhypothese, dass keine Autokorrelation vorhanden ist und kann diese in den vorliegenden Daten auf 99,99%-Niveau ablehnen. Die Nullhypothese der Homoskedastizität testet der White-Test (vgl. White 1980). In den vorliegenden Daten kann diese nicht auf einem signifikanten Niveau zurückgewiesen werden, so dass ich im Weiteren von keiner relevanten Heteroskedastizität ausgehen kann und nur das Problem der Autokorrelation bleibt.

Eine häufig angewandte Methode das Problem der Autokorrelation zu lösen, ist der Beck/Katz-Ansatz (vgl. Beck/Katz 1995, 1996). Beck und Katz sprechen sich für die Aufnahme der „lagged dependent variable“ (Beck/Katz 1996: 7), also der abhängigen Variable der Vorperiode, in die rechte Seite der Gleichung aus. Damit soll der Effekt, den die abhängige Variable der Vorperiode noch auf die abhängige Variable der

jetzigen Periode hat, in die Regression miteinbezogen werden (vgl. Beck/Katz 1996: 7ff).

Abbildung 19 zeigt die Ergebnisse einer solchen Regression wiederum für alle drei Vetospieler-Indizes. Auf die Angabe des Regressionskoeffizienten für den EBRD-Wert der Vorperiode habe ich verzichtet, da er nichts zum Vergleich der beiden Modelle beiträgt und in jeder Regression mit ähnlicher Ausprägung hochsignifikant ist³⁵.

Die besten Ergebnisse³⁶ zeigen sich diesmal jeweils bei einem lag von zwei Jahren. Weiterhin sind sowohl bei dem Polcon-Index als auch bei dem Checks-Index die parabolischen Modelle die besseren Modelle mit hochsignifikanten Regressionskoeffizienten und niedrigerem BIC-Wert im Vergleich zu dem jeweiligen monotonen Modell. Allerdings zeigt der „einfache Institutionen und Parteien-Index“, der nur die reine Anzahl von Institutionen und Akteuren misst, weder im monotonen, noch im parabolischen Modell signifikante Koeffizienten.

³⁵ Über alle Regressionen hinweg ist eine Korrelation des EBRD-Wertes mit seinem Wert der Vorperiode von ungefähr 0.8 zu beobachten.

³⁶ Beste Ergebnisse bedeuten hierbei die höchste Signifikanz der Koeffizienten.

	<u>Polcon-Index</u>		<u>Checks-Index</u>		<u>Einfacher Institutionen und Parteien Index</u>	
	<u>Modell A</u>		<u>Modell A</u>		<u>Modell A</u>	
	<u>l2.polcon (t-Wert)</u>		<u>l2.checks (t-Wert)</u>		<u>l2.akteure (t-Wert)</u>	
EBRD	-2.32 (-0.68)		-0.22 (-0.45)		0.002 (0.04)	
<i>N</i>	88		87		93	
<i>BIC</i>	-186.108		-225.125		-189.950***	
	<u>Modell B</u>		<u>Modell B</u>		<u>Modell B</u>	
	<u>l2.polcon (t-Wert)</u>	<u>l2.polcon² (t-Wert)</u>	<u>l2.checks (t-Wert)</u>	<u>l2.checks² (t-Wert)</u>	<u>l2.akteure (t-Wert)</u>	<u>l2.akteure² (t-Wert)</u>
EBRD	378.23 (2.41)**	-256.71 (-2.42)**	0.62 (2.44)**	-0.07 (-2.58)**	0.24 (0.68)	-0.02 (-0.68)
<i>N</i>	88		87		93	
<i>BIC</i>	-187.572***		-227.364***		-185.897	

* $p < 0.05$ ** $p < 0.01$ (zweiseitig) *** Besseres Modell nach dem Bayesian Information Criterion

Abbildung 19: Reformen und Vetospieler; Koeffizienten und BIC-Werte der bivariaten und multivariaten Regression inklusive „lagged dependent variable“

Die Einbeziehung der lagged dependent variable ist jedoch nicht unproblematisch. Thomas Plümper, Vera Tröger und Phillip Manow (Plümper/Tröger/Manow 2005) zeigen, dass diese Vorgehensweise die Regressionskoeffizienten der anderen Variablen unterschätzen und den Koeffizienten der lagged dependent variable überschätzen kann. Außerdem bleibt in diesem Modell wenig Erklärungskraft der unabhängigen Variablen erhalten. Der Zeittrend, der nun im Modell enthalten ist, absorbiert große Teile der Einflüsse weiterer Variablen. (vgl. Plümper/Tröger/Manow 2005: 334ff)

Als Alternative zu dem Beck/Katz-Ansatz zur Behebung der Autokorrelation wird daher eine Prais-Winsten-Transformation mit *panel-corrected standard errors* empfohlen (vgl. Plümper/Tröger/Manow 2005: 342). Dieses Verfahren geht auf einen Aufsatz von Sigbert Prais und Christopher Winsten zurück (Prais/Winsten 1954) und ist eine Weiterentwicklung des Cochrane/Orcutt-Algorithmus zur Behebung von Autokorrelation bei Panel-Daten. Der Nachteil der Prais-Winsten-Transformation ist, dass das Bayesian Information Criterion nicht mehr anwendbar ist. Da damit keine Vergleichsgrundlage mehr gegeben ist, zeigt Abbildung 20 nur noch die Ergebnisse des parabolischen Modells. Die Signifikanzniveaus beruhen hierbei nun auf den z-Werten. Es zeigt sich, dass alle Koeffizienten signifikant sind, auch die Quadrate der unabhängigen Variablen. Daher ist, auch ohne die Möglichkeit des Vergleichs der BIC-Werte, davon auszugehen, dass das parabolische Modell auch durch die Prais-Winsten-Transformation bestätigt wird.

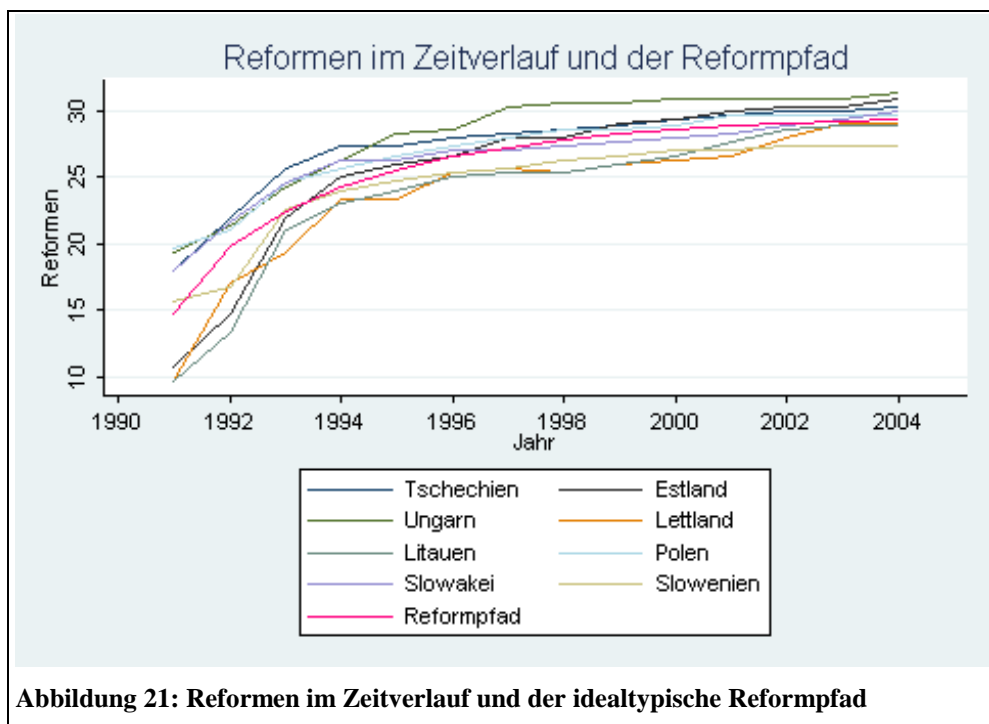
	<u>Polcon-Index</u>		<u>Checks-Index</u>		<u>Einfacher Institutionen und Parteien Index</u>	
	<u>Modell B</u>		<u>Modell B</u>		<u>Modell B</u>	
	<u>l2.polcon (z-Wert)</u>	<u>l2.polcon² (z-Wert)</u>	<u>l2.checks (z-Wert)</u>	<u>l2.checks² (z-Wert)</u>	<u>l2.akteure (z-Wert)</u>	<u>l2.akteure² (z-Wert)</u>
EBRD	627.37 (3.39)**	-410.75 (-3.26)**	1.49 (2.72)**	-0.15 (-2.72)**	3.03 (8.78)**	-0.20 (-8.12)**
N	96		95		101	

* p < 0.05 ** p < 0.01 (zweiseitig)

Abbildung 20: Reformen und Vetospieler; Koeffizienten und BIC-Werte der bivariaten und multivariaten Preis-Winsten-Regression inklusive „panel-corrected standard errors“

Um die Problematik der Autokorrelation zu umgehen, gibt es noch eine weitere Möglichkeit. Sie beruht auf dem Verzicht der absoluten, hochkorrelierten EBRD-Werte. Stattdessen greift sie die Idee des Reformpfads nochmals auf. Wenn man davon ausgeht, dass die untersuchten Länder einem optimalen Reformpfad von der Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft folgen, so müssten sich die Abweichungen von diesem Pfad ebenfalls durch ein parabolisches Modell erklären lassen.

Abbildung 21 zeigt den Reformverlauf über die relevanten Jahre hinweg für alle acht betrachteten Länder. Ich nehme an, dass die Reformwerte der Länder normalverteilt um den Pfad abweichen, so dass eine Regressionsanalyse den Verlauf des „wahren“ Reformpfades zeigt. Auf Grund des charakteristischen Verlaufs der einzelnen Reformpfade habe ich mich für eine Regression mit der Jahreszahl als auch der logarithmierten Jahreszahl als unabhängige Variablen entschieden. Das Ergebnis ist ein „wahrer“ Reformpfad, welcher in Abbildung 21 pink eingefärbt ist³⁷.



³⁷ Ich habe zusätzlich einen Reformpfad auf Grundlage der durchschnittlichen Reformwerte pro Jahr erstellt, allerdings ist der Unterschied zwischen diesem und dem durch Regression gewonnenen Reformpfad bei einer Korrelation von 0.99 vernachlässigbar gering, so dass ich auf eine zusätzliche Analyse mit diesem Reformpfad verzichte.

Die Abweichungen des Reformwertes jedes einzelnen Staates in jedem Jahr vom errechneten Reformpfad verwende ich nun als neue abhängige Variable um damit die gleichen Modelle zu berechnen wie vormals mit dem EBRD-Index³⁸. Auch hier zeigt sich, dass alle parabolischen Modelle den einfachen Modellen überlegen sind (Abbildung 22). Da die Koeffizienten erneut durchweg signifikant sind und die Vorzeichen den Erwartungen entsprechen, liegt somit der Schluss nah, dass auch die Abweichung vom Reformpfad in einem parabolischen Zusammenhang zu der Anzahl der Vetospieler steht.

Dies bedeutet, dass eine negative Abweichung vom Reformpfad mit einer sehr niedrigen oder sehr hohen Anzahl an Vetospielern einher geht, während eine Erfüllung bzw. eine positive Abweichung vom Reformpfad bei einer moderaten Zahl an Spielern möglich ist. Abbildung 23 bis 25 zeigen die jeweiligen Streudiagramme der drei Vetospieler-Indizes inklusive der Regressionsgeraden. Auch hier wird der parabolische Zusammenhang erneut deutlich. Jedoch zeigt sich auch, dass nicht von einem determinierten Zusammenhang gesprochen werden kann. Zu wenig Varianz der Indizes, oder aber im Fall des Polcon-Index genug Varianz aber recht viele Ausreißer³⁹, trüben das Bild. Dennoch ist die Tendenz zu einem parabolischen Zusammenhang, im Gegensatz zum monoton steigenden bzw. fallenden Zusammenhang, in den Diagrammen zu erkennen. Auch die statistischen Kennzahlen der Regressionsanalyse stützen diese Annahme deutlich.

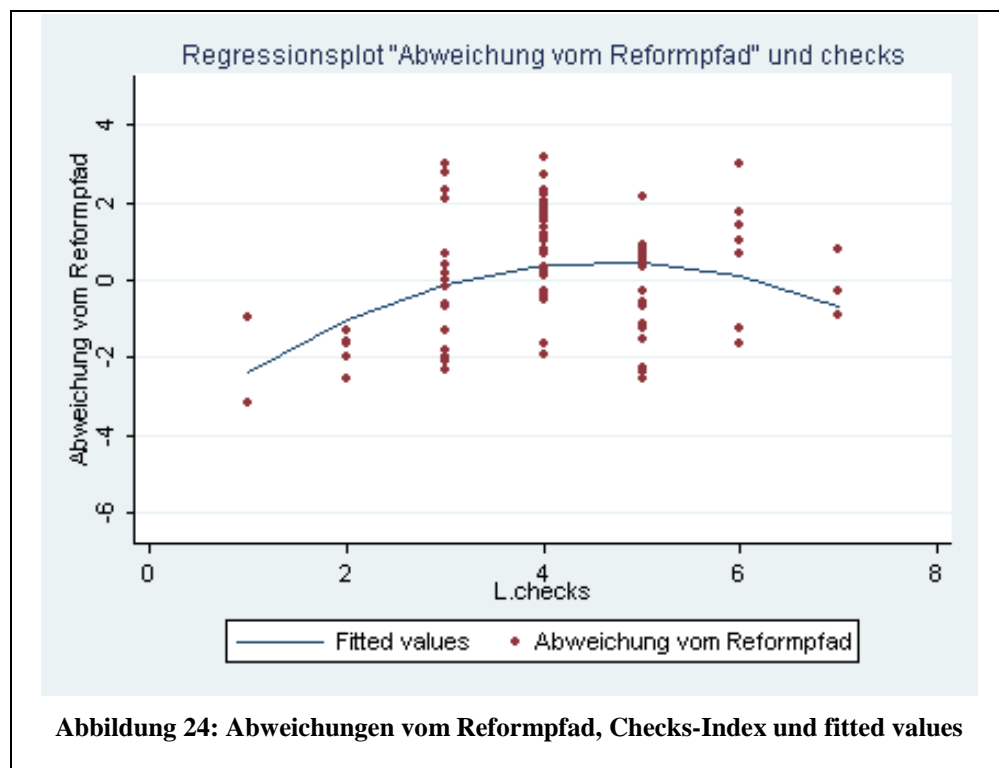
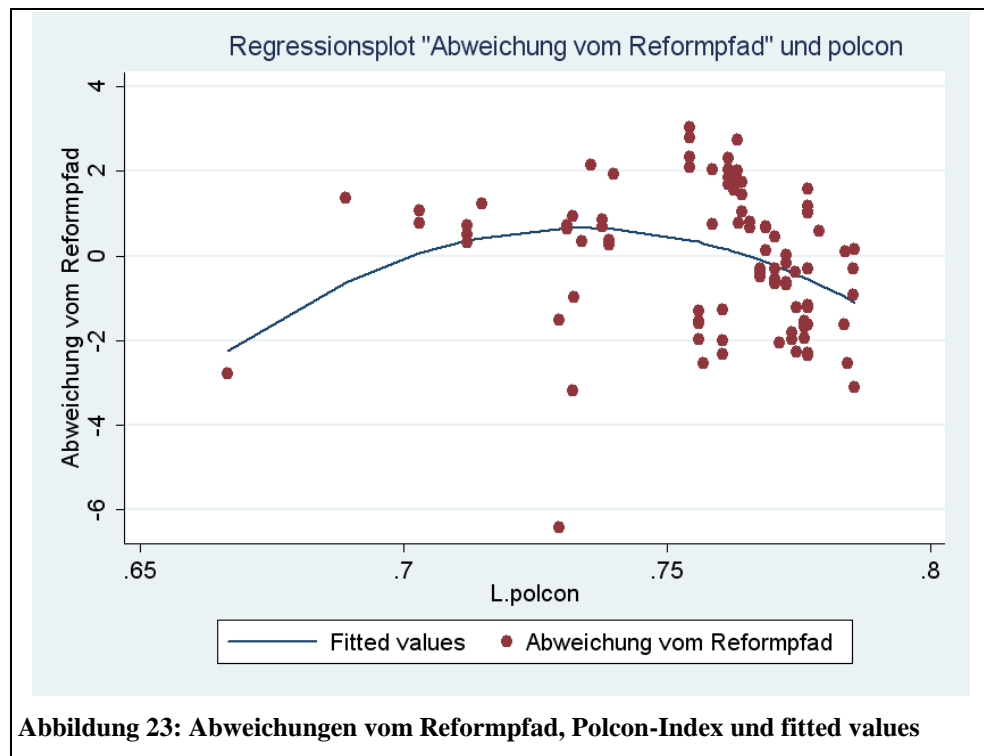
³⁸ Eine Übersicht über die Abweichungen jedes Staates über den Zeitverlauf befindet sich im Anhang.

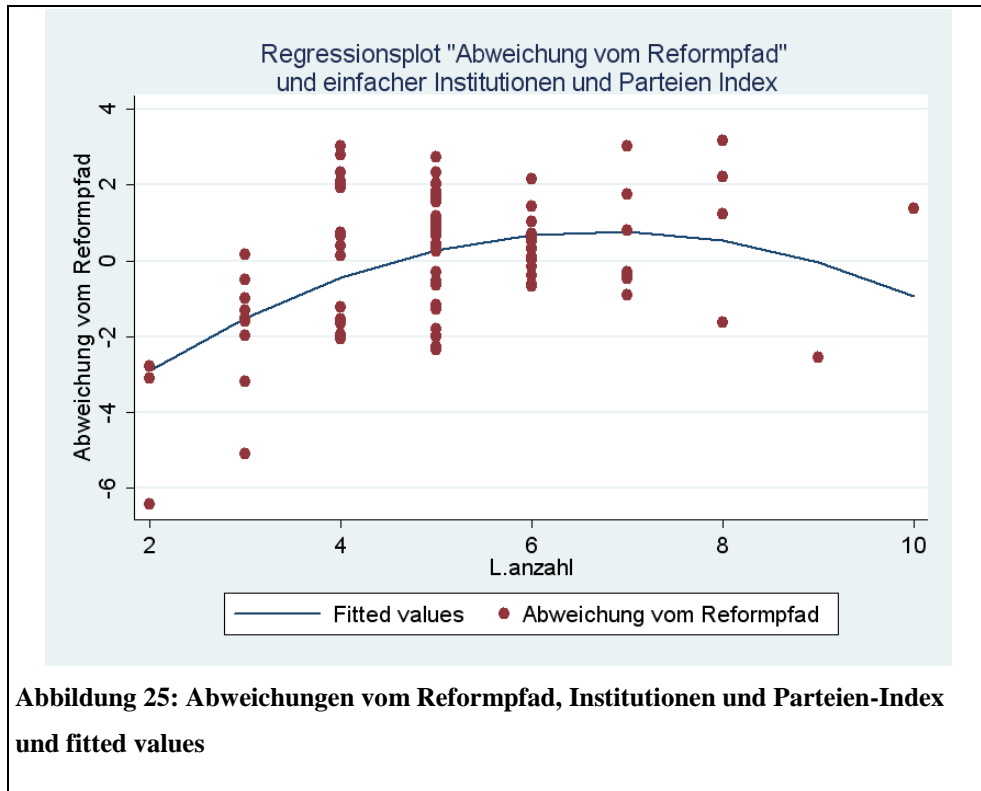
³⁹ Bei diesen Ausreißern lässt sich ein deutlicher Zusammenhang mit der Jahreszahl erkennen. Es sind besonders die Daten aus den frühen 1990er Jahren die von der Regressionsgeraden stark abweichen.

	Modell A		Modell A		Modell A	
	lpolcon (t-Wert)		lchecks (t-Wert)		lakteure (t-Wert)	
Abweichung	-9.85 (-1.32)		0.24 (1.91)		0.44 (3.66)**	
<i>N</i>	96		95		100	
<i>BIC</i>	-58.700		-76.337		-68.801	
	Modell B		Modell B		Modell B	
	lpolcon (t-Wert)	lpolcon ² (t-Wert)	lchecks (t-Wert)	lchecks ² (t-Wert)	lakteure (t-Wert)	lakteure ² (t-Wert)
Abweichung	949.09 (2.91)**	-646.93 (-2.94)**	2.00 (3.48)**	-0.21 (-3.12)**	2.79 (4.77)**	-0.22 (-4.09)**
<i>N</i>	96		95		100	
<i>BIC</i>	-62.654***		-81.359***		-80.083***	

* p < 0.05 ** p < 0.01 (zweiseitig) *** Besseres Modell nach dem Bayesian Information Criterion

Abbildung 22: Die Abweichung vom Reformpfad und Vetospieler; Koeffizienten und BIC-Werte der bivariaten und multivariaten Regression





8. Schlussbetrachtung

„The initiation of reform requires decisiveness, and in turn, a certain concentration of decision-making authority; but resolute policy requires that the status quo not be easily overturned, which requires less concentrated decision-making.”

(Haggard/McCubbins/Shugart 2001: 320)

Die Einführung eines marktwirtschaftlichen Systems gilt als Garant für Wohlstand und Fortschritt. Der Weg zu diesem System, die wirtschaftliche Liberalisierung, ist Gegenstand zahlreicher Untersuchungen. Besonders der große Umbruch der postkommunistischen Staaten motivierte eine Vielzahl von Arbeiten. In der Untersuchung des Zusammenspiels zwischen Institutionen, Akteurskonstellationen und Reformen gingen die empirischen Modelle jedoch bisher nie über die Vorstellung eines monoton negativen oder positiven Zusammenhangs hinaus. Diese Arbeit hatte sich das Ziel gesetzt, systematisch innerhalb einer recht homogenen Gruppe von Ländern Mittel- und Osteuropas die Möglichkeit eines parabolischen Zusammenhangs zwischen dem institutionellen Arrangement und Wirtschaftsreformen zu untersuchen. Aufbauend auf der Vetospieler-Theorie, jenem einfachen aber überzeugenden Ansatz der die vergleichende Politikwissenschaft in den letzten 10 Jahren maßgeblich bestimmt hat, zeigte sich, dass die conventional wisdom der mangelnden Handlungsfähigkeit von Systemen mit vielen Akteuren durch Tsebelis Modell auf theoretischer Ebene bestätigt wird. Es existieren jedoch ebenso theoretische Weiterentwicklungen der Annahmen der Vetospieler-Theorie, die den bisher einseitigen Effekt von Vetospielern erweitern und einen Zielkonflikt zwischen wenigen Vetospielern und vielen Vetospielern annehmen. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch in den politökonomischen Theorien der wirtschaftlichen Liberalisierung erkennen. Diese Annahmen beruhen auf der Erkenntnis, dass nicht nur die stark eingeschränkte, sondern auch die völlig uneingeschränkte Exekutive wichtige Reformen nicht durchführt. Damit wird die einseitige Fokussierung auf den Reformer, „der nicht reformieren darf“, um den Reformer, „der nicht reformieren will“, bzw. der die Beibehaltung der Reformen nicht garantieren kann, ergänzt.

Die Ergebnisse der empirischen Analyse dieser Arbeit zeigen, dass der trade-off zwischen zu vielen und zu wenigen Vetospielern, seien sie institutionell oder parteipolitisch, in den Daten wiedergefunden werden kann. Auch nach Bereinigung der auftretenden Autokorrelation mit fortgeschrittenen statistischen Methoden und ebenso unter der Annahme eines optimalen Reformpfades, entlang dessen sich die wirtschaftliche Freiheit der relevanten Länder entwickelt, bestätigt sich dieses Ergebnis. Sicherlich zeigt ein Blick auf die Streudiagramme, dass hierbei nicht von einer perfekten parabolischen Kurve gesprochen werden kann, zu viele Ausreißer existieren dafür. Dennoch sind die Regressionskoeffizienten des parabolischen Modells, gerade im Vergleich zu jenen Koeffizienten des herkömmlichen linearen Modells, hochsignifikant und deuten auf einen recht robusten Zusammenhang hin. Dies ist besonders bemerkenswert, wenn man sich vor Augen führt, dass die Vetospieler-Theorie niemals Veränderung, sondern nur die höhere Wahrscheinlichkeit zur Veränderung der aktuellen Policy, prognostiziert (vgl. Tsebelis 2002: 17). Weiter gilt zu beachten, dass Reformen in dieser Arbeit immer nur durch institutionelle Begebenheiten erklärt wurden. Da Reformen im Kern jedoch auf individuellen Entscheidungen der Akteure beruhen, konkrete Akteurskonstellationen in diese Analyse jedoch nicht bzw. nur hochaggregiert einfließen, ist die Erklärungskraft des parabolischen Modells unter diesen Umständen erstaunlich hoch.

Dennoch gilt es einschränkend zu sagen, dass dieses Ergebnis nur auf den Daten von acht Staaten beruht. Zusätzlich wurden keine kontrollierenden Variablen der Makroebene verwendet. Auf Grund der kleinen Erhebungsgrundlage ist allerdings auch die Homogenität dieser Staaten sehr hoch, so dass das Fehlen der Kontrollvariablen nicht zu verzerrten Ergebnissen führen muss.

Es muss bei der Deutung der Ergebnisse bedacht werden, dass es sich hierbei um eine Aussage handelt, die sich bisher nur auf postkommunistische Staaten in der wirtschaftlichen und politischen Transformation bezieht. Dabei ist es nicht unplausibel anzunehmen, dass diese Besonderheit gerade bei der Gefahr der Reformverweigerung bei zu wenigen Vetospielern eine bestimmende Rolle spielt.

Um herauszufinden, ob der parabolische Zusammenhang zwischen Vetospielern und Reformen auch weit nach der Phase der Transformation noch bestand hat, sind weitere

Untersuchungen der acht analysierten Staaten über die nächsten Jahrzehnte notwendig. Alternativ ließen sich auch die westlichen, schon lange etablierten Demokratien untersuchen. Allerdings offenbart sich hier das Problem der mangelnden Varianz wirtschaftlicher Freiheit, das gerade bei den postkommunistischen Staaten in den letzten 15 Jahren nicht gegeben war.

Doch was bedeuten diese Ergebnisse für die politikwissenschaftliche Praxis? Gerade in Bezug auf die zunehmende Beratungsfunktion der Politikwissenschaft im Transformationsprozess ehemals sozialistischer/kommunistischer Staaten bedeutet dies, dass statt der einseitigen Empfehlungen der Mehrheits- oder Konsensdemokratie als optimales Regierungssystem sich ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen umfangreichen checks and balances und isolierter Exekutive für Staaten auf dem Weg zur Marktwirtschaft anbietet.

Auf Grundlage der gewonnenen Daten ließe sich der Hochpunkt der Regressionsparabel und damit die optimale Anzahl der Vetospieler jeweils auf mehrere Kommastellen genau bestimmen. Solch eine Angabe ist aber natürlich, auf Grund des reinen Trendcharakters des parabolischen Zusammenhangs, absolut realitätsfern. Eine Aussage ist damit jedoch gefahrlos zu treffen: Anders als bisher angenommen ist nicht einer der beiden Extremtypen der Demokratie, also in den Worten Lijpharts föderale Konsensus- oder zentralstaatliche Mehrheitsdemokratien, am besten geeignet Handlungsfähigkeit zu sichern. Vielmehr sind die Mischtypen der zentralistischen Konsensus- und föderalen Mehrheitsdemokratie, die eine ausgewogene Zahl an Vetospielern erzeugen, die besten Systeme um wirtschaftliche Liberalisierung durchzusetzen. Mit dieser Erkenntnis lässt sich eventuell auch die Singularität der politischen Systeme der postkommunistischen Staaten erklären, die von den etablierten Kategorisierungen, etwa der Unterscheidung zwischen Parlamentarismus und Präsidentialismus oder Konsensus- und Mehrheitsdemokratie, oftmals als bisher unbekannte Mischformen beschrieben werden (siehe beispielsweise Roberts 2003).

Es gilt jedoch zu beachten, dass in der gesamten Analyse kein Unterschied zwischen formellen und informellen Vetospielern bzw. Arrangements, und damit eben auch kein Unterschied zwischen zentralistischer Konsensdemokratie und föderaler

Mehrheitsdemokratie⁴⁰, getätigt wurde. Gegen dieses Vorgehen gibt es Widerspruch, der etwa von Birchfield und Crepaz (Birchfield/Crepaz 1998) formuliert wird. Sie nehmen einen Unterschied in der Wirkung von formellen und informellen Strukturen an⁴¹(vgl. Birchfield/Crepaz 1998: 193). Auch Lijphart (Lijphart 1999) und Roller (Roller 2002) finden in ihren entsprechenden empirischen Analysen Hinweise auf eine unterschiedliche Wirkung⁴². Da diese jedoch nicht Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit war, ist diese Annahme ein Thema einer eventuellen Weiterentwicklung dieser Arbeit.

⁴⁰ Nach der hier verwendeten Definition von formellen und informellen Strukturen verteilt die zentralistische Konsensusdemokratie auf der informellen Ebene bzw. innerhalb der Institutionen die Macht (etwa durch Koalitionsregierungen) und konzentriert diese auf der formellen Ebene bzw. zwischen den Institutionen (etwa durch nur eine Kammer oder einen zentralen Staatsaufbau), während die föderale Mehrheitsdemokratie auf der informellen Ebene bzw. innerhalb der Institutionen Macht konzentriert (Ein-Parteien-Regierungen), auf der formellen Ebene bzw. zwischen den Institutionen teilt (Bikameralismus, föderaler Staatsaufbau, unabhängiges Verfassungsgericht).

⁴¹ Statt der Bezeichnung formell/informell benutzen Birchfield/Crepaz competitive bzw. collective veto points (vgl. Birchfield/Crepaz 1998:193), äquivalent zu Tsebelis institutionellen bzw. partisanen Vetospielern.

⁴² Allerdings untersuchen beide nicht die generelle Performanz der Handlungsfähigkeit sondern zielbezogene Performanz, siehe auch die Kritik an Lijpharts empirischer Analyse in Kapitel 5.

9. Anhang

		Large scale privatisation	Small scale privatisation	Enterprise restructuring	Price liberalisation	Trade & Forex system	Competition Policy	Banking reform & interest rate liberalisation	Securities markets & non- bank financial institutions
CZECH REPUBLIC	1991	1.00	3.00	2.00	4.00	3.00	2.00	2.00	1.00
CZECH REPUBLIC	1992	2.00	4.00	2.00	4.00	4.00	2.00	3.00	1.00
CZECH REPUBLIC	1993	3.00	4.00	3.00	4.00	4.00	2.67	3.00	2.00
CZECH REPUBLIC	1994	4.00	4.00	3.00	4.00	4.00	2.67	3.00	2.67
CZECH REPUBLIC	1995	4.00	4.00	3.00	4.00	4.00	2.67	3.00	2.67
CZECH REPUBLIC	1996	4.00	4.33	3.00	4.00	4.33	2.67	3.00	2.67
CZECH REPUBLIC	1997	4.00	4.33	3.00	4.33	4.33	2.67	3.00	2.67
CZECH REPUBLIC	1998	4.00	4.33	3.00	4.33	4.33	2.67	3.00	3.00
CZECH REPUBLIC	1999	4.00	4.33	3.00	4.33	4.33	2.67	3.33	3.00
CZECH REPUBLIC	2000	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	2.67	3.33	3.00
CZECH REPUBLIC	2001	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	2.67	3.67	3.00
CZECH REPUBLIC	2002	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.67	3.00
CZECH REPUBLIC	2003	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.67	3.00
CZECH REPUBLIC	2004	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.67	3.33
CZECH REPUBLIC	2005	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	4.00	3.67
CZECH REPUBLIC	2006	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	4.00	3.67
ESTONIA	1991	1.00	1.00	1.00	2.67	2.00	1.00	1.00	1.00
ESTONIA	1992	1.00	2.00	2.00	2.67	3.00	1.00	2.00	1.00
ESTONIA	1993	2.00	3.00	3.00	4.33	3.00	2.00	3.00	1.67
ESTONIA	1994	3.00	4.00	3.00	4.33	4.00	2.00	3.00	1.67
ESTONIA	1995	4.00	4.00	3.00	4.33	4.00	2.00	3.00	1.67
ESTONIA	1996	4.00	4.33	3.00	4.33	4.00	2.00	3.00	2.00
ESTONIA	1997	4.00	4.33	3.00	4.33	4.00	2.00	3.33	3.00
ESTONIA	1998	4.00	4.33	3.00	4.33	4.00	2.00	3.33	3.00
ESTONIA	1999	4.00	4.33	3.00	4.33	4.00	2.67	3.67	3.00
ESTONIA	2000	4.00	4.33	3.00	4.33	4.33	2.67	3.67	3.00
ESTONIA	2001	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.67	3.00
ESTONIA	2002	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.67	3.33
ESTONIA	2003	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.67	3.33
ESTONIA	2004	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.33	4.00	3.33
ESTONIA	2005	4.00	4.33	3.67	4.33	4.33	3.33	4.00	3.33
ESTONIA	2006	4.00	4.33	3.67	4.33	4.33	3.67	4.00	3.67
HUNGARY	1991	2.00	1.00	2.00	4.33	4.00	2.00	2.00	2.00
HUNGARY	1992	2.00	2.00	3.00	4.33	4.00	2.00	2.00	2.00
HUNGARY	1993	3.00	3.00	3.00	4.33	4.00	2.00	3.00	2.00
HUNGARY	1994	3.00	3.67	3.00	4.33	4.33	3.00	3.00	2.00
HUNGARY	1995	4.00	3.67	3.00	4.33	4.33	3.00	3.00	3.00
HUNGARY	1996	4.00	4.00	3.00	4.33	4.33	3.00	3.00	3.00
HUNGARY	1997	4.00	4.33	3.00	4.33	4.33	3.00	4.00	3.33
HUNGARY	1998	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	4.00	3.33
HUNGARY	1999	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	4.00	3.33
HUNGARY	2000	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	4.00	3.67
HUNGARY	2001	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	4.00	3.67
HUNGARY	2002	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	4.00	3.67
HUNGARY	2003	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	4.00	3.67
HUNGARY	2004	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.33	4.00	3.67
HUNGARY	2005	4.00	4.33	3.67	4.33	4.33	3.33	4.00	4.00
HUNGARY	2006	4.00	4.33	3.67	4.33	4.33	3.33	4.00	4.00
LATVIA	1991	1.00	1.00	1.00	2.67	1.00	1.00	1.00	1.00
LATVIA	1992	2.00	2.00	2.00	4.00	2.00	2.00	2.00	1.00
LATVIA	1993	2.00	3.00	2.00	4.33	3.00	2.00	2.00	1.00
LATVIA	1994	2.00	4.00	2.00	4.33	4.00	2.00	3.00	2.00
LATVIA	1995	2.00	4.00	2.00	4.33	4.00	2.00	3.00	2.00
LATVIA	1996	3.00	4.00	3.00	4.33	4.00	2.00	3.00	2.00
LATVIA	1997	3.00	4.00	2.67	4.33	4.00	2.33	3.00	2.33
LATVIA	1998	3.00	4.00	2.67	4.33	4.00	2.33	2.67	2.33
LATVIA	1999	3.00	4.00	2.67	4.33	4.33	2.33	3.00	2.33
LATVIA	2000	3.00	4.33	2.67	4.33	4.33	2.33	3.00	2.33
LATVIA	2001	3.00	4.33	2.67	4.33	4.33	2.33	3.33	2.33
LATVIA	2002	3.33	4.33	2.67	4.33	4.33	2.33	3.67	3.00
LATVIA	2003	3.67	4.33	3.00	4.33	4.33	2.67	3.67	3.00
LATVIA	2004	3.67	4.33	3.00	4.33	4.33	2.67	3.67	3.00
LATVIA	2005	3.67	4.33	3.00	4.33	4.33	3.00	3.67	3.00
LATVIA	2006	3.67	4.33	3.00	4.33	4.33	3.00	3.67	3.00

Anhang 1: Werte der acht Teilindizes der EBRD für die untersuchten Länder

Quelle: EBRD 2007

		Large scale privatisation	Small scale privatisation	Enterprise restructuring	Price liberalisation	Trade & Forex system	Competition Policy	Banking reform & interest rate liberalisation	Securities markets & non- bank financial institutions
LITHUANIA	1991	1.00	1.00	1.00	2.67	1.00	1.00	1.00	1.00
LITHUANIA	1992	2.00	2.67	1.00	2.67	2.00	1.00	1.00	1.00
LITHUANIA	1993	3.00	3.33	2.00	4.00	3.00	2.00	2.00	1.67
LITHUANIA	1994	3.00	4.00	2.00	4.00	4.00	2.00	2.00	2.00
LITHUANIA	1995	3.00	4.00	2.00	4.00	4.00	2.00	3.00	2.00
LITHUANIA	1996	3.00	4.00	3.00	4.00	4.00	2.00	3.00	2.00
LITHUANIA	1997	3.00	4.00	2.67	4.00	4.00	2.33	3.00	2.33
LITHUANIA	1998	3.00	4.00	2.67	4.00	4.00	2.33	3.00	2.33
LITHUANIA	1999	3.00	4.33	2.67	4.00	4.00	2.33	3.00	2.67
LITHUANIA	2000	3.00	4.33	2.67	4.00	4.00	2.67	3.00	3.00
LITHUANIA	2001	3.33	4.33	2.67	4.00	4.33	3.00	3.00	3.00
LITHUANIA	2002	3.67	4.33	3.00	4.33	4.33	3.00	3.00	3.00
LITHUANIA	2003	3.67	4.33	3.00	4.33	4.33	3.00	3.33	3.00
LITHUANIA	2004	3.67	4.33	3.00	4.33	4.33	3.00	3.33	3.00
LITHUANIA	2005	4.00	4.33	3.00	4.33	4.33	3.33	3.67	3.00
LITHUANIA	2006	4.00	4.33	3.00	4.33	4.33	3.33	3.67	3.00
POLAND	1991	2.00	3.00	2.00	3.67	3.00	2.00	2.00	2.00
POLAND	1992	2.00	4.00	2.00	4.00	3.00	2.00	2.00	2.00
POLAND	1993	2.00	4.00	3.00	4.00	4.00	2.67	3.00	2.00
POLAND	1994	3.00	4.00	3.00	4.00	4.00	2.67	3.00	2.00
POLAND	1995	3.00	4.00	3.00	4.00	4.00	2.67	3.00	3.00
POLAND	1996	3.00	4.33	3.00	4.00	4.33	2.67	3.00	3.00
POLAND	1997	3.33	4.33	3.00	4.00	4.33	2.67	3.00	3.33
POLAND	1998	3.33	4.33	3.00	4.33	4.33	2.67	3.33	3.33
POLAND	1999	3.33	4.33	3.00	4.33	4.33	2.67	3.33	3.33
POLAND	2000	3.33	4.33	3.00	4.33	4.33	2.67	3.33	3.67
POLAND	2001	3.33	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.33	3.67
POLAND	2002	3.33	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.33	3.67
POLAND	2003	3.33	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.33	3.67
POLAND	2004	3.33	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.33	3.67
POLAND	2005	3.33	4.33	3.67	4.33	4.33	3.00	3.67	3.67
POLAND	2006	3.33	4.33	3.67	4.33	4.33	3.00	3.67	3.67
SLOVAK REPUBLIC	1991	1.00	3.00	2.00	4.00	3.00	2.00	2.00	1.00
SLOVAK REPUBLIC	1992	2.00	4.00	2.00	4.00	4.00	2.00	2.67	1.00
SLOVAK REPUBLIC	1993	3.00	4.00	3.00	4.00	4.00	2.00	2.67	2.00
SLOVAK REPUBLIC	1994	3.00	4.00	3.00	4.00	4.00	3.00	2.67	2.67
SLOVAK REPUBLIC	1995	3.00	4.00	3.00	4.00	4.00	3.00	2.67	2.67
SLOVAK REPUBLIC	1996	3.00	4.33	3.00	4.00	4.33	3.00	2.67	2.67
SLOVAK REPUBLIC	1997	4.00	4.33	2.67	4.00	4.00	3.00	2.67	2.33
SLOVAK REPUBLIC	1998	4.00	4.33	2.67	4.00	4.33	3.00	2.67	2.33
SLOVAK REPUBLIC	1999	4.00	4.33	3.00	4.00	4.33	3.00	2.67	2.33
SLOVAK REPUBLIC	2000	4.00	4.33	3.00	4.00	4.33	3.00	3.00	2.33
SLOVAK REPUBLIC	2001	4.00	4.33	3.00	4.00	4.33	3.00	3.33	2.33
SLOVAK REPUBLIC	2002	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.33	2.33
SLOVAK REPUBLIC	2003	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.00	3.33	2.67
SLOVAK REPUBLIC	2004	4.00	4.33	3.33	4.33	4.33	3.33	3.67	2.67
SLOVAK REPUBLIC	2005	4.00	4.33	3.67	4.33	4.33	3.33	3.67	2.67
SLOVAK REPUBLIC	2006	4.00	4.33	3.67	4.33	4.33	3.33	3.67	3.00
SLOVENIA	1991	1.00	3.00	1.00	3.67	3.00	1.00	1.00	2.00
SLOVENIA	1992	1.00	3.00	1.00	3.67	3.00	1.00	2.00	2.00
SLOVENIA	1993	2.00	4.00	2.00	3.67	4.00	2.00	3.00	2.00
SLOVENIA	1994	2.00	4.00	2.67	3.67	4.00	2.00	3.00	2.67
SLOVENIA	1995	2.67	4.00	2.67	3.67	4.00	2.00	3.00	2.67
SLOVENIA	1996	2.67	4.33	2.67	3.67	4.33	2.00	3.00	2.67
SLOVENIA	1997	3.00	4.33	2.67	3.67	4.33	2.00	3.00	2.67
SLOVENIA	1998	3.00	4.33	2.67	4.00	4.33	2.33	3.00	2.67
SLOVENIA	1999	3.00	4.33	2.67	4.00	4.33	2.33	3.33	2.67
SLOVENIA	2000	3.00	4.33	2.67	4.00	4.33	2.67	3.33	2.67
SLOVENIA	2001	3.00	4.33	2.67	4.00	4.33	2.67	3.33	2.67
SLOVENIA	2002	3.00	4.33	3.00	4.00	4.33	2.67	3.33	2.67
SLOVENIA	2003	3.00	4.33	3.00	4.00	4.33	2.67	3.33	2.67
SLOVENIA	2004	3.00	4.33	3.00	4.00	4.33	2.67	3.33	2.67
SLOVENIA	2005	3.00	4.33	3.00	4.00	4.33	2.67	3.33	2.67
SLOVENIA	2006	3.00	4.33	3.00	4.00	4.33	2.67	3.33	2.67

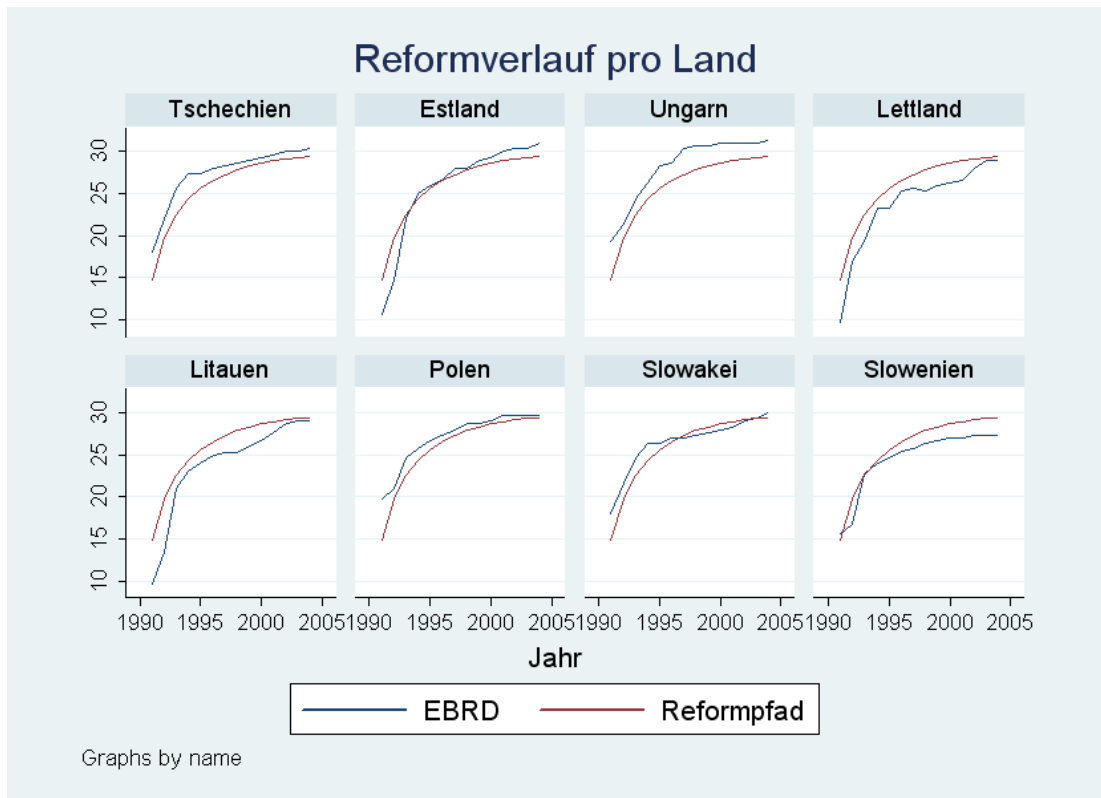
Anhang 2: Werte der acht Teilindizes der EBRD für die untersuchten Länder

Quelle: EBRD 2007

Land	Jahr	Polcon	Checks	Institutionen und Akteure	Land	Jahr	Polcon	Checks	Institutionen und Akteure
CZECHOS'KIA	1991	0.866387	4		8 LITHUANIA	1991	0.729671		2
CZECHOS'KIA	1992	0.866387	4		8 LITHUANIA	1992	0.729671		3
CZECH REP	1993	0.754443	6		7 LITHUANIA	1993	0.756061	2	3
CZECH REP	1994	0.764376	6		7 LITHUANIA	1994	0.756061	2	3
CZECH REP	1995	0.764376	6		6 LITHUANIA	1995	0.756061	2	3
CZECH REP	1996	0.764376	6		6 LITHUANIA	1996	0.756061	2	3
CZECH REP	1997	0.765772	7		7 LITHUANIA	1997	0.757015	5	13
CZECH REP	1998	0.765772	6		6 LITHUANIA	1998	0.760669	3	5
CZECH REP	1999	0.73101	5		5 LITHUANIA	1999	0.760669	3	5
CZECH REP	2000	0.73101	5		5 LITHUANIA	2000	0.760669	3	5
CZECH REP	2001	0.737882	5		5 LITHUANIA	2001	0.767749	4	7
CZECH REP	2002	0.737882	5		5 LITHUANIA	2002	0.767749	4	7
CZECH REP	2003	0.732284	5		5 LITHUANIA	2003	0.767749	4	7
CZECH REP	2004	0.732284	5		5 LITHUANIA	2004	0.767749		4
ESTONIA	1991				3 POLAND	1991	0.714991		8
ESTONIA	1992				3 POLAND	1992	0.735701	5	6
ESTONIA	1993	0.561364	3		4 POLAND	1993	0.689008	4	10
ESTONIA	1994	0.105303	3		4 POLAND	1994	0.703158	4	5
ESTONIA	1995	0.7839	4		6 POLAND	1995	0.703158	4	5
ESTONIA	1996	0.768878	4		4 POLAND	1996	0.731036	4	5
ESTONIA	1997	0.768878	4		4 POLAND	1997	0.763572	4	5
ESTONIA	1998	0.768878	4		4 POLAND	1998	0.733831	5	6
ESTONIA	1999	0.768878	4		4 POLAND	1999	0.712131	5	6
ESTONIA	2000	0.776842	4		5 POLAND	2000	0.712131	5	6
ESTONIA	2001	0.776842	4		5 POLAND	2001	0.712131	5	6
ESTONIA	2002	0.776849	4		5 POLAND	2002	0.739128	4	5
ESTONIA	2003	0.776849	4		5 POLAND	2003	0.739128	4	5
ESTONIA	2004	0.766455	3		4 POLAND	2004	0.739128	4	5
HUNGARY	1991	0.762794	4		5 CZECHOS'KIA	1991	0.866387	4	8
HUNGARY	1992	0.762794	4		5 CZECHOS'KIA	1992	0.866387	4	8
HUNGARY	1993	0.763421	4		5 SLOVAK REP	1993	0.758763	4	4
HUNGARY	1994	0.763421	4		5 SLOVAK REP	1994	0.758763	4	4
HUNGARY	1995	0.754343	3		4 SLOVAK REP	1995	0.770479	5	5
HUNGARY	1996	0.754343	3		4 SLOVAK REP	1996	0.770479	5	5
HUNGARY	1997	0.754343	3		4 SLOVAK REP	1997	0.770479	5	5
HUNGARY	1998	0.754343	3		4 SLOVAK REP	1998	0.770479	5	5
HUNGARY	1999	0.761795	4		5 SLOVAK REP	1999	0.772663	3	6
HUNGARY	2000	0.761795	4		5 SLOVAK REP	2000	0.772663	3	6
HUNGARY	2001	0.761795	4		5 SLOVAK REP	2001	0.772663	3	6
HUNGARY	2002	0.761795	4		5 SLOVAK REP	2002	0.772663	3	6
HUNGARY	2003	0.739848	4		4 SLOVAK REP	2003	0.778962	5	6
HUNGARY	2004	0.739848	4		4 SLOVAK REP	2004	0.778962	5	6
LATVIA	1991	0.666667			2 SLOVENIA	1991	0.785664		2
LATVIA	1992	0.732164	1		3 SLOVENIA	1992	0.785664	3	3
LATVIA	1993	0.732448	1		3 SLOVENIA	1993	0.785402	7	7
LATVIA	1994	0.774686	5		5 SLOVENIA	1994	0.785402	7	7
LATVIA	1995	0.774686	5		5 SLOVENIA	1995	0.77668	6	4
LATVIA	1996	0.783593	2		8 SLOVENIA	1996	0.77668	6	4
LATVIA	1997	0.784239	2		9 SLOVENIA	1997	0.776033	5	4
LATVIA	1998	0.776805	5		5 SLOVENIA	1998	0.776033	4	4
LATVIA	1999	0.776805	5		5 SLOVENIA	1999	0.776033	4	4
LATVIA	2000	0.776805	5		5 SLOVENIA	2000	0.776033	4	4
LATVIA	2001	0.776805	5		5 SLOVENIA	2001	0.77373	3	5
LATVIA	2002	0.776805	5		5 SLOVENIA	2002	0.77373	3	5
LATVIA	2003	0.774489	4		6 SLOVENIA	2003	0.771434	3	4
LATVIA	2004	0.774489	4		6 SLOVENIA	2004	0.771434	3	4

Anhang 3: Werte der drei Vetospieler-Indizes für die untersuchten Länder

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage von Henisz 2006 und Keefer 2005

**Anhang 4: Abweichung vom Reformverlauf in den untersuchten Ländern**

10. Literaturverzeichnis

Abromeit, Heidrun/Stoiber, Michael 2006: Demokratien im Vergleich. Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

Ackerman, Bruce 2000: The New Separation of Powers. In: Harvard Law Review, Vol.113 (3), S.633-729.

Alesina, Alberto/Ardagna, Silvia/Trebbi, Francesco 2006: Who adjusts and when? The political economy of reforms. In: IMF staff papers, Vol.53, S.1-29.

Anderson, Liam 2001: The Implications of Institutional Design for Macroeconomic Performance. Reassessing the Claims of Consensus Democracy. In: Comparative Political Studies, Vol.34 (4), S.429-452.

Aslund, Anders/Jenish, Nazgul 2006: The Eurasian Growth Paradox. Washington: Institute for International Economics Working Papers.

Babetskii, Ian/Campos, Nauro 2006: Did Reform work? <http://www.eea-eseem.com/files/papers/EEA-ESEM/2006/2560/MRA%20Draft%201%20July%202006.pdf>

Beck, Nathaniel/Katz, Jonathan 1995: What to do (and not to do) with Time-Series Cross-Section Data. In: The American Political Science Review, Vol.89 (3), S.634-647.

Beck, Nathaniel/Katz, Jonathan 1996: Nuisance vs. Substance: Specifying and Estimating Time-Series-Cross-Section Models. In: Political Analysis, Vol.6, S.1-36.

Beck, Thorsten/Clarke, George/Groff, Alberto/Keefer, Philip/Walsh, Patrick 2001: New tools in comparative political economy: The Database of Political Institutions. In: World Bank Economic Review, Vol.15 (1), S.165-176.

Birchfield, Vicki/Crepaz, Markus 1998: The impact of constitutional structures and collective and competitive veto points on income inequality in industrialized democracies. *European Journal of Political Research* Vol.34, S.175-200.

Bodenstein, Thilo/Plümper, Thomas/Schneider, Gerald 2003: Two sides of economic openness: non-tariff barriers to trade and capital controls in transition countries, 1993-2000. In: *Communist and Post-Communist Studies*, Vol.36, S. 231-243.

Bortolotti, Bernardo/Pinotti, Paolo 2003: *The Political Economy of Privatization*. The Fondazione Eni Enrico Mattei Note di Lavoro Series.
http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=418020

Brocker, Manfred 2007: Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, *The Federalist: A Collection of Essays, Written in Favour of the New Constitution, As Agreed Upon By the Federal Convention, September 17, 1787, New York 1788*. In: Kailitz, Steffen (Hrsg.) 2007: *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S.149-152.

Burkhart, Ross 2000: Economic freedom and democracy: post-cold war tests. In: *European Journal of Political Research*, Vol.37 (2), S.237-253.

Campos, Nauro/Horvath, Roman 2006: *Reform Redux: Measurement, Determinants and Reversals*. IZA Discussion Paper Nr. 2093, April 2006. Bonn, Institute for the study of labour.

Carey, John/Shugart, Matthew 1992: *Presidents and Assemblies*. Cambridge: Cambridge University Press.

Cox, Gary/McCubbins, Mathew 2001: *The Institutional Determinants of Economic Policy Outcomes*. In: Haggard, Stephan/McCubbins, Mathew (Hrsg.) 2001: *Presidents,*

Parliaments and Policy. Political Economy of Institutions and Decisions. Cambridge: Cambridge University Press. S.21-63.

De Melo, Martha/Denizer, Cevdet/Gelb, Allan 1996: Patterns of Transition from Plan to Market. In: The World Bank Economic Review, Vol.10 (3), S.397-424.

Desai, Raj/Olofsgrad, Anders 2006: Constitutionalism and credibility in reforming Economies. In: economics of Transition, Vol.14 (3), S.479-504.

Dethier, Jean-Jacques/Ghanem, Hafez/Zoli, Edda 1999: Does Democracy Facilitate the Economic Transition? An Empirical Study of Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union. World Bank Policy Research Working Paper No. 2194, Washington: The World Bank.

Djankov, Simeon/Glaeser, Edward/La Porta, Rafael/Lopez-de-Silanes, Florencio/Shleifer, Andrei 2003: The new comparative economics. In: Journal of comparative economics, Vol.31, S.595-619.

Drukker, David 2003: Testing for serial correlation in linear panel-data models. In: Stata Journal Vol. 3 (2), S.168-177.

Duverger, Maurice 1954: Political Parties: Their Organization and Activity in the Modern State. London: Methuen Verlag.

European Bank of Reconstruction and Development 2007: Transition Indicator
<http://www.ebrd.com/country/sector/econo/stats/index.htm>

Fidrmuc, Jan 2003: Economic reform, democracy and growth during post-communist transition. In: European Journal of political Economy, Vol.19, S.583-604.

Fraser Institute 2007: Economic Freedom of the World: 2007 Annual Report.
http://www.fraserinstitute.org/Commerce.Web/publication_details.aspx?pubID=4872

Frye, Timothy/Mansfield, Edward 2003: Fragmenting Protection: The Political Economy of Trade Policy in the Post-Communist World. In: British Journal of Political Science, Vol.33, S.635-657.

Fuchs, Dieter 1999: Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. In: Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.) 1999: Soziale Integration. Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag. S.127-178.

Fuchs, Dieter 2000: Typen und Indizes demokratischer Regime. Eine Analyse des Präsidentialismus- und des Vetospieler-Ansatzes. Veröffentlichungsreihe der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel des Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung.

Fukuyama, Francis 1992: The End of History and the Last Man. New York: Free Press.

Ganghof, Steffen 2003: Promises and Pitfalls of Veto Player Analysis. Swiss Political Science Review Vol.9 (2), S.1-25.

Gehlbach, Scott/Malesky, Edmund 2007: The Role of Veto Players in Economic Reform. Paper prepared for presentation at the 2007 annual meeting of the International Society for New Institutional Economics.

Giavazzi, Francesco/Tabellini Guido 2004: Economic and Political Liberalizations. CESifo Working Paper Series No. 1249, München: Center for Economic Studies and Ifo Institute for Economic Research.

Gwartney, James/Lawson, Robert 2001: The Concept and Measurement of Economic Freedom. Paper presented to "The Analysis and Measurement of Freedom: Theoretical, Empirical and Institutional Perspectives", September 27-29 2001, Palermo.

Haggard, Stephan/McCubbins, Mathew 2001: Introduction: Political Institutions and the Determinants of Public Policy. In: Haggard, Stephan/McCubbins, Mathew (Hrsg.) 2001: Presidents, Parliaments and Policy. Political Economy of Institutions and Decisions. Cambridge: Cambridge University Press. S.1-20.

Haggard, Stephan/McCubbins, Mathew/Shugart, Matthew 2001: Conclusion: Policy Making in Presidential Systems. In: Haggard, Stephan/McCubbins, Mathew (Hrsg.) 2001: Presidents, Parliaments and Policy. Political Economy of Institutions and Decisions. Cambridge: Cambridge University Press. S.319-324.

Haggard, Stephen/Kaufman, Robert 1995: The Political Economy of Democratic Transition, Princeton: Princeton University Press.

Havrylyshyn, Oleh/Izvorski, Ivailo/van Rooden, Ron 1998: Recovery and Growth in Transition Economies 1990-97: A Stylized Regression Analysis. IMF Working Paper 114, Washington: IMF.

Heller, William/McCubbins, Mathew 2001: Power Politics: Elections and Electricity Regulation in Taiwan. In: Haggard, Stephan/McCubbins, Mathew (Hrsg.) 2001: Presidents, Parliaments and Policy. Political Economy of Institutions and Decisions. Cambridge: Cambridge University Press. S.256-290.

Hellman, Joel 1998: Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions. In: World politics, Vol. 50 (2), S.203-234.

Henisz, Wiltold 2000: The Institutional Environment for Economic Growth. In: Economics and Politics, Vol. 12 (1), S.1-31.

Henisz, Wiltold 2004: Political Institutions and Policy Volatility. In: Economics and Politics, Vol.16 (1), S.1-27.

Henisz, Wiltold 2006: POLCON_2005 Codebook. <http://www-management.wharton.upenn.edu/henisz/>

Heritage Foundation 2007: Index of Economic Freedom.
<http://www.heritage.org/index/>

Herz, Bernhard/Vogel, Lukas 2005: Bestimmungsgründe marktorientierter Reformen: Eine empirische Analyse. In: Schäfer, Wolfgang (Hrsg.) 2005: Institutionelle Grundlagen effizienter Wirtschaftspolitik, Berlin: Duncker und Humblot: S.25-49.

Immergut, Ellen: 1992: Health Politics. Interests and Institutions in Western Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Jochem, Sven 2003: Vetoplayers or Vetopoints? The Politics of Welfare State Reforms in Europe. Paper presented at the annual meeting of the American Political Science Association, Philadelphia Marriott Hotel, Philadelphia, PA, Aug 27, 2003.

Kailitz, Steffen 2007: Ein –sehr kurzer- Streifzug durch die Politikwissenschaft. In: Kailitz, Steffen 2007: Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S.XV-XXIV.

Kaiser, Andre 2007: George Tsebelis, Veto Players: How Political Institutions Work, Princeton 2002. In: Kailitz, Steffen 2007: Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S.464-468.

Keefer, Philip 2005: DPI2004 Database of Political Institutions: Changes and Variable Definitions. http://siteresources.worldbank.org/INTRES/Resources/DPI2004_variable-definitions.pdf

King, Garry 1986: How Not to Lie with Statistics: Avoiding Common Mistakes in Quantitative Political Science. In: American Journal of Political Science, Vol.30 (3), S.666-687.

Kitschelt, Herbert/Malesky, Edmund 2000: Constitutional Design and Post-Communist Economic Reform. Paper presented at the annual meeting of the Midwest Political Science Association, Chicago, April 2000.

Lehmbruch, Gerhard 1967: Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich. Tübingen: Mohr-Verlag.

Lijphart, Arendt 1984: Democracies: patterns of majoritarian and consensus government in twenty-one countries. New Haven: Yale University Press.

Lijphart, Arendt 1999: Patterns of democracy: government forms and performance in thirty-six countries. New Haven: Yale University Press.

MacIntyre, Andrew 2001: Institutions and Investors: The Politics of the Economic Crisis in Southeast Asia. In: international Organization, Vol. 55 (1), S.81-122.

Marangos, John 2003: Price liberalization, monetary, and fiscal policies for transition economies: a Post Keynesian perspective. In: Journal of Post Keynesian Economics, Vol.25 (3), S.449-469.

Matthes, Claudia-Yvette/Terletzki, Peggy 2005: Tripartite Bargaining and its Impact on Stabilisation Policy in Central and Eastern Europe. In: The international Journal of comparative Labour Law and industrial Relations, Vol.21 (3), S.369-403.

McKinnon, Ronald 1991: The order of economic liberalization: Financial Control in the Transition to a Market Economy. Baltimore: John Hopkins University Press.

Pitlik, Hans 2005: Institutionelle Voraussetzungen marktorientierter Reformen der Wirtschaftspolitik. In: Schäfer, Wolf (Hrsg.) 2005: Institutionelle Grundlagen effizienter Wirtschaftspolitik, Berlin: Duncker und Humblot, S.51-79.

Pitlik, Hans 2007: The Impact of Growth Performance and Political Regime Type on Economic Policy Liberalization. In: WIFO Working Papers, Vol. 300, S.1-25.

Plümper, Thomas/Troeger, Vera/Manow, Philip 2005: Panel data analysis in comparative politics: Linking method to theory. In: European Journal of Political Research, Vol.44, S.327-354.

Podesta, Frederico 2000: Recent Development in quantitative comparative Methodology: The Case of pooled time series cross-section Analysis. Working Paper, Georgetown University, McDonough School of Business.

Prais, Sigbert/Winsten, Christopher 1954: Trend Estimators and Serial Correlation. Chicago: Cowles Commission Discussion Paper No 383.

Riker, William 1992: The Justification of Bicameralism. In: International Political Science review, Vol.13 (1), S.101-116.

Roberts, Andrew 2003: What Types of Democracy Is Emerging in Eastern Europe? Paper presented for the Annual Conference of the Midwest Political Science Association, Chicago IL, April 3- April 5, 2003.

Rodrik, Dani 1996: Understanding Economic Policy Reform. In: Journal of Economic Literature Vol. XXXIV (March): S.9-41.

Roland, Gerard 2002: The Political Economy of Transition. In: Journal of Economic Perspectives, Vol.16 (1), S.29-50.

Roller, Edeltraud 2004: Performanz. In: Göhler, Gerhard/Iser, Matthias/Kerner, Ina (Hrsg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden: UTB, S. 297-314.

Roller, Edeltraud 2005: *The Performance of Democracies. Political Institutions and Public Policy*, Oxford: Oxford University Press.

Sartori, Giovanni 1976: *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.

Schmidt, Manfred 2000: *Demokratietheorien*. 3.Auflage, Opladen: Leske und Budrich.

Schwarz, Gideon 1978: *Estimating the Dimension of a Model*. In: *The Annals of Statistic*, Vol.6 (2), S.461-464.

Schweickert, Rainer 2003: *Glaubwürdigkeit, Timing und Sequencing wirtschaftlicher Reformen*. In: Bender, Dieter/Hemmer, Hans-Rimbert (Hrsg.) 2003: *Reformpolitik in Entwicklungsländern und Transformationsländern*. Tagungsband des 6. Limburg-Seminars vom 7.-10. Mai 2003 des Vereins für entwicklungsökonomische Forschungsförderung, S.9-42.

Shugart, Matthew/Haggard, Stephan 2001: *Institutions and Public policy in Presidential Systems*. In: Haggard, Stephan/McCubbins, Mathew (Hrsg.) 2001: *Presidents, Parliaments and Policy. Political Economy of Institutions and Decisions*. Cambridge: Cambridge University Press. S.64-104.

Spiller, Pablo/Tommasi, Mariano 2003: *The Institutional Foundations of Public Policy: A Transactions Approach with Application to Argentina*. In: *The Journal of Law, Economics and Organization*, Vol.19 (2), S.281-306.

Strom, Kalle 2000: *Delegation and accountability in parliamentary democracies*. In: *European Journal of Political Research*, Vol. 37, S.261-289.

Tsebelis, George 1995: *Decision Making in political Systems: Veto players in Presidentialism, Parlamentarism, Multicameralism, and Multipartyism*. In: *British Journal of political Science*, Vol. 25, S.289-326.

Tsebelis, George 1999: Veto Players and Law Production in Parliamentary Democracies: An empirical Analysis. In: American Political Science Review, Vol. 93(3), S.591-608.

Tsebelis, George 2002: Veto Players: How Political Institutions Work. Princeton: Princeton University Press.

Weaver, Kent/Rockman, Bert 1993: Do Institutions matter? Government Capabilities in the United States and Abroad. Washington: The Brookings Institution.

White, Halbert 1980: A Heteroscedasticity-Consistent Covariance Matrix Estimator and a Direct Test for Heteroscedasticity. In: Econometrica, Vol. 48, S. 817-838.

Williamson, John 1989: Latin American Readjustment: How Much has happened, Washington: Institute for International Economics.

Williamson, John 2004: A Short History of the Washington Consensus. Paper commissioned by Fundación CIDOB for a conference "From the Washington Consensus towards a new Global Governance," Barcelona, September 24–25, 2004.

Williamson, John/Haggard, Stephen 1994: The Political Conditions for Economic Reform. In: Williamson, John (Hrsg.) 1994: The political Economy of Policy Reform, Washington: Institute for International Economics, S.525-596.

Zweynert, Joachim/Goldschmidt, Nils 2006: The Two Transitions in Central and Eastern Europe as Processes of Institutional Transplantation. In: Journal of Economic Issues, Vol.40 (4), S.895-918.